



Sozialistische  
Wochenzeitung  
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de

#### Eine mutige Belegschaft

Im Oberallgäu wird gestreikt – trotz alledem. Die Belegschaft will die Schließung von Voith Sonthofen verhindern.

Seite 2

#### Im Schatten von Corona

Die USA tun alles für einen Regime-Change in Venezuela. Am Sonntag scheiterte eine Söldnerinvasion im Bundesstaat La Guaira.

Seite 6

#### Sanktionen aufheben



Unterstützt die DKP-Petition

QR-Code einscannen oder aufrufen unter:  
[kurzlink.de/sanktionen-aufheben](https://kurzlink.de/sanktionen-aufheben)

# unsere zeit

8. Mai 2020 · Nr. 19 · 52. Jahrgang

PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · 2,80 €

## Danke heißt Спасибо



Foto: Jewgeni Chaldej / dpa

## Dank an Marija, Anatolij und Wassilij!

DKP schickt am Tag des Sieges Grüße und Fotos an Veteraninnen und Veteranen der Roten Armee

**75** Jahre nach der Befreiung Europas vom Faschismus leben noch viele unserer Befreierinnen und Befreier. Die meisten von ihnen sind heute in der Russischen Föderation zu Hause, einige auch in der Ukraine, in Moldawien und im Donbass. Auf der Krim zum Beispiel leben Marija Dmitrijewna Bondarenko, die als Scharfschützin an der 3. Ukrainischen Front gekämpft hat, und der Funker Anatolij Michailowitsch Sotnikow, der an der 2. Weißrussischen Front war. Noch heute berichtet der 96-Jährige Schülerinnen und Schülern vom Kampf gegen den Faschismus. In Kaliningrad lebt Wassilij Josifowitsch Tschernow, der an den Kämpfen zur Befreiung der Ukraine und Weißrusslands beteiligt war und bis zur Elbe kam. Marija, Anatolij und Wassilij sind drei von 30 Veteraninnen und Veteranen, die bis heute in der Union sowjetischer Offiziere aktiv sind und deren Namen die Kommunisti-

sche Partei der Russischen Föderation (KPRF) der DKP übermittelt hat. Sie stehen stellvertretend für alle Kämpferinnen und Kämpfer der Roten Armee.

Die Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland wollen ihnen am 8. Mai, dem 75. Jahrestag der Befreiung, danken. Gemeinsam mit vielen anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten werden sie trotz Corona kleine Kundgebungen und Aktionen an Gedenkortern für sowjetische Soldaten und Opfer des Faschismus durchführen. Am 9. Mai, dem Tag des Sieges, wird die DKP mit Unterstützung der KPRF Briefe mit Bildern der Aktionen an die 30 Veteraninnen und Veteranen senden. Die Botschaft der DKP: „Frieden mit Russland! Raus aus der NATO!“

Die Rote Armee und das sowjetische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei hatten den entscheidenden Anteil am Sieg über den Fa-

schismus – und trugen die größten Lasten. Die Sowjetunion hatte mehr als 27 Millionen Tote zu beklagen. Nach dem Sieg wurde das verwüstete Land entschlossen wiederaufgebaut, der Sozialismus weiterentwickelt. Viele Jahre Frieden in Europa wurden dadurch möglich. Auch in Deutschland konnte dank der Roten Armee für mehrere Jahrzehnte ein sozialistischer Staat entstehen.

Heute stehen deutsche Soldaten im Baltikum wieder an der Grenze zu Russland. Die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung vom Faschismus wird geleugnet, die Sowjetunion sogar zum Mitschuldigen am Krieg erklärt. Damit werden sie nicht durchkommen.

Renate Koppe

Schickt eure Fotos vom 8. Mai – zum Beispiel mit diesem Titelbild – an [redaktion@unsere-zeit.de](mailto:redaktion@unsere-zeit.de)

## Atomwaffen gegen Russland

Der Wunsch Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), die veraltete Tornado-Flotte der Bundeswehr gegen 30 US-Atombomber des Typs Boeing F-18 auszutauschen, hat eine Debatte um die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands ausgelöst. Diese besagt, dass deutsche Bundeswehrpiloten im Rahmen der sogenannten „NATO-Abschreckungsstrategie“ im Fall des Falles US-Atombomben aus dem rheinland-pfälzischen Büchel auf Kommando von US-Militärs ausfliegen und abwerfen. Auf wen? Auf Russland.

Der Ko-Vorsitzende der SPD Norbert Walter-Borjans kritisierte die „nukleare Teilhabe“ am vergangenen Wochenende grundsätzlich – wie zuvor schon sein Fraktionschef Rolf Mützenich. Teilhabe klinge „nach harmloser Geselligkeit“, in Wahrheit diene sie dem Einsatz einer „menschverachtenden Waffengattung“ ohne die Möglichkeit echter Mitsprache Deutschlands, schrieb Walter-Borjans an die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“.

Der Verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Fritz Felgentreu, wies seinen neuen Vorsitzenden im gleichen Blatt im Einklang mit dem Koalitionsvertrag zurecht: „Wenn wir uns aus der Abschreckung durch nukleare Teilhabe zurückziehen, verlieren wir Einfluss auf die Nuklearstrategie der NATO.“ Sein CDU-Kollege Henning Otte nannte Borjans Äußerungen „naiv“ und „grob fahrlässig“. Solange es andere Staaten außerhalb der NATO gebe – er nannte Russland –, die solche Waffen einsetzen könnten, müssen wir gehalten. Das Feindbild komplett gemacht hatte in der Vorwoche bereits NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg: Er glaube nicht, dass die Welt sicherer werde, wenn die NATO ihre Atomwaffen abschaffe, während Russland, China und Nordkorea ihre behalten.

Siehe Seite 5

## Erfolgreiche Mai-Kundgebungen

Trotz Corona und trotz der Absagen der offiziellen Mai-Kundgebungen des DGB fanden bundesweit weit mehr als 50 Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen zum Kampftag der Arbeiterklasse statt. Vielfach wurden sie von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unterstützt oder initiiert, zum Beispiel im Rahmen des Bündnisses „Heraus-zum-ersten-Mai-2020“. An vielen Orten kamen weit mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer als erwartet und genehmigt. Vielfach musste das Demonstrationsrecht juristisch erstritten werden.

In München versammelten sich rund 600 Menschen vor dem Gewerkschaftshaus, in Nürnberg kamen 900 zur „Revolutionären Maikundgebung“; in Gießen demonstrierten mehr als 200 Teilnehmer „auf Abstand“.

Wir haben von vielen großen und kleinen Aktionen Fotos erhalten – dafür herzlichen Dank! Leider können wir nicht alle abdrucken. Online sind die Bilder zu sehen unter:

[kurzlink.de/1mai](https://kurzlink.de/1mai)

Siehe Seiten 3 und 8



**Krise I: Konsum**

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht von einer globalen Rezession aus. Auch wenn viele Länder planen, die Einschränkungen in den nächsten Wochen zu lockern und die Produktion wieder hochzufahren, werde es weiterhin zu Beeinträchtigungen der Lieferketten kommen, der Handel bleibe eingeschränkt. Zudem rechnet das IAB mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, der sich auf den Konsum auswirke.

Die Kapazitätsauslastung vieler Produktionsbetriebe sei bereits vor der Corona-Krise rückläufig gewesen, nun dürften Investitionen im aktuellen Quartal weiter zurückgefahren werden. Nicht nur die Investitionsgüterproduzenten, sondern auch die Unternehmen im Bauhauptgewerbe schätzen ihre aktuelle und künftige Lage laut IAB als äußerst schlecht ein.

Für die kommenden Monate rechnet das IAB mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Kurzfristig sei zudem mit mehreren Millionen Kurzarbeitern zu rechnen.

**Krise II: Banken**

Finanzexperten warnen laut „german-foreign-policy.com“ vor einer neuen Bankenkrise in der Eurozone. Hintergrund ist die Befürchtung, es könne in der Corona-Krise in noch größerem Umfang als während der Finanzkrise des Jahres 2008 zu Kreditausfällen kommen. Grund dafür sei, dass Unternehmen nicht mehr in der Lage seien, Geschäfte zu tätigen, weil sie keine Mittel zur Bedienung ihrer Darlehen bekämen.

Experten halten demnach Rückstellungen der Banken in der Eurozone in Höhe von 25 Milliarden Euro für notwendig. Betroffen wären auch deutsche Finanzhäuser, nicht zuletzt die Deutsche Bank. Finanzexperten geben sich optimistisch, der Bankensektor werde die Corona-Krise überstehen, wenn diese in der zweiten Jahreshälfte 2020 überwunden werde. Dies freilich ist höchst ungewiss. Berichten zufolge wird in der EZB bereits über die Einrichtung einer „Bad Bank“ diskutiert. Das Vorhaben hat Chancen auf Verwirklichung, weil auch deutsche Kreditinstitute darauf angewiesen sein könnten.

**Krise III: Streiks**

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) hat eine Bilanz der Arbeitskämpfe 2019 vorgelegt. Demnach seien im vergangenen Jahr in Deutschland aufgrund von Arbeitskämpfen rund 360.000 Arbeitstage ausgefallen. Gegenüber dem Vorjahr 2018 sei das Arbeitskämpfvolumen damit um etwa zwei Drittel zurückgegangen. Auch die Zahl der Streikenden habe mit 270.000 erheblich unter der des Vorjahres gelegen. Zugleich habe 2019 die Zahl der Arbeitskonflikte mit 227 gegenüber 216 im Vorjahr sogar leicht zugenommen.

Bei der großen Mehrheit handelt es sich laut WSI um betriebsbezogene Konflikte. Für das Jahr 2020 seien keine größeren Arbeitskonflikte zu erwarten, da die Tarifauseinandersetzungen „ganz im Zeichen der Corona-Krise“ stünden.

**Krise IV: Entlassungen**

Die Billigfluglinie RyanAir kündigte am 1. Mai die Entlassung von 3.000 Angestellten an. Es werde sich dabei vor allem um Piloten und Kabinenpersonal handeln, so Konzernchef Michael O'Leary. Nach Jahren der Expansion und Lohndrückerei erwartet RyanAir nun für das laufende zweite Quartal einen Verlust von 100 Millionen Euro. O'Leary geht von einer Normalisierung des Flugbetriebs erst ab Juli aus.

Eine vollständige Erholung des europäischen Flugverkehrs von der Corona-Krise sei frühestens für den Sommer 2022 zu erwarten.

# Kampfstark trotz Corona

## Voith Sonthofen: Eine mutige Belegschaft streikt während der Pandemie



Foto: IG Metall Allgäu



Foto: IG Metall Allgäu

Am ersten Streiktag ging nichts mehr. Die komplette Belegschaft hat das Werk verlassen. Im Laufe des Streiks wurde die Werkseinfahrt „chaotisch“ zugeparkt.

Seit dem 23. April sind die Kolleginnen und Kollegen von Voith Sonthofen im Streik. Nur die Streikposten bewachen das Werk. Bis jetzt gab es keine Versuche, den Streik zu brechen. Die 100-prozentige Teilnahme bei der Urabstimmung und die 98-prozentige Streikbefürwortung sind eine gute Basis für diesen Streik in diesen ungewöhnlichen Zeiten. Wegen Corona wird es keine großen Demos oder Kundgebungen geben.

In den letzten Monaten hatte die Belegschaft bereits einiges auf die Beine gestellt: Kurz nach der von der Voith-Geschäftsleitung verkündeten Werksschließung Mitte Oktober 2019, von der über 500 Kolleginnen und Kollegen betroffen sind, gab es eine spontane Versammlung vor dem Werkstor mit der gesamten Belegschaft, die damit ihre Wut über die nicht nachvollziehbare Entscheidung der Konzernleitung zum Ausdruck brachte. „Wenn eine Konzernzentrale meint, die Schließung geht hier still und leise vonstatten,

dann haben sich die Herrn Konzernlenker getäuscht. Wir sind stolz darauf, mit euch gemeinsam für den Erhalt unserer Arbeitsplätze und des Standortes in Sonthofen zu kämpfen“, betonten Carlos Gil, 2. Bevollmächtigter der IG-Metall Allgäu, und die Betriebsratsvorsitzende Birgit Dolde unter dem Beifall der Beschäftigten. Und diesem Kurs sind sie seit über einem halben Jahr mit weiteren Aktionen treu geblieben.

So protestieren Ende November über 1.000 Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien vor die Voith-Konzernzentrale in Heidenheim gegen die Schließung. Anfang März führte fast die komplette Belegschaft einen Warnstreik durch und ging anschließend nach Hause. Und seit 23. April steht nun das gesamte Werk still.

Die Kolleginnen und Kollegen zeigen mit ihren kreativen Aktionen, dass sie auch unter den Bedingungen der Pandemie nicht machtlos sind. Als sich letzten Freitag wie ein Lauffeuer das Gerücht verbreitete, dass es von der

Geschäftsführung Pläne geben soll, Material aus dem Werk abzutransportieren, kamen hunderte Kolleginnen und Kollegen mit ihren Fahrzeugen angefahren, um das Spektakel zu beobachten. Leider ergab sich daraus ein „Corona-Knödel“ direkt vor der Werkszufahrt. Die Autos standen so chaotisch, dass am Haupttor kein Durchkommen mehr war. Es wurden 125 Autos vor der Zufahrt gezählt. Die Streikleitung vor Ort nahm den „Knödel“ belustigt zur Kenntnis. Als die Geschäftsführung ihnen ein Schreiben überreichte, in dem sie um Auflösung des Corona-Knödels bat, kam die Streikleitung dem natürlich „unverzüglich“ nach. Aber: Die Autoschlüssel waren alle in einer Box gelandet und da erwies sich das Ausparken doch als schwierig – und verzögerte sich um einige Stunden.

Voith ist in Sonthofen (ca. 21.000 Einwohner) der größte Arbeitgeber. Auch die Sonthofener waren über diesen Beschluss fassungslos, hat dies doch Auswirkungen auf ganz Sontho-

wen, wenn über 500 Familien von der Schließung betroffen sind. Der Maschinen- und Anlagenbauer Voith stellt in dem Werk Turbogetriebe, Membrankupplungen und Rotordrehvorrichtungen her. Die Produktion ist rentabel, der Standort fährt gute Gewinne ein, die Umsätze sind steigend, der Auftragseingang ebenso. Die Schließung des Werkes auf dem Gelände des ehemaligen Hüttenwerks würde das Ende von 400 Jahren Industrietradition bedeuten. Die Geschäftsleitung nennt als Grund der Schließung „strukturelle Anpassungen“. Sie wollen auf weniger und stattdessen leistungsstärkere Standorte setzen. Also ein typischer Konzentrationsprozess, wie ihn viele Konzerne zurzeit fahren, verspricht er doch noch höhere Profite.

Dieser mutige Streik sollte ein beispielgebendes Signal an die gesamte IG Metall sein, den breiten Angriffen auf Arbeitsplätze, Werksschließungen und Arbeitsbedingungen wirksam entgegen zu treten.

Christa Hourani

## Poker mit der Angst

### 10 Milliarden für die Lufthansa? „Cockpit“ signalisiert Bereitschaft zum Verzicht

Gelernt hat der 46-jährige Klaus Winkler Kfz-Mechaniker in einem Siebenmannbetrieb in Hamburg, trat während seiner Ausbildung in die IG Metall ein und ist jetzt – inzwischen zu ver.di gewechselt – Betriebs- und Aufsichtsrat bei der Lufthansa. Gegenüber der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung erklärte er in deren Zeitschrift „Mitbestimmung“ die Dramatik der Lage: Von 763 Flugzeugen bleiben gegenwärtig 700 am Boden. Er gehörte zu denen, die mit darum gekämpft haben, das Kurzarbeitergeld aufzustocken, denn: „Von 60 oder 67 Prozent ihres Einkommens können viele nicht leben.“

Das war im März – inzwischen haben sich die Aussichten weiter verdüstert. Aus der Delle, die mit solchen Mitteln wie Kurzarbeit vielleicht überbrückbar wäre, wird mehr und mehr ein Absturz und die Luftfahrtindustrie ist vorne mit dabei. British Airways kündigte Ende April die Entlassung eines Drittels ihrer 42.000-köpfigen Belegschaft an – viele erreichte die Nachricht im Zwangsurlaub, in den die Firma 22.000 von ihnen geschickt hatte und die ähnlich wie ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen deutlich reduzierte Lohnersatzleistungen bekommen. Wie tiefgreifend die Auswirkungen eingeschätzt werden, zeigt auch die Ankündigung des Flugzeugbauers Boeing, er wolle sich von jedem zehnten seiner Mitarbeiter trennen.

Die Lufthansa ruft in dieser Situation wie alle Unternehmen nach dem Staat und fordert ein Hilfspaket von 10 Milliarden Euro. Schon jetzt kün-

digt sie die Reduzierung ihrer Flotte um mindestens 100 Maschinen an. Wie groß die Not der Beschäftigten ist, zeigt sich an der am 30. April in der „Tageschau“ verkündeten Bereitschaft der Pilotenvereinigung „Cockpit“; für zwei Jahre auf 45 Prozent der Bezüge zu verzichten, wenn die Piloten im Gegenzug Arbeitsplatzsicherheit und Kündigungsschutz erhalten würden.

Dieses Angebot geht ein in die große Pokerrunde, in der neben gestandenen Gewerkschaftern wie Klaus Winkler andere mit von der Partie sind, die die Entscheidungen unter sich ausmachen wollen – allen voran der Bundeswirtschafts- und der Bundesfinanzminister, die Kanzlerin und Lufthansa-Chef Carsten Spohr. Der wehrt sich mit Händen und Füßen gegen das im Kapitalismus Naheliegende und in der jetzigen Situation schlicht Vernünftige: Wenn jemand knapp bei Kasse ist und Geld braucht, bekommt derjenige, der ihm aus der Patsche hilft, in Zukunft auch mehr Mitsprache bei der Frage, wie der Laden weiter zu organisieren ist. Mit anderen Worten: Die Lufthansa bekommt die Bundesrepublik Deutschland als Großaktionär mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat.

„Nein!“, ruft Spohr und will entweder zinsgünstige Darlehen oder eine sogenannte stille Beteiligung, also eine Kapitalspritze ohne Mitwirkung bei den operativen Geschäftsaufgaben. Beharre die Politik auf ihr Mitwirkungsrecht – bei der Frage der Arbeitsplatzsicherung oder vielleicht so-



An den Schaltern der Lufthansa werden derzeit kaum Flüge abgefertigt. Die Lufthansa will Milliardenhilfe vom Staat, staatlichen Einfluss aber lehnt der Konzern ab.

gar der Berücksichtigung ökologischer Aspekte –, hatte Spohr zwischenzeitlich sogar gedroht, die Hansa könne auch ein „insolvenzähnliches Schutzschirmverfahren“ einleiten. Dann ist die Reputation zwar im Eimer, viele Forderungen von Gläubigern, Airport-Gesellschaften und anderen sind es dann aber auch. Die Chefpokerer scheinen wohl Halbe/Halbe gemacht zu haben – darauf deuten zumindest die bei Redaktionsschluss bekannten Informationen hin: 10 Milliarden, davon die eine Hälfte als Anteil von 25,1 Prozent, die andere als stille Beteiligung. Selbst wenn sich diese Medienberichte erhärten und die Vereinbarungen unterzeichnet sind – der Poker

um Arbeitsplätze, Sozialpläne und Zukunftsszenarien beginnt erst.

Angesichts der sich zurzeit schneller als jedes Virus verbreitenden Angst um die Arbeitsplätze und die in Deutschland besonders ausgeprägte, fast krankhafte Bereitschaft, im Geiste der Sozialpartnerschaft eher auf große Teile des Lohns zu verzichten denn kleine Teile des Profits zu fordern, wird es schwer sein, Zahl und Qualität der Arbeitsplätze beim deutschen Vorzeigeflieger zu verteidigen. Rutschen dort aber Löhne und Sozialleistungen, geraten sie bei allen anderen in der Luftfahrtindustrie tätigen Unternehmen ebenfalls in die rote Zone.

Manfred Sohn



# Protest im Zeichen der Pandemie

„Heraus zum 1. Mai“: Unter hohen Auflagen fanden in mehreren Dutzend Städten Kundgebungen und Aktionen statt



1. Mai-Aktion in München

**UZ:** Ihre Organisation hat am 1. Mai die bundesweite Initiative „Heraus zum 1. Mai“ unterstützt, die trotz der grassierenden Corona-Pandemie zu Protesten am „Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse“ aufgerufen hat. Warum haben Sie es nicht wie die DGB-Führung gemacht und ihre Proteste ins Internet verlegt?



Julia von Lindern ist Diplomsozialpädagogin und arbeitet in der Wohnungslosenhilfe. Zugleich engagiert sie sich bei der „Interventionistischen Linken Düsseldorf – See Red!“, die das bundesweite Bündnis „Heraus zum 1. Mai“ unterstützt hat.

**Julia von Lindern:** Uns ist es wichtig gewesen, öffentlich sichtbar zu sein. Gerade in dieser Zeit, in der eine Vielzahl von Grund- und Freiheitsrechten eingeschränkt worden ist, ist es dringend erforderlich, sich wahrnehmbar politisch zu positionieren. Wir mussten uns das Recht auf unsere Kundgebung juristisch erstreiten, was einen absoluten Skandal darstellt.

**UZ:** Inwiefern?

**Julia von Lindern:** Wir hatten von vornherein klargestellt, dass wir uns an die Gesundheitsschutzbestimmungen gebunden fühlen. Das heißt, wir haben dazu aufgerufen, die notwendigen Abstandsregeln einzuhalten und auch einen Mund-und-Nasen-Schutz zu tragen. Insofern gab es keinen Grund, unsere Proteste nicht zu genehmigen. Wir konnten den Schutz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchgängig gewährleisten. Im Übrigen haben sich alle von den Behörden vorgeschobenen Verbotgründe als haltlos erwiesen. Alle unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Kundgebung in Düsseldorf haben sich an die Vorgaben gehalten.

**UZ:** Ist die bundesweite Initiative dann auch als Kritik oder Konkurrenz zu den Gewerkschaften zu verstehen?

**Julia von Lindern:** Nein. Ich bin zwar persönlich der Meinung, dass die Gewerkschaften ihre traditionellen Proteste auf der Straße zu früh abgesagt haben, aber das ist nicht als Vorwurf zu verstehen. Insofern haben sich die Kundgebungen und Demonstrationen, die es am 1. Mai in allen größeren Städten auf der Straße gab, mit den virtuellen Aktivitäten im Internet gut ergänzt. Man darf ja auch nicht vergessen, dass es in einzelnen Städten, die unser Bündnis nicht explizit unterstützt haben, auch noch andere linke Proteste gab.

**UZ:** Also sind Sie zufrieden mit dem Verlauf der Proteste?

**Julia von Lindern:** Unter den vorherrschenden Bedingungen konnte man wohl nur das rausholen, was wir gemacht haben. Also kleinere Kundgebungen und Aktionen. Trotzdem bin ich zufrieden. In mehreren Dutzend bundesdeutscher Städte haben sich uns Menschen angeschlossen, unsere Initiative unterstützt und haben im wahren Sinne des Wortes Flagge gezeigt. Trotzdem halte ich auch überhaupt nichts davon, so zu tun, als existierte keine Pandemie. Ich finde, wir alle tragen auch Verantwortung für andere und nicht nur für uns selbst. Wir haben versucht, einen bestmöglichen Kompromiss des Rechtes auf Gesundheit und des Rechtes auf Versammlungsfreiheit zu finden. Ich glaube, das ist uns weitestgehend gelungen.

**UZ:** Welches politische Spektrum hat an den Kundgebungen teilgenommen?

**Julia von Lindern:** An unserer Kundgebung in Düsseldorf haben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Antifa-Gruppen, Mitglieder von DKP, der

SDAJ, der Linkspartei teilgenommen. Auch Unterstützer von sozialen und umweltpolitischen Initiativen, aus der Friedensbewegung und aus den Bündnissen von Krankenhausmitarbeiterinnen und -mitarbeitern haben teilgenommen. In etwa so hat sich das Spektrum auch in den anderen Städten bundesweit zusammengesetzt.

**UZ:** Und welche Themen haben die Proteste dominiert?

**Julia von Lindern:** Natürlich stand erst mal einiges im Zeichen der Pandemie und der sich daraus ergebenden Folgen. Es wurde zur Verteidigung des Versammlungsrechtes und zur Solidarität mit den wirklich „systemrelevanten“ Berufen aufgerufen – also mit Pflegekräften, Reinigungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Müllabfuhrbetriebe. Auch mit den Menschen, die in Sozial- und Erziehungsberufen arbeiten. In übergroßer Mehrheit sind es übrigens Frauen, die in den „systemrelevanten“ Berufen arbeiten – und zwar unter weitestgehend ausgesprochen schlechten Bedingungen. Die Pandemie hat vieles von dem zu Tage gebracht, was wir als Linke schon seit Jahrzehnten kritisieren. Nämlich, dass das Gesundheitssystem verstaatlicht werden muss und welche Berufe für eine Gesellschaft unabdingbar sind. Darüber hinaus ist der 1. Mai natürlich der Tag der internationalen Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter weltweit, an dem sich schon aufgrund unserer aller Interessen auch gegen Militarisierung, Aufrüstung und Krieg positioniert werden muss. Das haben wir getan. Dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein darf, muss ich sicherlich hier an dieser Stelle nicht betonen.

Das Gespräch führte Markus Bernhardt



1. Mai-Aktion in Dortmund

## Kein Dialog

Realer Protest vor BAYER-Zentrale

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) hat den BAYER-Konzern rund um die Uhr, rund um den Globus, rund um alle Themen unter zivilgesellschaftliche Beobachtung gestellt. Seit 1982 ist die CBG auch auf allen Aktionärshauptversammlungen präsent.

Im Schatten der Corona-Pandemie wollte der Konzern mithilfe eines Aktien-Notstandsgesetzes grundlegende Grund- und Aktionärsrechte aushebeln und dem Konzern mit seiner Hauptversammlung die Flucht ins Internet ermöglichen.

Die CBG protestierte in einem Offenen Brief gegen den mit dem Aktien-Notstandsgesetz verbundenen Abbau von Grund- und Aktionärsrechten und fand damit Widerhall bei Wirtschaftsmedien wie „Handelsblatt“ und „Capital“.

Mit juristischem und öffentlichem Druck setzte die CBG eine Demonstration am Tag der Hauptversammlung durch – vor dem Sendestudio des Konzerns in der BAYER-Zentrale in Leverkusen und trotz Corona. Dort begrüßte Konstantin Wecker mit einer Video-Botschaft die Aktivistinnen und Aktivisten. Neben der CBG sprachen auch Vertreterinnen der Partei „Die Linke“, Landwirte sowie Aktivistinnen verschiedener Organisationen. Klausur der Geiger unterstützte die Aktion mit Musik.

Unter dem Motto „BAYER geht online, der Protest auch“ organisierte die CBG den Widerstand auf sämtlichen möglichen Internet-Kanälen im In- und Ausland: YouTube, verschiedene Internetseiten, facebook, Twitter undso weiter. Es fanden mehrere Veranstaltungen mit nationalen und internationalen Gästen in den Tagen vor der Hauptversammlung statt. Am Freitag vor der Hauptversammlung klinkte sich die CBG in den Klimastreik von „Fridays for Future“ ein. In der Schweiz wurde der große „March against BAYER & SYNGENTA“ ebenfalls im Internet durchgeführt. Am Tag der Hauptversammlung gab es einen Online-Protest-Stream der CBG mit einem neunstündigen kurzweiligen, hochpolitischen Programm sowie mit Live-Gästen aus aller Welt, mit Künstlerinnen und Künstlern wie Konstantin Wecker, Jane Zahn und Gerd Schinkel,

mit Polit-Prominenz von Sahra Wagenknecht bis Renate Künast. Und natürlich mit Hunderten von Glyphosat-, Medikamenten- und anderen Betroffenen aus aller Welt. Der Kampf dieser Menschen um angemessene Entschädigungen ist einer der Gründe, weshalb BAYER dieses Jahr in eine virtuelle Hauptversammlung flüchtete.

Hunderte von Aktionären hatten der CBG ihre Stimmrechte übertragen. Die CBG war mit Tausenden von Aktien auf der Online-Hauptversammlung präsent. Mehr als 100 kritische Fragen wurden von mehreren Dutzend Rednerinnen gestellt. Bei den Abstimmungen stimmten viele Millionen Aktien mit der CBG mit „Nein“. Weitere zig Millionen Aktien enthielten sich der Stimme. Überhaupt wurden erstmals Enthaltungen auf der BAYER-HV durchgesetzt und damit der Gesamtumfang der nicht mit dem Vorstand konformgehenden Aktien deutlich. Die Entlastung des Vorstands erhielt mit mehr als 43 Millionen Aktien die meisten „Nein“-Stimmen von allen Abstimmungen überhaupt. Insgesamt circa 15 Prozent aller Aktien stimmten gegen die Entlastung oder enthielten sich.

BAYER-Vorstand Werner Bauermann kündigte vor der Hauptversammlung großmütig an, alle Fragen von AktionärInnen zu beantworten. Tatsächlich geschah dies nicht.

Axel Köhler-Schnura im WDR dazu: „BAYER verlangte, dass alle Fragen zwei Tage vor der Hauptversammlung schriftlich eingereicht werden. Damit hatte der Konzern genügend Zeit, sich vorzubereiten. Er fasste die Fragen unter allgemeinen Oberthemen zusammen, zog seine vorgefertigten Stellungnahmen aus der Schublade und verlas sie. Das war's!“ In einer Stellungnahme des Konzerns gegenüber dem WDR musste der Konzern zurückrudern: „Die Fragen konnten nicht alle in vollem Wortlaut vorgetragen werden, deshalb wurden die Fragen so zusammengefasst, dass das Thema für die Zuhörer verständlich war. Die Fragen wurden so beantwortet.“ Kein Dialog, keine Nachfragen. Die Namen der Fragenden blieben unerwähnt, mit Ausnahme der Großaktionäre.

Christian LeMaan

## Raus in 15 Minuten

Daimler-Chef provoziert Belegschaft

Kaum wird nach der Kurzarbeit bei Daimler schrittweise die Produktion hochgefahren, gerät der Konzern gleich in die Schlagzeilen. Laut „Stuttgarter Nachrichten“ existiert bei Daimler ein internes Papier, das die Führungskräfte schulen soll, wie sie Beschäftigte unter Druck setzen, den Konzern zu verlassen. Mit diesen Vorgaben soll dafür gesorgt werden, dass Daimler in der Lage ist, den im Herbst angekündigten Abbau von über 10.000 Stellen umzusetzen.

In der „Stuttgarter Zeitung“ heißt es dazu, dass der Stuttgarter Daimler-Konzern seine Führungskräfte auf harte Auseinandersetzungen mit Mitarbeitern vorbereite. In einem internen Papier werden die Führungskräfte demnach aufgefordert, die Trennungsabsicht unmissverständlich zu kommunizieren und „jeden Eindruck zu vermeiden, dass es noch einen Spielraum für Verhandlungen gebe“. Die Gespräche sollen schnell durchgezogen werden und seien „möglichst nach 15, spätestens aber nach 30 Minuten“ zu beenden. Wer stur bleibe, solle vermittelt werden, dass sich „alles für dich verändert. Dann musst du in Zukunft sehen, wie du mit dieser Unsicherheit im beruflichen Umfeld umgehen kannst.“ Es sind heftige Drohkulissen, die der Daimler-Vorstand hier aufbaut.

Der Gesamtbetriebsrat scheint dieses Papier nicht zu kennen. Er wurde von dem Zeitungsbericht überrascht. In einer Stellungnahme dazu heißt es: „Durch Druckaufbau wird eine rote Linie überschritten (...). Wir lassen es nicht

zu, dass die Corona-Krise zu einer Vertrauenskrise bei Daimler wird (...). Daher fordern wir den Vorstand auf, die Unterlagen entsprechend anzupassen und sich zu einem fairen Umgang miteinander zu bekennen.“ Er verweist auf die Zukunftssicherung 2029, die betriebsbedingte Beendigungskündigungen ausschließt, und auf die Gesamtbetriebsvereinbarung „Move“, dass bei Ausscheidungen eine doppelte Freiwilligkeit gilt.

Die Betriebszeitung „Scheibenwischer“ des Betriebsrates vom Werk Untertürkheim stellt klar: „Niemand darf gezwungen werden, das Unternehmen gegen seinen Willen zu verlassen! (...) Sollte sich herausstellen, dass die Vorwürfe stimmen, (...) fordern wir den Vorstandsvorsitzenden Ola Källenius dazu auf, dies sofort zu unterbinden.“

Die Kolleginnen und Kollegen bei Daimler sollen massiv unter Druck gesetzt und verunsichert werden. Erste Reaktionen der Kollegen waren: „Riesensauerei“, „ungeheuerlich“, „Sollen sich doch die Chefs selber ans Fließband stellen und schuften, schuften“, „den Unternehmen kann man nur so weit trauen, wie man einen Elefanten werfen kann“. Es gab Aussagen, dass sich die Vorstände schon des Öfteren nicht an Vereinbarungen halten wollten wie bei Lohnfortzahlung und Erholzeitpausen, dass sie immer Druck brauchen, um wieder zurückzurudern, dass es da genug Erfahrungen gibt.

Christa Hourani



# Kanzlergerangel

Söder vorn, Merz will aufholen

Die CDU braucht einen neuen Vorsitzenden, die Unionsparteien suchen einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für Angela Merkel. Hinter den Kulissen in der Union geht es derzeit vor allem um die Kanzlerkandidatur.

Dietmar Bartsch, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Linkspartei, nannte in der Debatte zur Regierungserklärung der Kanzlerin im Bundestag vor zwei Wochen in diesem Zusammenhang das Auftreten von Markus Söder (CSU) und Armin Laschet (CDU) „verhaltensauffällig“. Es gehe derzeit „um das Leben und die Existenz von Menschen und nicht um die Karrieren in der Union“. Seit Ende März waren die Ministerpräsidenten von NRW und Bayern fast täglich in den Medien, um den Bürgerinnen und Bürgern in ihren Bundesländern die nächsten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und später dann erste Lockerungen zu erklären. Während Laschet zunächst eher zögerlich vorging und derzeit mit widersprüchlichen Aktionen auffällt, gab Söder von Anfang an den besorgten Landesvater, den seriösen und verantwortungsvollen „Macher“, der sich nicht allein nur um Unternehmen sorgt und bis heute vor zu schnellen Lockerungen warnt.

Söders Handeln im Zusammenhang mit der Pandemie hat ihm viel Zustimmung eingebracht – bislang, die Stimmung könnte sich angesichts zunehmender Wünsche nach „Normalität“ und zunehmender Kritik an den Lockdown-Maßnahmen jederzeit ändern. Wohl auch, weil er in dieser Situation den vorsichtigen Kurs der Bundeskanzlerin unterstützt. Die „Frankfurter Allgemeine“ lobte ihn Ende März: „Wer Krise kann, kann auch Kanzler.“ Derzeit hätte Bayerns Ministerpräsident im Ringen um die Kanzlerkandidatur die „besten Karten“. Inzwischen glauben – laut einer vom „Spiegel“ im April

in Auftrag gegebenen Umfrage – knapp 46 Prozent der Bundesdeutschen, dass die CDU und CSU mit Söder die besten Chancen bei den kommenden Bundestagswahlen hätten. Von den Unionsanhängern halten ihn sogar fast 68 Prozent für den aussichtsreichsten Kandidaten. Friedrich Merz käme derzeit bei Sympathisanten von CDU und CSU auf 16, Laschet nur auf 4 Prozent. Ob Söder aber die Kanzlerkandidatur tatsächlich anstrebt oder erst in vier oder acht Jahren, bleibt offen. Bisweilen hält er sich in dieser Frage zurück und erklärt immer wieder, sein „Traumjob“ sei Bayern und er stehe bei den Bayern im Wort.

Stattdessen bringt sich Friedrich Merz (CDU) wieder in Position. Ende Februar galt er noch als Favorit für die Nachfolge von Annegret Kramp-Karrenbauer und damit auch als Kandidat für die Kanzlerschaft. In Umfragen lag er damals mit 18 Prozent Zustimmung vor Söder mit zwölf und Röttgen mit elf Prozent. Längere Zeit war von ihm wenig zu hören: Merz hatte nicht nur eine Corona-Infektion zu überstehen, sondern, als es in der Pandemie zu handeln galt, auch keinerlei politische Funktion und damit Verantwortung. Nun ist er wieder in den Medien: Dieses Mal mit Lob für Merkel, deren Politik er zuvor immer als „grottenschlecht“ bezeichnet hatte, aber auch mit vielen Ratschlägen für die Politik und eindeutigen Positionen in Wirtschafts-, Innen-, aber auch Außenpolitik. Der Staat könne in der Krise nicht allein helfen. Er ist für vorsichtige Lockerungen, fordert aber, man müsse vor allem der Wirtschaft „eine Perspektive eröffnen“. Der Schutz des Lebens hätte vor anderen Grundrechten „keinen absoluten Vorrang“. Der wirtschaftsnahe und konservative Merz konnte nach der aktuellen „Spiegel“-Umfrage derzeit vor allem bei Anhängern von FDP und AfD punkten.

Nina Hager

# Freundschaftsdienst

Bundesregierung verbietet Hisbollah



Foto: Harout Arabian / Wikimedia Commons / CC BY 2.0

Aktivist demonstriert mit Hisbollah-Fahne in luftiger Höhe

Die Bundesregierung hat gegen die Hisbollah („Partei Gottes“) in Deutschland ein Betätigungsverbot erlassen. Die Polizei durchsuchte am 30. April in einer großangelegten Razzia mehrere Moscheen. Der US-Botschafter und ebenso der israelische Botschafter in Berlin begrüßten die Aktion. Die USA, Israel und Saudi-Arabien drängen seit Jahren darauf, nicht nur den militärischen, sondern auch den politischen Zweig der Hisbollah als terroristische Organisation zu behandeln.

2016 erklärte der Golf-Kooperationsrat – angeführt von Saudi-Arabien – die Hisbollah zu einer terroristischen Organisation. Die Arabische Liga folgte bald darauf, allerdings gegen die Stimmen des Irak und des Libanon. Der damalige libanesische Außenminister Gebran Bassil nannte die Hisbollah einen integralen Teil der libanesischen Gesellschaft von großer Bedeutung.

Nach Jahren der Regierungsbeteiligung der Hisbollah wurde das mit den Protesten wegen der Finanz- und Regie-

rungskrise des Libanon noch deutlicher als zuvor. Statt die Stabilität der Region zu untergraben, wie der israelische Botschafter in Berlin behauptete, versuchte die Hisbollah alles, die Stabilität des Landes zu behaupten.

In ihren eigenen Worten übernahm sie „Verantwortung“, als sie die Regierung unter Ministerpräsident Hassan Diab ermöglichte und sich daran beteiligte. Sie wandte sich damit gegen die Demonstranten, die über Monate ein Ende des Regimes aus Korruption und Seilschaften gefordert hatten und auch die Regierung Diab ablehnten. Es ist – wie bei der Unterstützung Syriens – eine durchaus konservative Politik, die einen möglichen Staatszerfall zu verhindern sucht.

Die Aktivitäten der Hisbollah sind keineswegs auf ihre schiitischen Unterstützer beschränkt. Viele Christen im Libanon vertrauen der Hisbollah mehr als anderen libanesischen Parteien und Organisationen. Kein Wunder – waren es doch gerade Soldaten der Hisbollah,

die in Syrien christliche Dörfer und Gemeinden gegen die Angriffe der islamistischen Terroristen verteidigten.

Als Gebran Bassil von der Bedeutung der Hisbollah im Libanon sprach, ging es auch um die sozialen Einrichtungen. Krankenhäuser, Schulen und eine Universität bieten medizinische Dienstleistungen und höhere Bildung auch Menschen mit kleinen Einkommen. Und wie andere Organisationen zeigt Hisbollah im „Krieg gegen Corona“ Flagge. Ihre Trupps desinfizieren, Mediziner und medizinisches Gerät stehen bereit und einige Dutzend ihrer Krankenwagen warten auf den Einsatz.

Die Hisbollah ist Teil der libanesischen Gesellschaft. So sehr, dass auch die Korruption nicht mehr vor ihr Halt macht, wenn sie auch nicht dasselbe Maß erreicht wie bei anderen Parteien. Im November 2019 führten die Massenproteste zu neuen Korruptionsverfahren gegen libanesischen Parteien und Politiker. Der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, rief die Justiz auf, ihre Untersuchungen mutig zu führen. Wenn nötig, solle sie mit Hisbollah beginnen.

Was der Westen der Hisbollah vorwirft, ist ihr Widerstand gegen die israelische Politik – und ihre militärische Stärke. Mit ihren Raketen kann sie Ziele überall in Israel erreichen und so zögert Israel vor Aktionen zurück, die zu einem erneuten Krieg gegen den Libanon führen könnten.

Nach wie vor herrscht lediglich Waffenstillstand im Krieg zwischen dem Libanon und Israel. Israelische Flugzeuge verletzen das Waffenstillstandsabkommen immer wieder und greifen aus dem libanesischen Luftraum Ziele in Syrien an. Und wie zum Hohn erklären deutsche Behörden zur Verbotserklärung, die Ideologie der Hisbollah richte sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Manfred Ziegler

# Corona-„Irrsinn“

Staat saniert Unternehmen, Arbeiter sollen zahlen

„Ziel muss es sein, dass wir die Substanz unserer Wirtschaft erhalten“, verlaubliche Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) am Vorabend des 1. Mai. Die aktuellen Zahlen zeigen, wer die Last dieser Substanzerhaltung trägt: Innerhalb des Monats April stieg die Zahl der Erwerbslosen um über 300.000 an. 10,1 Millionen Beschäftigte sind aktuell in Kurzarbeit – mehr als sieben Mal so viel wie in der Krise 2009. Immer mehr Kleinbetriebe und Geschäfte, die die monatliche Pacht nicht mehr aufbringen können, fallen in Insolvenz. Allein im Bereich des Einzelhandels stehen 50.000 Geschäfte kurz vor dem Aus, wie der Geschäftsführer des Handelsverbands Deutschland (HDE), Stefan Genth, am 28. April der Presse mitteilte.

Zur gleichen Zeit lagen der staatlichen Förderbank KfW Kreditanträge von 25.520 Unternehmen mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 33,1 Milliarden Euro vor, 25.183 Unternehmen erhielten bereits positive Bescheide. Staatliche Zuschüsse, Fördermittel, Hilfskredite und Bürgschaften für Unternehmen summieren sich mittlerweile auf über 1,5 Billionen Euro. Davon profitieren vor allem die großen DAX-Unternehmen und jene Global Player, in deren Führungsetagen weiter ernsthaft darüber nachgedacht wird, den Bezug der Fördermittel zur Auszahlung von Dividenden zu nutzen.

So schickte der Bremsenhersteller Knorr Anfang April 4.000 Arbeiter in die Kurzarbeit, nachdem der Vorstand kurz vorher angekündigt hatte, seine Liquiditätsreserven von 1,8 Milliarden Euro durch eine Kreditlinie um 750 Millionen Euro zu erweitern: „Damit vergrößert das Unternehmen seinen operativen Handlungsspielraum.“ Ende April hieß es dann, die auszuschüttende Dividende werde 2020 höher aus-

fallen als im Vorjahr. Der Schutzschild des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) für Unternehmen mit mindestens 50 Millionen Euro Umsatz im Jahr beschert diesen bis Ende 2021 weitere 600 Milliarden Euro in Form einer „Eigenkapitalhilfe“. Die „schwarze Null“ und auch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sind vorerst vergessen.

Es gibt allerdings schon die ersten Vorschläge, wie das Bundesfinanzministerium die Ausgaben „gegenfinanzieren“ könnte. Den Anfang machte der Chefökonom der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, der sich generelle Steuererhöhungen für alle vorstellen kann: „Ich glaube, die Bevölkerung trägt höhere Steuern mit, wenn das der Preis ist, um diese Krise unter Kontrolle zu bringen.“ Der Vorsitzende der „Wirtschaftswissenschaften“, Lars Feld, wehrt ab – jedenfalls die Vermögensenden sollen von neuen Steuerlasten freigestellt werden: „In dieser Lage über eine Vermögensabgabe zu reden ist Irrsinn.“

Der DGB ist anderer Ansicht: „Allein das reichste Hundertstel der Bevölkerung in Deutschland besitzt ein Gesamtvermögen von netto rund 3.800 Milliarden Euro. Mit einer gerechten Vermögens- und Erbschaftssteuer beispielsweise können diese Vermögen zur Bewältigung der Krise beitragen.“ Auch das Konzept des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW) geht in eine ähnliche Richtung: Eine einmalige Vermögensabgabe für das oberste Prozent der Steuerpflichtigen soll mit einem „Corona-Soli“ der reichsten 10 Prozent kombiniert werden. Eine Vermögensabgabe wurde zuletzt 1952 im Rahmen des Lastenausgleichsgesetzes zur gerechten Verteilung der Kriegsgeschäden vorwiegend bei den Vermögenden eingezogen.

Ralf Hohmann

# Schulpsychologen werden es richten

Kommunalpolitische Kolumne von Vincent Czesla

Armin Laschet (CDU) bekommt Konkurrenz. Seit Wochen gilt der NRW-Ministerpräsident unbestritten als der geschickteste und orientierungsloseste Krisenmanager unter den Landespolitikern. Doch ausgerechnet seine Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) droht nun, ihn abzulösen. Den Grundstein für diese Karriere legte sie Mitte April in einem WDR-Interview. Zuvor hatte die Landesregierung die vorgezogenen Schulöffnungen für Abschlussklassen in NRW verkündet. Da konfrontierte eine Schülervertreterin die Ministerin mit der Angst vieler Schüler, sich oder ihre vorekrankten Verwandten anzustecken. Gebauers Antwort war überraschend deutlich: „Wir haben natürlich auch vereinzelt Todesfälle, mit denen die Schülerinnen und Schüler klarkommen müssen.“ Man biete jedoch Schulpsychologen und telefonische Beratung an.

Genauso gut hätte sie auch sagen können: „Doof, dass Oma und Opa sterben. Aber unsere Psychologen kriegen euch schon wieder hin.“ Und wofür? Für die Illusion eines „normalen Abiturs“ und die damit verbundene, schnellstmögliche Verwertbarkeit der Schülerinnen und Schüler. Dieses Vorgehen blieb nicht unbeantwortet. Am Morgen des 23. April protestierte das „Aktionsbündnis Schulboykott NRW“ in Düsseldorf gegen die übereilten Öffnungen. Während die Demonstranten strengste Sicherheitsauflagen einhalten und die Teilnehmerzahl begrenzen mussten, strömten die Abschlussjahrgänge unter sehr unterschiedlichen Bedingungen in die Klassenzimmer.

Die Hygieneministerin der Landesregierung kamen spät, ließen wichtige Fragen offen und gaben den Schulträgern gerade einmal drei Tage Zeit, um das angeordnete Hygienematerial zu besorgen. In seiner Not forderte der „Städtetag NRW“ eine Verschiebung des Schul-

starts auf den 27. April. Laschet und Gebauer reagierten empört und erklärten ihrerseits, dass die Gemeinden genügend Vorbereitungszeit gehabt hätten. Es entbrannte ein Streit zwischen Land und Kommunen darüber, wer für den misslungenen Start in den Schulbetrieb verantwortlich war. Über die wesentlichen Fragen wurde jedoch nicht diskutiert. Seit Jahren sind viele Schulen marode, die Klassenzimmer verschmutzt und die



Vincent Czesla

Sanitäreinrichtungen unbenutzbar. Wie sollten aus diesen Zuständen innerhalb weniger Wochen hygienisch einwandfreie Lernräume erwachsen? Der Mangel an eigenem Personal und die privatisierte Schulreinigung taten ihr Übriges dazu.

Gebauer versuchte schließlich den Befreiungsschlag, indem sie die Schulöffnungen kurzerhand als „gut gelungen“ bezeichnete, obwohl deren Auswirkungen auf die Verbreitung von Covid-19 noch völlig unklar waren. Prompt folgte Kritik der „Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft“ (GEW), die von einem „sehr hohen Risiko“ sprach. Unterdessen bemühte sich der Minis-

terpräsident, die Wogen zu glätten und die Gemeinden zu besänftigen. Doch es folgte der nächste Eklat. Offenbar eigenmächtig verschickte das Schulministerium eine Rundmail mit Erlasscharakter: Die Grundschulen, so hieß es in dem Schreiben, sollten ab dem 11. Mai für alle Schülerinnen und Schüler in einem rollierenden System wieder öffnen. Laschet, der gerade erst von einem klärenden Gespräch mit den Kommunen zurückgekehrt war, machte die Düsseldorf Chaostage perfekt. In einer Pressekonzferenz ordnete er die „Korrektur“ der E-Mail, also die Absage des geplanten Grundschulstarts, an und demontierte damit öffentlich, was von Gebauers ministerialer Aura noch übrig war.

Die Gemeinden wehren sich vermehrt gegen widersprüchliche Erlasse und kurzsichtige Entscheidungen. Das ist gut, aber die Unsicherheit von Schülern, Eltern und Lehrern bleibt. Das irrlückernde Regierungspersonal trägt weder zur Lösung noch zur Beruhigung bei. Doch Armin Laschet dürfte der ganze Rummel nur recht sein: Sollte sich bald herausstellen, dass die chaotischen Schulöffnungen zur Katastrophe führen, steht mit Yvonne Gebauer schon ein gut vorbereitetes Bauernopfer bereit.

Jeden Mittwoch erscheint der **UZ-PODCAST** mit spannenden Gästen zu aktuellen Themen auf unsere-zeit.de und auf den Plattformen „Spotify“, „Soundcloud“, „Anchor.fm“ und „YouTube“.

Bis jetzt waren unter anderem zu hören der Kuba-Experte Volker Hermsdorf zur Rolle Kubas während der Corona-Pandemie, die Ärztin Monika Münch-Steinbuch zur Situation in den Krankenhäusern und der Rechtsanwalt Tim Engels zum Grundrechteabbau.



# Atommacht Deutschland?

## Kramp-Karrenbauer will „nukleare Teilhabe“ erhalten

Kramp-Karrenbauer will die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands in der NATO mit neuen F-18-Kampfflugzeugen sichern. In Büchel lagern dazu die Atomsprengköpfe. Aber die Bundesregierung denkt über weitere Möglichkeiten nach, um Atommacht zu werden. UZ sprach mit Marion Küpker, Friedensreferentin beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes und Sprecherin der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“.

**UZ:** Warum will Frau Kramp-Karrenbauer F-18 Bomber aus den USA kaufen?

**Marion Küpker:** Kramp-Karrenbauer will insgesamt 135 neue Kampfflugzeuge kaufen. Darunter 45 F-18-Kampfflugzeuge von Boeing, 30 davon sollen Atomwaffen tragen können. Diese sind für die circa 20 Atombomben in Büchel geplant, aber vor allem sind sie wichtig für die neuen Atombomben, die ab 2025 voraussichtlich nach Büchel kommen sollen.

Kramp-Karrenbauer hat den USA gesagt, Deutschland will die Kampfflugzeuge für die US-Atombomben, während das in der SPD umstritten ist und viele sich fragen, warum wir die „nukleare Teilhabe“ brauchen.

**UZ:** Es hieß, dass die Atomsprengköpfe, die in Büchel lagern, für 48 Stunden in den USA waren?

**Marion Küpker:** Ja, offiziell wurde eine neue Software aufgespielt. Der Friedensforscher Otfried Nassauer hat dazu noch mehr recherchiert: Die Atombomben waren sehr wahrscheinlich nicht nur für eine neue Software dort, sondern sollten in ihrer Zündfunktion „sicherer“ gemacht werden.

Bisher hat die Bundesregierung immer argumentiert, man könne aus der „nuklearen Teilhabe“ nicht aussteigen, weil die Bundesregierung bisher in der NATO von einem Mitspracherecht ausging, wenn ein atomarer Ersteinsatz drohe und Nein sagen zu können, um diesen verhindern.

Jetzt gibt es aber neue Entwicklungen. Ende 2019 patrouillierte zum ersten Mal ein US-amerikanisches U-Boot, bestückt mit einer nuklearen Trident-D5-Rakete, um Europa herum. Diese Rakete wäre in der Lage gewesen, einen Ersteinsatz durchzuführen, was auch im Februar in einem Manöver geübt wurde. Der NATO-Oberbefehlshaber Tod Wolters bekannte sich damals, ein „Fan einer flexiblen Ersteinsatzpolitik“ zu sein. US-U-Boote sind der NATO in Krise und Krieg nicht mehr unterstellt, das heißt, es gibt für diese Atomraketen kein Mitbestimmungsrecht für Deutschland, wie es die nukleare Teilhabe der NATO vorsieht.

In der „Monitor“-Sendung „Hochrüstet um jeden Preis: Die neuen nuklearen Pläne der USA“ wurde aufgezeigt, dass die Pläne von Trumps Sicherheitsberater John Bolton sich eindeutig gegen Russland und auf



Marion Küpker

hier in Europa stattfindende Atomkriege richten. Elbridge A. Colby vom „Center for a New American Security“ sagt, dies sei „die richtige Strategie und die richtigen Waffen, um einen begrenzten Atomkrieg zu führen und zu gewinnen“. Die Atombomben, die wir hier in Deutschland haben, bekommen so eine andere Funktion, da sie nicht mehr für einen Ersteinsatz gebraucht werden. US-U-Boote sind der NATO in Krise und Krieg nicht mehr unterstellt, das heißt, es gibt für diese Atomraketen kein Mitbestimmungsrecht Deutschlands, wie es bei der nuklearen Teilhabe der NATO der Fall sein soll. Damit stellt sich die Frage, womit denn jetzt die weitere nukleare Teilhabe Deutschlands in der NATO politisch überhaupt noch gerechtfertigt werden kann? Letztendlich ist die geplante Anschaffung neuer F-18-Kampfflugzeuge nichts weiter als ein Milliarden Geschenk an die US-Rüstungsindustrie.

**UZ:** Es ist also nur folgerichtig, wenn der Stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Johann Wadephul, die Euro-Atombombe ins Spiel bringt?

**Marion Küpker:** Die Euro-Atombombe ist für die Bundesregierung eine weitere Option, aber noch Zukunftsmusik. Frankreich würde sie stellen und Deutschland könnte daran teilhaben. Macron hatte auf der Münchner Sicherheitskonferenz dieses Jahr deutlich dafür geworben, dass Frankreich dazu bereit wäre.

Was dafür spricht, ist der Fakt, dass die Eurofighter, von denen 90 Stück bestellt werden sollen, für Atombomben aufgerüstet werden können. Jedoch möchten Deutschland und Frankreich

die Daten des Eurofighters nicht an die USA geben und die USA wollen so nur von ihnen gebaute Kampfflugzeuge ausrüsten. Da stehen die NATO-Verbündeten in Konkurrenz zueinander. Aber wie gesagt, das ist noch Zukunftsmusik. Sicher ist bis jetzt, dass die B-61-12 – die neuen Atombomben, die in Büchel gelagert werden sollen – ab nächstes Jahr in Produktion gehen.

**UZ:** Deutschland hat, wie alle anderen NATO-Staaten, den Atomwaffen-Verbotsvertrag der Vereinten Nationen nicht unterschrieben. Kann Deutschland als Atommacht noch aufgehalten werden?

**Marion Küpker:** Aus der Zivilbevölkerung gibt es immer mehr Druck, dass die Bundesregierung den Atomwaffen-Verbotsvertrag unterzeichnet. Mittlerweile haben 88 Städte – alle großen Städte sind dabei – den Städteappell unterzeichnet und in vier Bundesländern (Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg) gibt es Beschlüsse dazu. Die Bürgermeister präsentieren damit mindestens 24 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland. Sie wollen nicht, dass Geld für diese unnützen Waffen verschwendet wird. Das spielt in Hinblick auf Corona eine große Rolle, weil es die Städte sind, denen die Gewerbesteuer wegbriecht, und der Zivilgesellschaft fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Das Ganze verschlimmert sich noch durch die Klimakrise und die Finanzkrise, in die wir immer tiefer reinrutschen. Aber es ist unser Faustpfand, dass diese milliardenschweren Militärausgaben nicht durchgeführt werden können.

**UZ:** Die Aktionen in Büchel fallen wegen Corona aus. Gibt es schon Überlegungen, wie man trotzdem Widerstand leisten kann?

**Marion Küpker:** Wir mussten auf einer Aktions-Videokonferenz beschließen, dass die Großveranstaltungen in Büchel ausfallen müssen, wie zum Beispiel der Kirchentag und die gesamte Camp-Phase von sechs Wochen vor Ort – wo ja auch die DKP für mehrere Tage wieder teilnehmen wollte. Die internationalen Gäste können auch nicht kommen, weil es ein Einreiseverbot gibt. Alle großen Events sind nicht nur bis zum Sommer, sondern für das ganze Jahr abgesagt, weil es nicht absehbar ist, dass sich bezüglich Corona etwas entscheidend ändern wird. Wir unterstützen aber kleinere regionale Proteste. Wir dürfen uns das Demonstrations- und Versammlungsrecht nicht nehmen lassen.

Das Gespräch führte Christoph Hentschel

# Petition unterschreiben!

Mehr als 7.000 Menschen haben inzwischen die Petition der DKP für die Aufhebung aller Sanktionen, die die Bekämpfung der Corona-Pandemie behindern, unterschrieben. Am 23. April hat auch die Fraktion „Die Linke“ einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. „Gerade in der Corona-Krise ist das Gebot der Stunde, den Wahnsinn der Wirtschaftskriege endlich zu beenden“, erklärte die Abgeordnete Zaklin Nastic, die den Antrag initiiert hatte, gegenüber der Tageszeitung „junge Welt“. Wirtschaftskriege seien zwar „eine leisere Art der Kriegführung“, aber die Sanktionen seien „nicht weniger verbrecherisch und mörderisch“. Nicht umsonst werde dieses Instrument als „Massenvernichtungswaffe des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet.

Die DKP wirbt weiter um Unterzeichnung ihrer Petition, um mehr Menschen auf diese Massenvernichtungswaffe, deren Wirkung wir im Iran und in Syrien sehen und die auch Kuba und Venezuela bedroht, aufmerksam zu machen und Widerstand dagegen zu entwickeln. Im Folgenden veröffentlichen wir weitere Stimmen zu der Petition:

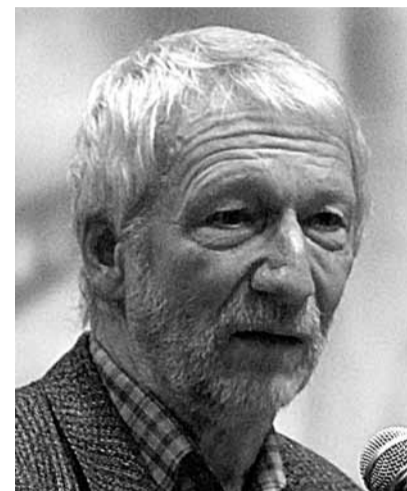
Natürlich habe ich als Vorsitzende des „Netzwerk Kuba“ die Petition sofort unterschrieben. Wir als Zusammenschluss von rund 40 Gruppen der Kuba-Solidarität kämpfen schon lange nicht nur gegen die Blockade der USA gegen Kuba, sondern gegen die Sanktionspraxis auch der europäischen Staaten gegen jedes Land, das nicht ihren Vorstellungen entsprechend regiert wird. Diese Maßnah-



men verstoßen gegen das Völkerrecht und sind in der gegenwärtigen Situation der Pandemie kriminell – sie können und werden Menschenleben kosten. Im Gegensatz dazu rührt uns zutiefst der selbstlose und humanistische Einsatz der kubanischen medizinischen Brigaden in inzwischen 22 Ländern, obwohl die Insel selbst schwer unter den Folgen der Epidemie leidet. Unser Land könnte von einer intensiven Zusammenarbeit im medizinischen Bereich insbesondere mit Kuba nur profitieren – die Bundesregierung müsste dafür die Weichen stellen.

Angelika Becker, Vorsitzende des „Netzwerk Cuba - Informationsbüro e.V.“

Die Menschheit steht vor einer der größten Herausforderungen im Ringen um ihre Existenz. Die „Corona-Krise“ breitet sich auf dem Höhe-



Bitten haben die Herzen der Herrschenden nur selten erreicht. Aber die Herzen vieler da unten sind noch nicht versteinert. Daher sind Petitionen nicht unwichtig. Aus der zerschossenen Bittprozession zum Zaren, 1905, entwickelte sich eine Revolution. Die ging zwar schief, war aber auch Lernschritt für 1917.

Die „Obenen“ führen einen mörderischen Krieg gegen die Unbotmäßigen. Menschenleben sind ihnen nur wert, wenn sie ihren Profit mehren. „Der Krieg wächst aus ihrem Frieden wie der Sohn aus der Mutter. Er trägt ihre schrecklichen Züge. Ihr Krieg tötet, was ihr Friede übriggelassen hat“ (Brecht). Weg mit den mörderischen Sanktionen!

Erich Schaffner, Schauspieler und Rezitator



Die völkerrechtswidrige und menschenrechtswidrige Politik der USA und ihrer Verbündeten in Zeiten der Corona-Krise muss ein Ende haben. Es kann nicht sein, dass versucht wird, Staaten wie Kuba, Venezuela, Iran, Syrien, die Russische Föderation und viele weitere durch Wirtschaftssanktionen zu erdrosseln, nur weil deren Politik nicht den Interessen der USA entspricht. Die von den USA verhängten Sanktionen sind aggressive Kriegspolitik gegen Länder, die sich gegen die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten von Amerika auflehnen.

Kuba, welches als kleines Land seit über 60 Jahren den imperialistischen Gelüsten des großen Nachbarn standhält, schickt Hilfe in Form von Medikamenten und Ärzten in die Welt, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen, während der US-amerikanische Präsident dazu aufruft, Desinfektionsmittel zu trinken. Wir brauchen eine Politik der Solidarität und gegenseitigen Hilfe, die die Corona-Krise und all ihre Konsequenzen als Menschheit gemeinsam zu überwinden. Schluss mit allen Sanktionen weltweit!

Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei „Die Linke“

Tobias Thiele, Liedermacher



Die DKP blockierte 2019 die Zugänge zum Fliegerhorst Büchel

Die DKP hält die Absage von Großaktionen, wie sie in den letzten Jahren vor dem Fliegerhorst stattfanden und wachsende Unterstützung wie öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren, für richtig. Das Aktionscamp, an dem wir uns in den letzten Jahren beteiligten, könnte keine angemessenen Bedingungen zum Schutz vor Infektionen gewährleisten. Das ist so realistisch wie bedauerlich.

Marion Küpker weist zu Recht darauf hin, dass wir uns damit nicht der Möglichkeit berauben, kleinere regionale Proteste zu organisieren.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten werden uns ebenso wie andere Gruppen der Friedensbewegung nicht davon abhalten lassen, weiter Widerstand gegen die imperialistischen Kriegsplanungen und -vorbereitungen der NATO zu leisten. Das gilt auch, wenn wir in diesem Jahr unsere ursprüngliche Planung, uns über mehrere Tage (9. bis 12. Juli) an der Aktionspräsenz in Büchel zu beteiligen, nicht werden umsetzen können.

Die DKP Rheinland-Pfalz wird den Bedingungen angemessene Aktionsvorschläge erarbeiten und zur Beteiligung einladen.



## Kuba hilft der Welt – helfen wir Kuba

Die von der US-Regierung immer weiter verschärfte Blockade gegen Kuba gefährdet immer mehr Menschenleben. Zuletzt wurde durch den Einkauf zweier Schweizer Beatmungsgerätehersteller verhindert, dass schon bestellte, dringend benötigte Geräte nach Kuba geliefert werden (Siehe UZ vom 24. April).

In einer Situation, in der kubanische Medizinbrigaden mit mehr als 1.500 Medizinerinnen und Mediziner in mehr als 22 Ländern, darunter auch in Italien, Andorra, Katar, Venezuela, Mexiko und Ländern der Karibik, gegen das Coronavirus kämpfen, um die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen, gefährdet die Verschärfung der Blockade die Errungenschaften des kubanischen Gesundheitswesens.

Während Kuba der Welt hilft, versuchen die USA, jegliche Kooperation mit der Karibikinsel zu unterbinden. Neben dem Ankauf von Beatmungsgeräten stellt momentan auch der Import von Medikamenten ein Problem dar.

Durch die Pandemie ist der Tourismus in Kuba komplett eingebrochen, es fehlen zusätzlich wichtige Devisen für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und das Aufrechterhalten der wirtschaftlichen Aktivitäten. Das sozialistische Kuba braucht jetzt unsere Hilfe.

Wir wollen gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba dringend benötigte Beatmungsgeräte anschaffen und nach Kuba schicken.

**Wir bitten um Spenden auf das Spendenkonto des DKP-Parteivorstandes bei der GLS-Bank (Stichwort Kuba):**

**BIC: GENODEM1GLS  
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01**

## Schüsse auf kubanische Botschaft

Auf die Botschaft der Republik Kuba in Washington ist am Donnerstag vergangener Woche ein terroristischer Anschlag verübt worden. Am frühen Morgen waren rund 30 Schüsse aus einem Schnellfeuerwaffe auf das Botschaftsgebäude abgegeben worden. Nach Informationen des kubanischen Außenministeriums wurden keine Menschen verletzt, das Gebäude aber beschädigt.

Der US-amerikanische Secret Service warf dem Mann, der nach der Tat verhaftet und als der 42-jährige Alexander Alazo identifiziert wurde, den Besitz einer nicht registrierten Waffe, nicht registrierter Munition und einen Angriff mit Tötungsabsichten vor.

Exilkubaner und Contra-Gruppen in den USA haben nach dem Anschlag behauptet, keinen Kontakt zu Alazo gehabt zu haben. Nach Einschätzung des kubanischen Außenministeriums kann der Anschlag jedoch nicht isoliert von der zunehmenden feindseligen Rhetorik und den – selbst während der Covid-19-Pandemie – verschärften Sanktionen der US-Regierung betrachtet werden.

## Ungleiche Versorgung

Die Zahl der Krankenhausbetten ist in hoch entwickelten Staaten fast acht Mal größer als in schlecht ausgestatteten Entwicklungsländern. Zu diesem Schluss kommt eine am Mittwoch veröffentlichte Studie der UN-Entwicklungsorganisation UNDP über Ungleichheiten in der Krise.

Demnach beträgt die Zahl der Klinikbetten pro 10.000 Einwohner in den am höchsten entwickelten Ländern im Schnitt 55, in den am schlechtesten entwickelten Staaten nur 7. Diese großen Unterschiede trafen auch auf die Zahl der Ärzte und Pfleger zu.

# Söldnerinvasion zurückgeschlagen

## Venezuela trotz Invasionsversuch und führt Dreifrontenkrieg

**A**m Sonntag versuchte eine Gruppe von Söldnern, mit Schnellbooten im venezolanischen Bundesstaat La Guaira zu landen. Es kam zu einem Gefecht, dabei kamen acht Menschen ums Leben, unter ihnen sechs der Söldner. Zwei Terroristen konnten lebend gefangenommen werden. Sturmgewehre, Munition, Fahrzeuge und andere Ausrüstungsgegenstände wurden beschlagnahmt. Einer der Gefangenen steht mit der US-Antidrogenbehörde DEA in Verbindung. Laut dem venezolanischen Innenminister Néstor Reverol war es das Ziel der Terroristen, Anschläge zu verüben und gezielt Führungspersönlichkeiten der Revolutionären Regierung zu ermorden.

Die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) verurteilt den Versuch der militärischen Invasion. Während das Land mit der Corona-Pandemie konfrontiert ist, geht von der Trump-Regierung eine beispiellose Eskalation der Gewalt gegen Venezuela aus, um die rechtmäßige Regierung von Nicolás Maduro zu stürzen.

Der Angriff der Söldner fand im Rahmen des vielschichtigen Aggressionsplans des US-amerikanischen und europäischen Imperialismus gegen Venezuela statt. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Regierung der USA mit der Komplizenschaft der paramilitärischen und terroristischen Regierung von Iván Duque in Kolumbien destabilisierende Aktionen vorbereitet mit dem Ziel, Gewalt auf venezolanisches Territorium zu tragen. Es ist an der Zeit, die venezolanischen patriotischen und antiimperialistischen Kräfte zu vereinen. Zu diesem Zweck ist es unerlässlich, die Rolle der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Stadt und Land in Richtung des po-

litischen Prozesses in Venezuela und für ihre gerechten Forderungen zu stärken.

In dieser Stunde neuer Aggressionen des Imperialismus und seiner äußeren und inneren Lakaien ist die internationale Solidarität, die von den



Venezolanische Streitkräfte haben einen Söldnerangriff zurückgeschlagen.

Völkern der Welt und ihren demokratischen, fortschrittlichen und revolutionären Organisationen stets geübt wurde, noch viel nötiger als bisher, um gegen die Einmischung der USA zu kämpfen, die Aufhebung einseitiger Zwangsmaßnahmen zu fordern und die verbrecherische Blockade gegen Venezuela zu beenden.

Der 1. Mai, wie ihn Venezuela noch nie erlebt hat, stand im Zeichen

der Pandemie. Trotzdem war es ein kämpferischer Tag der PCV und der Nationalen Front für den Kampf der Arbeiterklasse (FNLCT) innerhalb eines breiten antiimperialistischen und antikapitalistischen Bündnisses. Im ganzen Land gab es viele kleinere

Aktionen. Dieser 1. Mai wurde durch drei Themen bestimmt: den Kampf für Frieden und Souveränität, zweitens die Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse und den Kampf gegen den Kapitalismus und drittens den Kampf gegen die Corona-Pandemie.

Venezuela läuft derzeit Gefahr, ein neuer Kriegsschauplatz zu werden. Trump verhält sich weiter wie ein selbstgerechter Kolonialherr.

# Bolsonaro-Dämmerung? Zu leben ist wunderbar

## Nach miesem Corona-Handling droht dem brasilianischen Präsidenten die Absetzung

Beklemmende Bilder: In Sao Paulo heben Bagger Gräber für die am Coronavirus Gestorbenen aus. 800 jeden Tag. Brasiliens Gesundheitssystem ist wie viele andere nicht für die Abwehr einer solchen Seuche eingerichtet. Die neoliberale Formierung unter dem Diktat des IWF und der Weltbank hat, was vorhanden war, finanziell ausgetrocknet und zerstört. Es gibt keine Tests, kaum Schutzkleidung, keine angemessene medizinische Versorgung.

Die Zahl der Corona-Fälle in Brasilien hat die 100.000er-Marke überschritten. Rund 7000 Menschen sind hier bislang am Virus gestorben. Die Zahl der Neuinfektionen ist sprunghaft gestiegen. Da es kaum Tests gibt, ist die Dunkelziffer erheblich, noch höher als in den kapitalistischen Hauptstaaten.

In Brasiliens Armenvierteln leben dichtgedrängt 13 Millionen Menschen. Soziale Distanz, Hygiene, sauberes Wasser, Desinfektionsmittel, Schutzkleidung und Stärkung des Immunsystems durch gesunde Ernährung ist hier kaum zu erreichen. Die Seuche kann jeden treffen, aber sie trifft die Armen zuerst.

Präsident Jair Messias Bolsonaro, der sich gern als „Tropical Trump“ feiern lässt, gehört zu den Covid-19-Verharmlosern: Corona sei nur Phantasie oder eine Art leichter Grippe. Klar, Tausende seien gestorben, aber was soll's, er heiße zwar Messias, aber zaubern könne er nicht. Mit Sprüchen dieser Art macht man sich nicht beliebt, besonders nicht bei jenen, die gerade den Tod eines Angehörigen zu beklagen haben.

Bolsonaros Popularitätswerte sanken Ende April auf 29 Prozent.

40 Prozent der Befragten fanden ihn „furchtbar“.

Hinter den Kulissen ist ein Machtkampf entbrannt. Mitte April feuerte Bolsonaro seinen Gesundheitsminister, der sich der Verharmlosungsstrategie seines Präsidenten nicht anschließen mochte. Am 22. April entließ er den Chef der Bundespolizei, Mauricio Valeixo. Darauf trat der Justizminister zurück und beschuldigte den Präsidenten, sich unrechtmäßig der Kontrolle über die Bundespolizei bemächtigen zu wollen. Er war der achte Minister, der das Kabinett Bolsonaro verließ oder verlassen musste. Um den Präsidenten ist es einsam geworden.

Brasilien ist zu bedeutend, als dass es Washington egal sein könnte, was im „US-Hinterhof“ passiert. Die brasilianischen Ölreserven werden mit 30 Billionen Dollar bewertet. Die USA, Brasilien und Argentinien stehen für 82 Prozent der globalen Sojaproduktion. Auf beides ist China dringend angewiesen, der Top-Handelspartner Brasiliens. Das Land ist aus der Zeit Lula da Silvas Mitglied der BRICS-Gruppe, die eine vom Imperium unabhängige Entwicklungspolitik verfolgt.

Mit Bolsonaro war der „Tropical Trump“ gefunden, der jede Wendung Washingtons nachvollzog.

Allerdings ist mit dem dumpfen Profaschisten nicht viel Staat zu machen. Er geriet in Bezug auf China zum Teil in massiven Konflikt mit den Handels- und Wirtschaftsinteressen seiner brasilianischen Hintermänner. Es sieht nach einem Wechsel der Frontfiguren aus. Mit Sergio Moro käme ein weiterer Mann Washingtons zum Zug.

Klaus Wagener

## Denis Goldberg, Kämpfer gegen das Apartheidregime, ist gestorben

Als in Südafrika im Juni 1964 das Urteil gegen acht Anti-Apartheid-Kämpfer stand – unter ihnen Nelson Mandela –, mussten die Angeklagten mit dem Todesurteil rechnen. Der Spruch des Rassengerichts lautete auf lebenslange Haft. Der Angeklagte Denis Goldberg schilderte Jahrzehnte später in einem Rundfunkinterview seine Reaktion: „Wir haben gelacht und ich rief meiner Mutter, die im Gerichtssaal saß, zu, dies bedeute zu leben, und zu leben sei wunderbar.“ Es war diese Lebenszugewandtheit, die Denis Goldberg die folgenden mehr als 22 Jahre der Haft ungebrochen überstehen ließ.

Denis Goldberg, 1933 als Sohn jüdischer Eltern mit litauischen Wurzeln in Kapstadt geboren, hatte sich 1957 der Südafrikanischen Kommunistischen Partei angeschlossen. 1961 wurde der junge Ingenieur Mitglied des bewaffneten Arms des ANC, Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation). Seine erste Gefängnisstrafe machte er 1960, als er und seine Mutter wegen Unterstützung von Streiks der Schwarzen ohne Verfahren vier Monate lang in Haft waren.

Die Verhaftung und Verurteilung im nach einem Stadtteil von Johannesburg benannten Rivonia-Prozess erfolgten wegen der Rekrutierung von Kämpfern und „Vorbereitung einer Revolution“. 30 Jahre alt war Goldberg, als das Rassistenregime ihn hinter Mauern einschloss, 52 war er, als er 1985 aufgrund internationalen Protests entlassen wurde. Die endlosen Gefängnisjahre hat er genutzt, um sich weiterzubilden. Unter anderem brachte er sich selbst die deutsche Sprache bei und zitierte später gern Brecht: „Unter die Menschen kam ich zur Zeit des Aufbruchs/Und ich empörte mich mit ihnen./ So verging meine Zeit./ Die auf Erden mir gegeben war.“

Aus dem Gefängnis heraus wurde Goldberg zum Flughafen gebracht und

Erst brüllt er, dass Präsident Maduros Tage gezählt seien, dann setzt er 15 Millionen Dollar Kopfgeld, lebend oder tot, auf ihn aus. Weiter begrüßt er die Tatsache, dass die Strategie zur finanziellen Erdrosselung Venezuelas wirksam sei: „Die Druckkampagne gegen Venezuela funktioniert. Die von uns verhängten Finanzsanktionen (...) haben die Regierung gezwungen, sowohl mit den Staatsschulden als auch mit den Schulden ihrer Ölgesellschaft PDVSA in Verzug zu geraten. Und was wir sehen (...) ist ein totaler wirtschaftlicher Zusammenbruch in Venezuela. Unsere Politik funktioniert also ...“

Die Wirtschaft und das normale Leben der venezolanischen Familien sind von der Blockade und den Sanktionen stark betroffen. Sie müssen dazu noch unter ständigen Kriegsdrohungen seitens der USA und der NATO leben.

Die Pandemie, die die Menschheit plagt, hat allen die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise offenbart. Es ist offensichtlich, wie die Entwicklung der Produktivkräfte, wenn sie durch die überholten kapitalistischen Produktions- und Aneignungsverhältnisse behindert wird, nicht nur eine größere Anfälligkeit der Gesellschaft für mögliche Gesundheits-, Umwelt- und andere Krisen schafft, sondern auch den koordinierten und effizienten Einsatz der Kräfte der Gesellschaft verhindert, die diese Art von Epidemien und Bedrohungen überwinden könnten.

Deshalb fordert die Arbeiterklasse an diesem 1. Mai weiter das sofortige Ende der US-Blockade und der Wirtschafts- und Finanzsanktionen der USA und Europäischen Union.

Carolus Wimmer,  
Internationaler Sekretär der PCV

nach Israel ausgeflogen, wo er seine Frau und seine beiden Kinder wiedersah. Israels Kumpanei mit dem Apartheidregime und die Palästina-Politik trieb die Familie von dort ins Londoner Exil, wo er Solidarität für den Anti-Apartheid-Kampf organisierte. Nach dem Sieg des ANC bei den Wahlen 1994 gründete er „HEART“, eine Organisation, die Spendengelder für Projekte in Townships sammelte.

Erst 2002, nach dem Tod seiner Frau im Jahr 2000, betrat Denis Goldberg wieder südafrikanischen Boden und übernahm politische Aufgaben. Nach dem Tod seiner zweiten Frau, einer deutschen Genossin, zog er sich von seinen Ämtern zurück, kritisierte aber weiterhin scharf korrupte ANC-Veteranen für den Verfall der Ideale, für die sie einst gekämpft hatten. Am 27. April ist er, 87-jährig, gestorben.

Die Südafrikanische Kommunistische Partei beklagt den Verlust eines Genossen, der sein bewusstes Leben lang gegen Unterdrückung und für Gleichheit stand: „In den letzten Jahren hat Genosse Denis mit dem gleichen unbeugsamen Geist, mit dem er gegen die Apartheid und den Kapitalismus gekämpft hat, gegen Krankheiten gekämpft. Er blieb bis zu seinem letzten Atemzug ein Aktivist.“ Das von ihm gegründete Kultur- und Bildungszentrum „Haus der Hoffnung“ in Hout Bay, Kapstadt, wird über seinen Tod hinaus wirken. „Es ist eine Vision, die die Leidenschaften meines Lebens verbindet: die Schaffung nicht-rassistischer und vorurteilsfreier Gemeinschaften, die Verwirklichung des Potenzials junger Menschen ... Einen Raum zu schaffen, in dem junge Menschen Kreativität und Ausdrucksfähigkeit entwickeln können, wird mein dauerhafter Beitrag zur Zukunft von Hout Bay sein, das so lange mein Zuhause war.“

Manfred Idler



# Reale Hilfe statt hehre Worte

## Unionspolitiker erinnern an Gewalt gegen Christen und schweigen zum Leid von Millionen in Syrien

Führende CDU-Politiker haben im vergangenen Monat an das ungewisse Schicksal der seit sieben Jahren aus Aleppo in Syrien verschleppten Erzbischöfe Mor Gregorios Yohanna Ibrahim (syrisch-orthodox) und Boulos Yazigi (griechisch-orthodox) erinnert und um Unterstützung für die Christen des Landes gebeten. „Die Opfer dieser Verbrechen und ihre Familien verdienen Gerechtigkeit und die Täter müssen nach rechtsstaatlichen Prinzipien zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden“, sagte der Bundesbeauftragte für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel.

Die Entführung der Geistlichen am 22. April 2013 habe „eine tiefe Wunde in das Leben der Christen in Syrien gerissen“, betonte Volker Kauder, in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Religionsfreiheit zuständig. „Die beiden Erzbischöfe gelten als Fürsprecher einer friedlichen Koexistenz der Religionsgemeinschaften in Syrien. Diese Botschaft des Miteinanders und des Friedens ist heute wichtiger denn je. An der Seite der syrisch-orthodoxen und griechisch-orthodoxen Christen in aller Welt erinnern wir uns heute an die Bischöfe und mit ihnen an alle Christen in Syrien, die Opfer von Gewalt und Verfolgung wurden.“ Sein Fraktionskollege Heribert Hirte, Vorsitzender des überkonfessionellen Gesprächsforums Stephanuskreis, das sich für verfolgte Christen einsetzt, erklärte, die betroffenen Glaubensgemeinschaften aus Syrien berichteten bis heute „von ihrem Schmerz, den das ungeklärte Schicksal der beiden Erzbischöfe hinterlassen hat. Wir fühlen mit ihnen.“



Foto: Masoud Hasen / UNICEF

Sanktionen behindern die Gesundheitsversorgung in Syrien und den Kampf gegen Corona massiv.

Es ist ganz ohne Frage löblich und unterstützenswert, wenn Unionspolitiker an von islamistischen Milizen verschleppte geistliche Würdenträger erinnern, die sich für die Freilassung von Geiseln, Frieden, den interreligiösen Dialog und das friedliche Zusammenleben in Syrien eingesetzt haben. Und doch erwecken die hehren Worte den Eindruck von Heuchelei. Glaubwürdiger wären Grübel, Kauder und Hirte, wenn sie nicht gleichzeitig das Leben der Hunderttausenden Christen in Syrien und der Millionen anderen Bürger des kriegszerstörten Landes durch ihre reale Politik weiter erschweren und deren Leiden durch ihre

immer neue Zustimmung zu den einseitigen, völkerrechtswidrigen Wirtschaftsanktionen der Europäischen Union verschlimmern würden.

Die Christdemokraten hätten für eine politische Kurskorrektur große Unterstützung. Zuletzt hatte Papst Franziskus in seiner Osterbotschaft mit Blick auf die Corona-Pandemie zu internationaler Solidarität aufgerufen und gefordert, kein Staat dürfe bei der Bewältigung der Krise und der Besorgung notwendiger Materialien auf sich gestellt sein. Dazu sollten „auch die internationalen Sanktionen gelockert werden, die es den betreffenden Ländern unmöglich

machen, ihre Bürger angemessen zu unterstützen“. Auch Caritas Internationalis, Dachverband von 165 nationalen Caritas-Verbänden, darunter auch der deutsche, nennt die Aufhebung von Sanktionen gegen Länder wie Libanon, Syrien, Jemen und Iran „unabdingbar“. Nur dann könne den Notleidenden dort wirklich geholfen werden.

Die Fraktion „Die Linke“ im Bundestag hat im April einen Antrag auf Aufhebung der Wirtschaftssanktionen in den Bundestag eingebracht (Drucksache 19/18693). Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, „sich auf internationaler Ebene und in der EU für die

sofortige Beendigung aller einseitigen Wirtschaftssanktionen, die die jeweilige Bevölkerung treffen, einzusetzen und so den betroffenen Staaten einen effektiven Kampf gegen die Corona-Pandemie zu ermöglichen“.

Sollte sich das Coronavirus in Syrien ausbreiten, könnte dies bei der gesundheitlich stark geschwächten Bevölkerung katastrophale Folgen haben, befürchtet Franziskanerpater Bahjat Elia Karakach, Leiter des Klosters Bab Thouma bei Damaskus. In einem Brief an den Pfaffenhofener Hilfsverein „Freundschaft mit Valjevo“, den die dortige Lokalpresse veröffentlicht hat, dankte er für den Sauerstoffgenerator, den die bayerische Friedensinitiative mit Spendengeldern für das Italienische Krankenhaus in der syrischen Hauptstadt angeschafft hatte. Der Franziskaner erinnerte zugleich an eine wichtige Ursache für die tägliche Gewalt: „Wir haben hier Angst, dass sich dieses Virus verbreitet, weil unser Gesundheitswesen während des jahrelangen Krieges große Schäden erlitten hat. Viele Krankenhäuser wurden von den Terroristen zerstört und die übriggebliebenen reichen schon für die gewöhnlichen Bedarf der Bevölkerung nicht aus, folglich erst recht nicht im Fall einer Pandemie. Das Embargo, das die westlichen Staaten gegen uns verhängt haben, verschärft das Problem. Es verhindert, dass die technische Ausrüstung in den Krankenhäusern erneuert und das Material, das benötigt wird, um Leben zu retten, eingekauft werden kann.“

Rüdiger Göbel

## Kerala schlägt Corona

### Indischer Bundesstaat erfolgreich im Kampf gegen Covid-19



Foto: Kerala Health Services

Vor-Ort-Gesundheitsvorsorge machte es den Medizinerinnen und Medizinern in Kerala leichter, der Pandemie zu begegnen.

Der südindische Bundesstaat Kerala wurde als Vorbild für den Sieg über das Coronavirus gefeiert und dafür gelobt, dass er trotz mangelnder Unterstützung durch die Zentralregierung des Landes „die Kurve abflacht“.

Die Regierung in Kerala führt ihren Erfolg auf eine schnelle Reaktion zurück. Bereits im Januar begann der Bundesstaat mit der Beobachtung der Covid-19-Entwicklung, als ein Student aus der chinesischen Provinz Wuhan, in der der Ausbruch begann, in die Region zurückkehrte.

Maßnahmen wie die Suche nach Kontaktpersonen und die Durchführung von Tests wurden bei den 34 Millionen Einwohnern des Bundesstaates rasch umgesetzt, wobei diejenigen, die Symptome zeigten, in Krankenhäusern isoliert oder zu Hause unter Quarantäne gestellt wurden.

Die kommunistisch geführte Regierung Keralas führte am Tag vor dem planlosen Inkrafttreten der landesweiten Abriegelung im vergangenen Monat ihre eigenen Zu-Hause-bleiben-Maßnahmen ein, wobei Schulen und nicht unbedingt notwendige Arbeitsplätze geschlossen und alle öffentlichen Versammlungen verboten wurden.

Der Staat sorgte dafür, dass Vorräte, einschließlich der Mittagmahlzeiten für Schulkinder, in die Häuser der Menschen geliefert wurden, und richtete Hotlines für psychische Gesundheit für diejenigen ein, die mit den strengen Maßnahmen zu kämpfen haben.

Kerala konnte auf seine früheren Erfahrungen im Umgang mit einer Pandemie zurückgreifen, da 2018 nach dem Ausbruch der Nipah-Krankheit, gegen die es weder einen Impfstoff noch eine wirksame Behandlung gibt, Protokolle eingeführt wurden.

Die Bemühungen des Landes wurden durch das System der primären Gesundheitsfürsorge erleichtert, die es möglich machte, dass Einsatzteams in den Gemeinden und Nachbarschaften dazu beitrugen, die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen.

„Wir haben Ärzte, Krankenschwestern und Sanitäter in jedem Dorf“, sagte K. N. Harilal, ein Mitglied des Planungsausschusses des Staates Kerala. „Wir haben also eine starke Armee von medizinischen Fachkräften zur Bekämpfung von Epidemien.“

Kerala investiert mehr Geld in die Gesundheit als jeder andere Bundesstaat Indiens und hat eine der höchsten Alpha-

betisierungsraten des Landes, was die Verbreitung von öffentlichen Informationen und Updates über das Coronavirus erleichtert.

Von den 400 gemeldeten Fällen von Covid-19-Erkrankungen in Kerala sind nur drei Menschen gestorben, weniger als 1 Prozent. Insgesamt hat Indien über 23.000 Fälle von Infektionen mit Coronaviren und 722 Todesfällen verzeichnet.

Einer der Gründe dafür, dass Kerala entgegen dem Trend „die Kurve abflacht“, während der Rest des Landes einen Höhepunkt der Infektionsfälle erlebt, ist die starke Basisdemokratie des Staates.

Die kommunistische Verwaltung hat die Macht bis hinunter zu den Dorfräten dezentralisiert, was es ermöglicht hat, dass die kommunalen Hilfsprogramme effektiv funktionieren und die tägliche Berichterstattung und neue Informationen der Regierung Keralas die Bürger erreichen.

Da sich der Anstieg der Neuinfektionen allmählich verlangsamt, erwägt die Regierung Keralas, einige ihrer Sperrmaßnahmen zu lockern, obwohl es Bedenken gibt, dass der Bundesstaat von einer „zweiten Welle“ von Infektionen betroffen sein könnte, die aus anderen Teilen Indiens eingeschleppt werden.

Steve Sweeney, Morning Star

## Schlimmer als Corona

### Krieg, Armut, Not und Hunger peinigen den Jemen

Biblische Plagen, sintflutartige Regenfälle, ein erneuter Cholera-Ausbruch, Bedrohung durch Corona, Armut, Not und Hunger peinigen den Jemen. Es sind die menschengemachten Übel des Krieges. Saudi-Arabien will Mansur Hadi wieder an die Macht bomben, einen Präsidenten, der keinen Rückhalt im Land hat. Es wird dabei unterstützt von den USA, Britannien und anderen westlichen Staaten. Doch nach der Ankündigung der secessionistischen Bewegung im Süden des Jemen, das Gebiet unter ihrer Kontrolle vom Jemen zu lösen, kontrolliert dieser Präsident nicht einmal mehr die Ersatzhauptstadt Aden.

Fünf Jahre des Krieges haben Zehntausende getötet, die Infrastruktur, Straßen und das Gesundheitswesen zerstört. 500 Cholerafälle in einer Woche in einem Krankenhaus in der Hauptstadt des Jemen stellen selbst die Bedrohung durch Corona in den Schatten. Massive Regenfälle haben Wasser verunreinigt, Straßen und Häuser weiter beschädigt. Die Folgen haben bis zu 100.000 Menschen zu tragen, vor allem in der Küstenstadt Aden.

Ein Waffenstillstand für zwei Wochen, der von Saudi-Arabien verkündet wurde und vordergründig der Bekämpfung von Corona dienen sollte, stand nur auf dem Papier. Eine Verlängerung womöglich bis zum Ende des Ramadan gab es nicht. Und im Süden des Jemen geht der Krieg im Krieg weiter. Ende April verkündete der „Südliche Übergangsrat“ (STC), die Gebiete unter seiner Kontrolle würden sich vom Rest des Jemen abspalten.

Süd- und Nordjemen hatten sich erst 1990 vereinigt, doch gibt es im Süden eine starke Bewegung für eine Trennung vom Norden. Und hinter dem Streit um die Unabhängigkeit des südlichen Landesteils stehen die unterschiedlichen Interessen Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die nur offiziell Verbündete sind. Tatsächlich unterstützen die VAE die Sezession

nisten des SCT gegen die Truppen, die im Auftrag Saudi-Arabiens den Präsidenten Hadi an die Macht bringen sollen. Neben dem Streit um die Rolle der islamistischen Islah-Partei geht es dabei auch um die Kontrolle über die wichtige Seestraße des Bab al-Mandab.

Dieser Konflikt kulminierte im August letzten Jahres im Kampf um Aden. Der STC brachte dabei die Regierungsgebäude unter seine Kontrolle, Saudi-Arabien bombardierte zur Warnung die Truppen seiner Verbündeten.

Eine Einigung zwischen den VAE und Saudi-Arabien – das Riad-Abkommen – brachte vorübergehend Ruhe. Saudi-Arabien verkündete die Einigung als nachhaltige politische Lösung, die die unbedingt nötige Stabilität in den Süden des Landes bringe. Doch die im Abkommen vorgesehene Umorganisation von Polizei und Militär, die Einbindung des STC in die Regierungsarbeit und die Verhandlungen mit den Ansar Allah und die Kontrolle Saudi-Arabiens über die Umsetzung – das alles blieb wohl auf dem Papier.

Ende April besetzten Einheiten des SCT erneut die Regierungsgebäude in Aden, ebenso Banken, Hafen und den Flughafen. Am 25. April verkündete der STC die Selbstverwaltung der südlichen Provinzen und rief zugleich den Notstand aus.

Für den Jemen ist der Krieg eine Katastrophe. Doch auch für Saudi-Arabien wird dieser Krieg immer mehr zu einer Belastung. Im Norden des Jemen erringen die Ansar Allah weitere militärische Erfolge und gewinnen damit auch neue Verbündete unter den lokalen Stämmen. Der neuerliche Streit um Aden und den Süden des Landes, der teure Krieg gegen die Ansar Allah und zugleich sinkende Einnahmen aus dem Ölgeschäft – dieser Krieg ist für Saudi-Arabien und seine Verbündeten in Washington und London schon lange nicht mehr zu gewinnen.

Manfred Ziegler





Wuppertal: Viel unterwegs waren die Genossinnen und Genossen von SDAJ und DKP in Wuppertal: Eine Fahrradaktion durch die Talsohle, im Bündnis gegen TTIP auf dem Laurentiusplatz und anschließend im Engelsgarten Nelken für Friedrich Engels.



Am Hamburger Jungfernstieg kamen am 1. Mai etwa 120 Personen zusammen. Veranstalter war „Bildung ohne Bundeswehr“. Es kamen neben DKP und SDAJ viele Friedensgruppen, die PdL, DIDF, KKE, Gewerkschaftsmitglieder von ver.di und IGM. Zu ihnen sprach der Schauspieler Rolf Becker (siehe Bild).



Frankfurt/Main: Initiiert von der SDAJ fand in Frankfurt eine Kundgebung auf dem Paulsplatz statt. Es kamen mehr als die ursprünglich 30 von der Polizei genehmigten Personen: Befreundete Organisationen unterstützten die Kundgebung, so dass am Ende über 120 Menschen mit über 1,5 Meter Abstand und Schutzmaske den Paulsplatz füllten.



Aachen: Am Aachener Marktplatz konnte ein offenes Mikro genutzt werden. Vertreten waren SAV, PdL, Fidef, Linksjugend, SDAJ, DKP, Antifa for Peace (Aachenbündnis), Antikriegsbündnis, Bündnis stopp-Def2 o2o.



Stuttgart: Über 500 Aktive kamen zur 1.-Mai-Kundgebung in Stuttgart, die von einem Bündnis aus 16 Organisationen, darunter die DKP, organisiert wurde. Im Vorfeld der Kundgebung hatten in Stuttgart drei Aktionen stattgefunden: Etwa 100 Menschen solidarisierten sich mit den türkischen Kollegen, die unter Sklavenbedingungen auf der S21-Baustelle arbeiten müssen. Vor dem größten Stuttgarter Krankenhaus protestierten über 150 Menschen, organisiert von ver.di und dem Bündnis „Mehr Personal für unsere Krankenhäuser“. Und das Aktionsbündnis 8. März verschönerte die Stadt mit Schildern und behängten Wäscheleinen, um auf die Situation der Frauen und die Forderungen der Frauenbewegung aufmerksam zu machen.

# Distancing statt Sozialpartnerschaft

Trotz Absage des DGB: Bundesweit Aktive am 1. Mai auf der Straße

„Wieso werden vorhandene Masken nicht beschlagnahmt? Wieso werden Konzerne nicht gezwungen, Schutzausrüstung zu produzieren?“ Katja Kumutat berichtet für die ver.di-Vertrauensleute der Essener Uniklinik, welchen Risiken und Belastungen sie und ihre Kollegen in der Corona-Pandemie ausgesetzt sind. Und sie dankt Peter Köster von der Essener DKP, „der sich durch den Bürokratenschwengel gekämpft hat, um diese Kundgebung zu ermöglichen“.

Köster unterbricht die Rednerin und nimmt sich das Mikrofon. Denn Kumutat hören nicht nur die 50 vom Ordnungsamt genehmigten Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu, die in auf den Boden gesprühten Feldern stehen, um Abstand zu halten und sich vor Infektion zu schützen. Am Absperrband am Rand des Platzes verfolgen weitere Menschen die Kundgebung, sie stehen zu nah beieinander.

Eine Kundgebung zu organisieren, die den Infektionsschutz gewährleistet, ist aufwändig. Für Köster und die anderen Aktiven in dem Bündnis, das die Kundgebung organisiert hat, war der größere Aufwand, sich mit den Behörden über die Genehmigung auseinanderzusetzen: Beim Ordnungsamt anrufen, sich zu einem Ansprechpartner durchfragen, auf dessen Antwort warten, wieder anrufen. Schließlich hatte Köster einen Ablehnungsbescheid in der Hand. Nachdem das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen das Verbot der Kundgebung bestätigt hatte, rief das Bündnis das Oberverwaltungsgericht Münster an. Erst um 20:00 Uhr am Abend vor der Kundgebung stand fest, dass sie stattfinden kann. Dafür musste das Bündnis einen Platz akzeptieren, an dem nur wenige Menschen vorbeikommen.

Wie in Essen wollten in ganz Deutschland aktive Gewerkschafter und linke Organisationen nicht akzeptieren, dass der DGB die üblichen Demonstrationen vollständig abgesagt und durch ein Streaming-Programm ersetzt hatte. „Diese Absage des DGB kam zu früh, sie war zu absolut – das war falsch“, kritisiert der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele diese Entscheidung. „das Kapital versucht, die Krise für An-

griffe auszunutzen – da ist es nötig, auf die Straße zu gehen.“ Insgesamt fanden über 100 Aktionen statt, die über die Webseite „heraus-zum-ersten-mai-2020.de“ koordiniert wurden.

Wie in Essen war es schwierig, dieses Grundrecht durchzusetzen – manche Kundgebungen und Aktionen wurden verboten, obwohl die Organisatoren gründliche Pläne zum Infektionsschutz vorgelegt hatten. Die DKP Bochum wollte mit einer Aktion vor einem Krankenhaus ihre Solidarität mit den Beschäftigten im Gesundheitswesen zeigen und hatte den Behörden über ihre Sicherheitsvorkehrungen berichtet – die Aktion wurde trotzdem nicht genehmigt. Einzelne DKP-Mitglieder machten Fotos mit Plakaten vor der Klinik und verbreiteten sie über soziale Medien. In Siegen und Gelsenkirchen mussten die lokalen Bündnisse ihre Aktionen vor dem Verwaltungsgericht durchsetzen. Teilweise verboten die Behörden nicht nur das Verteilen von Flugblättern bei den Aktionen, sondern auch das Auslegen, das es Passanten ermöglicht hätte, sich kontaktlos über die Aktion zu informieren.

In Frankfurt am Main dagegen hatte die Polizei nur 30 Teilnehmer für eine von der SDAJ initiierte Kundgebung genehmigt – die Beamten akzeptierten aber, dass schließlich über 120 Menschen mit Abstand, Mundschutz und Fahnen über den Paulsplatz verteilt teilnahmen.

Köbele weist darauf hin, wie widersprüchlich es ist, dass die Behörden Demonstrationen unter dem Vorwand des Infektionsschutzes verbieten: „Man darf shoppen gehen, man darf in der Kirche beten, aber man darf nicht demonstrieren? So wird ein Notstandsregime geprobt.“ Auf der Essener Kundgebung berichtet eine Vertrauensfrau der IG BCE aus dem Chemiewerk von Evonik, dem größten Industriebetrieb der Stadt: „Die Arbeitshetze ist enorm, das Werk läuft auf Rekordhoch.“ So werde auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten produziert: „Kontaktverbote in der Öffentlichkeit – aber die Arbeiter können Schulter an Schulter weiterarbeiten.“

Olaf Matthes



Marburg: An drei verschiedenen Orten fanden in Marburg Kundgebungen statt, die bis zu 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten. Auf der Kundgebung sprachen Vertreterinnen und Vertreter von der AgF, dem SDS Marburg, dem AStA, der DIDF Jugend, Fridays for Future, dem Klinikumsbündnis und der SDAJ.



Der 8. und 9. Mai haben weltgeschichtliche Bedeutung. Daran kommt auch das offizielle Gedenken hierzulande nicht vorbei.

Neben dem 7. November 1917, dem Tag der Oktoberrevolution, ist der 8. Mai 1945 das bedeutendste Datum des 20. Jahrhunderts. Nicht nur für Kommunisten und Sozialisten, sondern für alle, die sich für Frieden zwischen den Völkern einsetzen. Lenins „Dekret über den Frieden“ 1917 dokumentierte eine weltgeschichtliche Zäsur. Gleiches gilt für die bedingungslose Kapitulation des deutschen Faschismus, die in der Nacht vom 8. zum 9. Mai in Berlin-Karlshorst unterzeichnet wurde. Beides weckte weltweit Begeisterung, beides ermutigte die Kämpfer gegen das Kolonialsystem und für Sozialismus, beides hatte ein Echo wie zuvor nur die Große Französische Revolution von 1789.

Immanuel Kant schrieb seinerzeit: „Die Revolution eines geistreichen Volks, die wir in unseren Tagen haben vor sich gehen sehen, findet ... in den

Arnold Schölzel zum 75. Jahrestag des 8. Mai 1945

# Ein Festtag der Menschheit

Gemütern aller Zuschauer ... eine Teilnehmung dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt.“

Die russische Revolution war der Anfang vom Ende des mit zehn Millionen Toten bis dahin opferreichsten Kriegs der Geschichte. Mit ihr sollte zugleich die Kette imperialistischer Kriege zerrissen werden. Seitdem hatte die Welt eine Hoffnung.

Konterrevolution heißt Krieg. Als der deutsche Imperialismus Hitler die politische Macht übergab, formulierte die Kommunistische Internationale am klarsten, dass es im kommenden Weltkrieg um das Überleben der Menschheit gehe. Das erste faschistische Kriegsziel war, die Sowjetunion zu zerschlagen. Das schloss ein,

die Bevölkerung Osteuropas zu versklaven und den Kontinent bis zum Ural zu kolonisieren. Bestandteil dieses imperialistischen Programms war es, Dutzende Millionen Menschen, darunter die europäischen Juden, zu vernichten. Allein in der Sowjetunion verloren mehr als 27 Millionen Menschen ihr Leben. Ungewiss blieb bis zum 8. Mai 1945, ob es eine deutsche Atombombe geben würde.

Haben die Hoffnungen von 1945 getrogen? Ja, insofern die Welt seither mit der imperialistischen Drohung atomarer Vernichtung lebt. Gegenwärtig versuchen die USA und ihre Verbündeten erneut, einen Atomkrieg „führbar“ zu machen. Dieselben Staaten demonstrieren mit der Absicht, rund um den 8. und

Die triumphierenden Antikommunisten müssen aber gezwungenermaßen zur Kenntnis nehmen: In vieler Hinsicht haben die Hoffnungen von 1945 nicht getrogen. Weltweit und auch hier nicht, im geschichtsvergessenen Land von „Stunde Null“ und „Zusammenbruch“.

Das offizielle Nichtgedenken in der Bundesrepublik am 8. Mai war und ist von antirussischem Rassismus geleitet. An den Initiativen von Antifaschisten, etwa dem Verlangen, den 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen, kommen Medien und Regierende aber nicht vorbei. In Berlin ist das für 2020 durchgesetzt, es gibt sogar eine staatlich geförderte Gedenkseite im Internet (www.75jahrekiende.berlin), Gräber und Ehrenfriedhöfe sowjetischer Soldaten werden gepflegt (siehe dazu Frank Schumann in „Ossietzky“ Nr. 9/2020). Tausende, vielleicht Zehntausende werden dort am 8. und 9. Mai der Befreier gedenken und ihnen danken. Und mit ihnen Millionen Menschen überall auf der Welt.



Patrik Köbele zur Absage der Mai-Kundgebungen durch den DGB

## Eure Krise, eure Kriege

Dies dürfte die schwerste Krise mit den dramatischsten Folgen in der Geschichte der Bundesrepublik werden. Arbeitsplätze werden massenhaft vernichtet. Millionenfache Kurzarbeit hat für alle, deren Bezüge nicht aufgestockt werden, dramatische Auswirkungen. Mieten können nicht bezahlt, Kredite nicht bedient werden – Armut droht. Hunderttausenden Erwerbslosen droht nach dem Arbeitslosengeld weitere Verarmung mit Hartz IV. Kleingewerbetreibende, Kulturschaffende, Handwerker und Freischaffende verlieren ihre Existenz.

Der Ausdruck „Corona-Krise“ führt in die Irre. Es handelt sich um eine für den Kapitalismus typische Überproduktionskrise, deren Ausmaß durch strukturelle Probleme zum Beispiel in der Automobilindustrie und die Folgen der Pandemie verschärft wird. Gleichzeitig deckt die Pandemie in zentralen Bereichen wie im Gesundheits- und Bildungswesen die Unfähigkeit des Kapitalismus auf, Menschheitsinteressen zu gewährleisten. Profitmacherei und Konkurrenzprinzip widersprechen einer humanen Daseinsvorsorge.

Die Absage aller öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen zum 1. Mai durch den Deutschen Gewerkschaftsbund mag in der Anfangssituation der Pandemie noch verständlich gewesen

sein. Angesichts des Krisenverlaufs und der Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen war sie falsch. Falsch ist das Lob an die Bundesregierung, die Krise gut zu händeln.

Für das Monopolkapital werden Schutzschirme gebaut, da spielt Geld keine Rolle. Im Schatten der Krise wird weiter hochgerüstet, die Anschaffung von über 130 neuen Bombern, 30 davon mit Atombomben bestückbar, wird vorangetrieben. Die Rechnung wird den Werktätigen, den Arbeitslosen, den Rentnerinnen und Rentnern, die bereits jetzt unter der Krise leiden, nach dem Ende der Pandemie präsentiert werden.

Es ist falsch, angesichts der Pandemie der Illusion der Sozialpartnerschaft zu verfallen. Die wird es erst recht nach der Pandemie nicht geben. Allerdings deuten getätigte Tarifabschlüsse als auch der Umgang des DGB mit dem 1. Mai darauf hin, dass diese Illusion an Boden gewinnt.

Da war es ein wichtiger Lichtblick, dass an vielen Orten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht nur „Herz zum 1. Mai“ sagten, sondern dies in die Tat umsetzten. „Wir zahlen nicht für eure Krise – wir zahlen nicht für eure Kriege“, diese Losung gilt es jetzt zu verankern, den Widerstand zu organisieren und zu verbreiten.

## Trumps Labortheorie

Beschleunigter Hegemoniezerfall im Westen • Kolumne von Beate Landefeld

Trump attackiert die VR China wegen Covid-19: China habe Informationen über das Virus „zurückgehalten“. Das Virus sei „absichtlich oder irrtümlich“ aus einem Forschungslabor in Wuhan entwichen. Trump setzte die US-Gesundheitsdienste darauf an, seine Labortheorie zu untermauern. Australiens Premier Morrison will sogar Schadenersatz von China. Deutsche Qualitätsmedien sehen in Trumps Schuldzuweisungen „eine Taktik, um von den präzise dokumentierten Versäumnissen der eigenen Administration abzulenken“ („Spiegel online“, 30.4.). Das hindert dieselben Medien keinesfalls, die entfesselten Gerüchte ihrerseits zu befeuern. Jede noch so absurde Spekulation aus Washington wird zelebriert und mit eigenen, vermeintlich „bohrenden Fragen“ an China gewürzt. Maas fordert transparente Aufklärung über den Ursprung des Virus. CDUler und Grüne wollen eine „internationale Untersuchung“.

In der Realität forschen Virologen längst international über den Ursprung des Virus. Einer ist der deutsche Professor Christian Drosten. Er ist Mitunterzeichner einer Erklärung von Forschern aus vielen Ländern, die in der medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ erschien. Der umständliche Titel: „Statement in support of the scientists, public health professionals, and medical professionals of China combatting Covid-19“ (Unterstützungserklärung für die Wissenschaftler, Mitarbeiter des Gesundheitswesens und Mediziner Chinas, die im Kampf gegen Covid-19 stehen). Die Erklärung würdigt den Einsatz der

chinesischen Kollegen, „um den Erreger zu identifizieren, wirksame Maßnahmen gegen seine Ausbreitung zu ergreifen und ihre Ergebnisse auf transparente Weise mit der globalen Gesundheits-Community zu teilen“.

Der transparente Datenaustausch werde durch „Gerüchte und Fehlinformation über die Ursprünge des



Ausbruchs“ bedroht. „Wir stehen zusammen, um Verschwörungstheorien, wonach Covid-19 keinen natürlichen Ursprung habe, klar zu verurteilen“, heißt es im Statement. Forscher vieler Länder seien zu dem Schluss gekommen, „dass dieses Corona-Virus, wie viele andere neue Pathogene, von Wildtieren kommt“. Man teile die Aussage des Generaldirektors der WHO, dass wissenschaftliche Evidenz und Einigkeit Vorrang haben vor Desinformation und Vermutungen. Verschwörungstheorien, Gerüchte und Vorurteile gefährdeten die nötige globale Kooperation im Kampf gegen das

Virus. („The Lancet“, 19.2.20 online; Druckausgabe 7.3.).

Trumps Bashing gegen China und gegen die WHO behindert die internationale Kooperation. UN-Generalsekretär Guterres spricht von einer „Dysfunktionalität in den internationalen Beziehungen“, wo die Koordination der Strategien gegen die Seuche gefordert sei. Die imperialistischen Hauptmächte zeigen in der Krise den Zerfall ihrer Führungsfähigkeit auf der Weltbühne. Die USA fallen dank Trumps America-First-Politik und zum Leidwesen ihrer europäischen „Partner“ als Führungsmacht aus. Doch auch das die EU dominierende Deutschland verhält sich aus Sicht der Südeuropäer unsolidarisch und hat an Autorität verloren. Die EU wird nicht einheitlicher, sondern zerstrittener aus der Krise hervorgehen.

China war als erstes Land von der Epidemie betroffen und wird sie wahrscheinlich auch als erstes Land überwinden. Es konnte einer Reihe von später betroffenen Ländern Hilfe anbieten. Im eigenen Land kam es vergleichsweise glimpflich davon. Nach aktuellen Prognosen des IWF wird sich China, sofern eine zweite Welle der Pandemie ausbleibt, früher vom Wirtschaftseinbruch erholen als die Hauptmächte des Kapitals. Die „Corona-Krise“ wird die schon länger vor sich gehende Verschiebung der ökonomischen Kräfteverhältnisse in der Welt zugunsten der VR China beschleunigen. Dem wird der Westen nicht passiv zusehen. Trumps China-Bashing wird noch an Fahrt aufnehmen und die Herrschenden hierzulande werden dabei mittun.

Franz Anger über Lebensschutz à la Schäuble

## Marktkonform

„Schäuble will dem Schutz des Lebens nicht alles unterordnen.“ Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Tagespiegel“ am 26. April ein Interview, das die Zeitung mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble geführt hat. In Zeiten der Corona-Pandemie pocht der Christdemokrat darauf, dass „auch die gewaltigen ökonomischen Auswirkungen abgewogen werden“. Zuspruch gibt es von der „Bild“: „Schäubles dramatischer Corona-Appell“ erinnere daran, dass „unsere Wirtschaft“ nicht stranguliert werden dürfe. Begrüßt werde Schäubles marktkonforme Corona-Äußerung auch von Ethikern und Staatsrechtlern, meldet das „Handelsblatt“. Die katholische „Tagespost“ hingegen sieht in seinen Worten einen „Dammbruch“, den Christen nicht ignorieren dürften.

Von einem Dammbruch lässt sich allerdings nur reden, wenn man unterstellt, dass es dem Staatsapparat beim Umgang mit der Pandemie um das Patientenwohl gehe. Das tut zum Beispiel der Moralphilosoph Jürgen Habermas, der behauptet, dass die „Anstrengung des Staates“ darauf ziele, „jedes einzelne Menschenleben zu retten“.

Das Gesundheitswesen ist ein Geschäftsbereich wie anderer. Sein Ziel ist

Profitmacherei, die Behandlung muss sich rechnen. Wenn nicht nur die Gesundheit einzelner, sondern die des gesamten Staatsvolkes bedroht ist, sieht der Staatsapparat sich als ideeller Gesamtkapitalist zum Eingreifen gezwungen, um die Funktionsfähigkeit des Marktwirtschaftssystems zu erhalten.

So werden unter dem Druck von Corona Fallpauschalen, mittels derer die Krankenanstalten profitabel arbeiten sollen, vom Staatsapparat zum Teil durch eine „Freihaltepauschale“ außer Kraft gesetzt, um Pandemiepatienten versorgen zu können. Sobald aber die Systemstabilisierung erreicht ist, wird die Krankenbehandlung wieder vornehmlich Mittel für den Zweck des Gewinns sein. Die Profitorientierung hat zur Folge, dass die Krankenhäuser zu Fabriken geworden sind, in denen mit wenig Personal kostengünstig warenförmige Dienstleistungen erbracht werden, um die Einnahmen sprudeln zu lassen.

Folglich ist die Relativierung des Schutzes von Leben kein Dammbruch, sondern marktwirtschaftliche Realität. Schäuble hat ihn verinnerlicht, den kategorischen Imperativ der kapitalistischen Marktwirtschaft: Profitmaximierung hat stets Vorrang – sogar vor dem menschlichen Leben!



# Deus ex machina

## Wie den Klassen die Technik gegenübertritt

Leider musste wegen der Pandemie-Beschränkungen ein weiteres Seminar der Marx-Engels-Stiftung zum Thema „Künstliche Intelligenz, Produktivkraft und Gesellschaft“ ausfallen. Geplant war eine marxistisch orientierte Diskussion über die Triebkräfte und Auswirkungen der sogenannten „Digitalen Transformation“ auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse.

In ihrem hier dokumentierten Beitrag setzt sich die marxistische Psychologin und Politikwissenschaftlerin Eva Niemeyer mit „Künstlicher und natürlicher Intelligenz“ auseinander. Stefan Kühner, Vorstandsmitglied der Marx-Engels-Stiftung und UZ-Autor, konzentriert sich auf den Aspekt „Neue Arbeit“ in einer zeitlichen Phase, in der das Kapital massive Angriffe auf die Normalarbeitsverhältnisse fährt und lang erkämpfte Rechte der Arbeiterklasse ausgehebelt. Dabei geht er auch auf Aspekte ein, die im Windschatten der Pandemie ablaufen.

Beide Vorträge können von der Homepage der Marx-Engels-Stiftung heruntergeladen werden.

## Die Angst vor Künstlicher Intelligenz ist die Unkenntnis und beschränkte Nutzung der natürlichen

Philosophen neigen derzeit dazu, Künstliche Intelligenz (KI) in ihrem (mittelfristigen) Entwicklungspotenzial entweder maßlos zu unter- oder zu überschätzen: Während etwa Hubert Dreyfus seit 1972 regelmäßig nachzuweisen versucht, was KI nicht kann beziehungsweise nie können wird, veranschlagt Ray Kurzweil die Überholung der menschlichen Intelligenz durch künstliche auf das Jahr 2029, und Nick Bostrom warnt vor der bevorstehenden Übernahme der Welt durch eine Superintelligenz. Derlei Visionen verweisen auf eine beinahe dramatische Unkenntnis der menschlichen Intelligenz und viel mehr noch – der menschlichen Gesellschaft.

Da werden KI-Leistungen mit menschlichen verglichen in einer Weise, die gänzlich ignoriert, dass bereits ein Hammer stärker ist als ein menschlicher Arm und jeder Taschenrechner besser rechnen kann als der beste Mathematiker. Auch die Unterscheidung von „schwacher“ und „starker“ Künstlicher Intelligenz suggeriert, dass maschinelle Funktions- und Lernfähigkeit mit menschlicher in ihren unterschiedlichen Abstufungen vergleichbar sei.

Produktivkraftentwicklung beinhaltet von jeher die Extension menschlicher (Einzel-)Fähigkeiten im Zuge wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die Werkzeugentwicklung übergreift notwendig die Entwicklung „intelligenter“ Systeme („Denkzeuge“) und macht damit den Vergleich des menschlichen Gehirns als einzelnes „Ding“ mit einer KI-Maschine inadäquat und damit unbrauchbar:

Das menschliche Gehirn, so wenig man es bislang neurobiologisch erschlossen hat, ist in seiner Funktionalität und Entwicklungsfähigkeit nur verstehbar als integraler Bestandteil einer evolutionären und gesellschaftlichen Entwicklung, die „natürliche In-

telligenz“ hervorgebracht hat. Sie vergegenständlicht sich bei der Gattung Sapiens in der „Geräteumwelt“ (Klaus Holzkamp), die sich der Mensch als Gattungswesen geschaffen hat, in der historisch entstandenen arbeitsteiligen Verfasstheit der gesellschaftlichen Reproduktion sowie in allen Institutionen, die diese sowie die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen regeln.

Jeder Mensch muss zu jedem historischen Zeitpunkt in der Lage sein, diese vergegenständlichte Intelligenz in einem Umfang zu adaptieren, die es ihm ermöglicht, sich in die arbeitsteilige Gesellschaft einzugliedern und dabei neben den gesellschaftlich reproduktiven Tätigkeiten jene sozialen Techniken erwerben, die ihn befähigen, neben einem Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Reproduktion sein persönlich-soziales Leben darin einzurichten. Individuelle Intelligenz bemisst sich entsprechend demnach, inwiefern dieser Adaptionsprozess gelingt.

Menschen, die sich dazu als unfähig erweisen, und dazu zählen im Übrigen auch die „Savants“ (zu deutsch: Wissende, gemeint sind Inselbegabte), die es zu computerähnlichen Leistungen bezüglich Rechen- und Gedächtnisfähigkeit bringen, aber unter massiven sozialen Behinderungen (Autismus) leiden, benötigen entsprechende gesellschaftliche Hilfseinrichtungen.

Die klassengeteilte kapitalistische Gesellschaft ermöglicht neben dem unterschiedlichen und insbesondere für die Arbeiterklasse erheblich beschränkten Zugang zur vergegenständlichten „natürlichen Intelligenz“ keine gesamthafte und damit kollektiv gesteuerte beziehungsweise abgestimmte Nutzung institutionalisierter und individueller Intelligenz und beherrscht daher ihre eigenen Produktivkräfte und deren Entwicklung nur einseitig und ungenügend. Sie muss sich Sorgen ma-

chen, dass ihre – anarchische – Technikentwicklung sich verselbständigt und schließlich unbeherrschbar wird. Diese Unbeherrschbarkeit ist nicht der Technik geschuldet, sondern ein Defizit gegenwärtiger Produktionsverhältnisse.

Hingegen würde in einer kollektiv handlungsfähigen, also einer sozialistischen Gesellschaft (die sich nicht in „lebensbedrohlicher“ Systemkonkurrenz

befindet, muss man hinzufügen), die Technikentwicklung, also auch die der künstlichen Intelligenz, systematisch und unter Berücksichtigung und Beobachtung aller Folgewirkungen mit der gebotenen Vorsicht und Evaluierungszeit entwickelt, im Kommunismus wäre sogar die Entwicklung eines menschenähnlichen Androiden, einer künstlichen Intelligenz mit menschlichen Fähigkeiten, denkbar. Dieser müsste mit seinen Chips aber vor allem eines lernen: was Menschen sind („seinesgleichen“ in evolutionärer Variante) und wie sie sich gesellschaftlich organisieren.

Davon ist allerdings natürliche wie menschliche Intelligenz noch weit entfernt.

### Revision des Intelligenzbegriffs nötig

Der individuelle Intelligenz adressierende Begriff ist entsprechend zu revidieren: Nicht irgendwelche Sudoku-ähnlichen Tests identifizieren individuelle Intelligenz, sondern die Fähigkeit des Lernens und der Problemlösung in komplexen Fragestellungen, die unter anderem folgende Elemente beinhalten:

- ★ Beschränktheit von Informationen;
- ★ Implizität (Indirektheit) von Informationen;
- ★ Ambiguität (Mehrdeutigkeit) von Informationen.

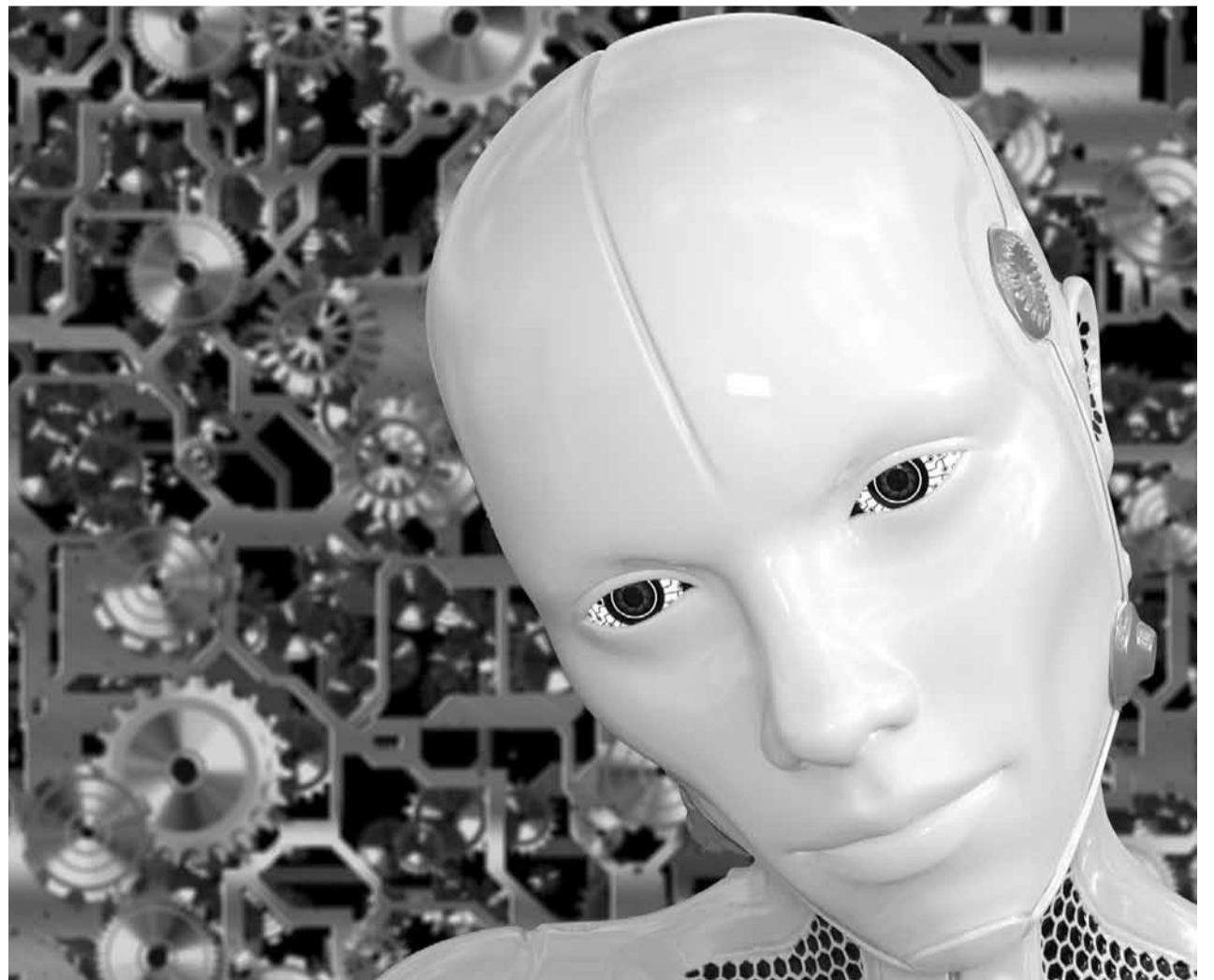
Intelligenter Umgang mit Informationen, die unvollständig, nicht aus-

drücklich (implizit) und mehrdeutig sind, erfordert eine bewusste Reflexion einer Problemstellung im Hinblick auf die Informationslage („Framing“), zugleich aber auch die Reflexion der eigenen Methodik, mit einer solchen Informationslage umzugehen und zu begründeten Ergebnissen (Plural!) zu gelangen.

Bei der Bewertung von „intelligenten“ Lösungen ist immer auch die Intelligenz des/der Bewertenden mit zu reflektieren: Es handelt sich nicht um eine „neutrale“, all-intelligente Instanz, sondern eine Person/Institution, die Bestandteil sowie Teilhaberin der vergegenständlichten Intelligenz ist wie oben beschrieben. Daher ist und bleibt die Bewertung von individueller Intelligenz notwendig mehrdeutig, komplex und unabschließbar.

In einer Gesellschaft, die Menschen nach ihrer Verwertbarkeit sortiert, sind Verfahren nötig, die die Bestimmung und Vergleichbarkeit individueller Intelligenz mittels numerischer Methoden erlauben – wie umstritten diese auch immer sein mögen. Sie ermöglichen die Zuordnung von geeigneten Arbeitskräften im arbeitsteiligen Getriebe bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Klassenzugehörigkeit, sprich: Der „Dümmste“ aus der Bourgeoisie soll strukturell immer noch dem „Intelligentesten“ aus dem Proletariat vorgezogen werden können.

Eva Niemeyer



Freund oder Feind oder doch auch gefesselt durch die Produktionsverhältnisse?

## Die Arbeit in der 4. Industriellen Revolution

Die 4. Industrielle Revolution ist keine technische, sondern eine globale ökonomische, gesellschaftliche und politische Revolution. Durch den Einsatz digitaler Techniken, neuer Werkstoffe und Organisationsformen in der Produktion und Warenlogistik wird in nahezu allen Branchen die alte Kapitalverwertung in neuem Gewand vorangetrieben. Der als „digitale Transformation“ bezeichnete Wandel in den Produktionsverhältnissen ändert allerdings nichts am Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Er ändert nichts am Verhältnis zwischen „Arm“ und „Reich“ – weder national noch international. Er hebt insbesondere die Ausbeutung nicht auf, auch wenn ein Teil der Arbeiterklasse nicht mehr mit Muskelkraft schafft, sondern mit dem Kopf. Wie anfällig und wie belastend die Arbeit in der „digitalen Transformation“ ist, zeigt sich während der Pandemie wie unter einer Lupe: Kurzarbeit im Wechsel mit Mehrarbeit, Entlassungen oder der Zwang zum Home-Office bedrohen große Teile der Arbeiterklasse in Fragen ihrer finanziellen Existenz. Auch weite

Teile von Selbstständigen und kleinen Gewerbetreibenden teilen plötzlich das Schicksal der Arbeiterklasse.

Die Kopfarbeiter unterscheiden sich in ihrer Stellung im Produktionsprozess nicht mehr von den Arbeitern in der klassischen Produktion. Sie erhalten Arbeitsanweisungen und Terminvorgaben sowie Compliance-Vorgaben. Für die Entscheidung, wie sie arbeiten, bleibt wenig Spielraum – auch wenn sich darüber manche noch Illusionen machen. Die Arbeitsplätze der Kopfarbeiter stehen seit Jahren unter großem Rationalisierungsdruck und sind in Krisenzeiten stärker gefährdet als die Arbeitsplätze in der Produktion. IT-Systeme von Firmen wie SAP oder den CAD-Systemen übernehmen durch „Intelligente“ Funktionen vor allem Routineaufgaben und Arbeitsschritte, die durch einfache und mittlere Ausbildung geprägt waren. Durch ein immenses Wachstum an Produkten und neuen Konsumtionsformen wurde die Zahl der Arbeitsplätze der Kopfarbeiter auf hohem Niveau aufrechterhalten.

Bei einem Großteil der in diesen Bereichen Arbeitenden ist das (Klassen-)Bewusstsein allerdings wenig ausgeprägt. Jahrzehntelange, auf Individualisierung ausgerichtete Bildung und Politik gehören zu den Gründen, dass dies funktioniert. Um diesen Zustand zu erhalten, wird die Propaganda für die „Neue Arbeit“ zu einem Begriff, der den Klassencharakter von Arbeit und das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit verschleiert.

### Home-Office

In vielen Unternehmen ist das gelegentliche und regelmäßige Arbeiten im Home-Office zur Normalität geworden. Viele Kopfarbeitende sehen darin einen großen Vorteil, vor allem dann, wenn sie Kinder oder andere Angehörige betreuen müssen oder weite Wege zu Arbeit haben. Das klingt nach Freiheit und Flexibilität und die meisten Arbeitgeber gehen auf solche Wünsche ein, ziehen sie daraus doch gewaltige Vorteile. Sie müssen weniger Büroraum, Büronebenkosten

und Ausstattungen von Arbeitsplätzen in Rechnung stellen. In der Pandemie wird Home-Office von einem Tag zum anderen für Millionen Kopfarbeiter zur Normalarbeit. Die ersten Unternehmen jubeln bereits, wie gut das angeblich funktioniert. Wer sich mit den im Home-Office Arbeitenden unterhält, erfährt etwas anderes. Die permanenten Telefon- und Videokonferenzen sind bedeutend anstrengender, die Tendenz zu Mehrarbeit habe zugenommen und vor allem der soziale Kontakt fehle, zum Beispiel das kurze Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen. Der Stress bei Home-Office bleibt bei den Beschäftigten hängen. Flexible Arbeit rund um die Uhr

Mobile Geräte erlauben es jederzeit und an jedem Ort, mit anderen zu kommunizieren. Zu diesen „anderen“ gehören auch Arbeitgeber und Auftraggeber, Kunden und Geschäftspartner. Dafür erhielten viele Kopfarbeiter ein Firmentelefon, das sie auch privat nutzen dürfen. Damit tappten sie oft in eine böse Falle. Denn nun

müssen sie, wenn der Chef anruft, den auch annehmen. Die neue Technik ist das Instrument, um die Feierabendruhe auszuhebeln.

### Selbstoptimierung

„Zu viel Arbeit gibt es nicht, es gibt nur eine falsche Organisation der Arbeit“, lautet das Motto vieler Seminare gegen Stress. Ihr Ziel ist es, Tipps zu vermitteln und einzüben, wie man die eigene Leistungsfähigkeit steigern kann und die Belastungen besser aushält. Damit wird der allgemeine Druck am Arbeitsplatz auf ein rein individuelles Problem reduziert.

### Resümee

Die vom Kapital mit positiven Aspekten gepriesenen neuen Formen der abhängigen Arbeit ändern nichts am Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit. Dort, wo Beschäftigte Vorteile für sich sehen, die durchaus auch tatsächlich vorhanden sein können, zahlen sie diese unter kapitalistischen Bedingungen auch noch selbst.

Stefan Kühner

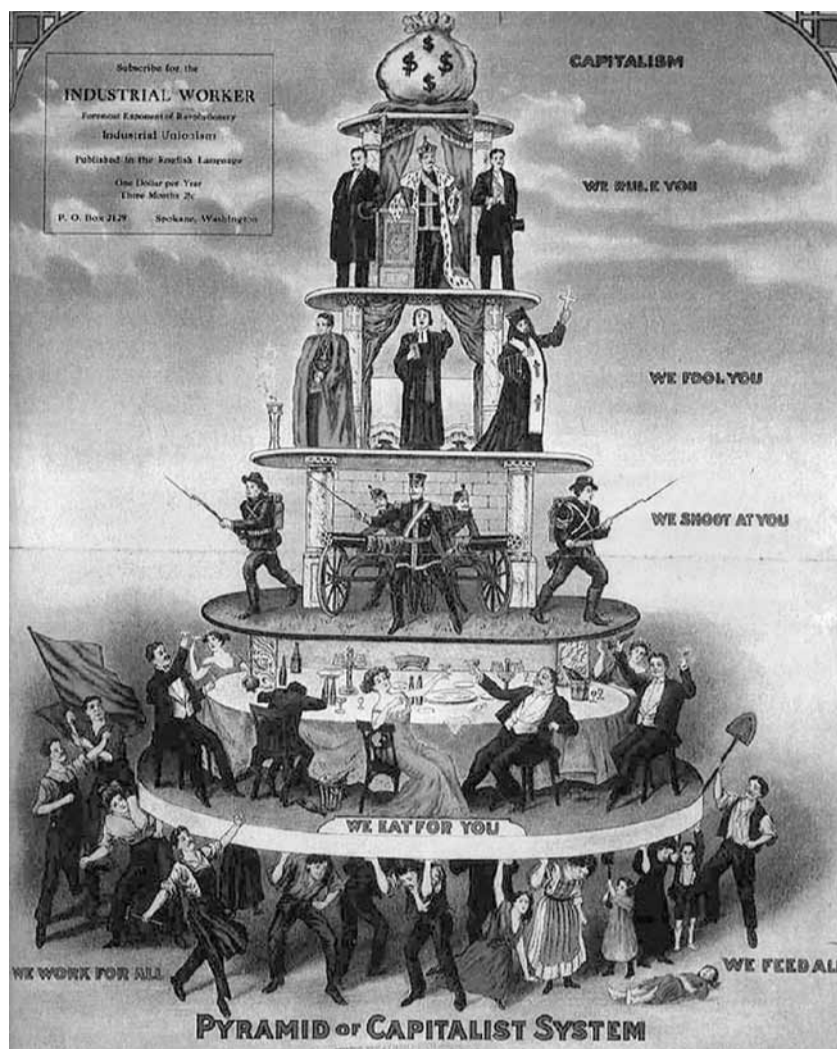


# Am Rande der Not

„Die Menschenfreunde in zerlumpte Hosen“ von Robert Tressell

Dies ist der erste wichtige Arbeiterroman der englischen Literatur. Er wurde zwischen 1906 und 1910 geschrieben und erstmals 1914 und 1916 posthum in Kurzausgaben veröffentlicht. Erst 1946 fand man das stark beschädigte handschriftliche Originalmanuskript, das der damals der Kommunistischen Partei Großbritanniens nahestehende Verlag Lawrence & Wishart 1955 erstmals vollständig herausgab. Die Arbeiterklasse – auch international – hat den Roman als einen aus ihrer Sicht geschriebenen, wichtigen Text über ihre Erfahrungen angenommen. Geburt und Wachstum des britischen Arbeitertheaters sind untrennbar damit verbunden. Kein anderer Arbeiterroman in Großbritannien kann auch nur annähernd eine solche Geschichte für sich beanspruchen.

Sein Autor, Robert Tressell, eigentlich Robert Noonan, wurde vor 150 Jahren, am 17. April 1870, in Dublin geboren. Sein nunmehr weltbekanntes Pseudonym Tressell, in Anspielung auf das englische Wort für Tapeziertisch, trestle table, nahm er an, um in diesem Roman unbehelligt sozialistische Ideen zu äußern. Er arbeitete als Schildermaler und Dekorateur, war Gewerkschafter, Mitglied der einzigen marxistischen Gruppe in Großbritannien zu seiner Zeit, der Social-Democratic Federation, und hatte einen Ruf als sozialistischer Agitator, Flugblattschreiber und Fahnenmaler. Tressell starb im Februar 1911 in einem Armenkrankenhaus an Tuberkulose. Er schrieb „Menschenfreunde in zerlumpte Hosen“ abends nach der Arbeit und sagt im Vorwort: „Es gibt keine Szenen oder Vorfälle in der Geschichte, die ich nicht selbst erlebt habe oder für die ich keine schlüssigen Beweise hatte.“ Die erste Auflage erschien 1914 und umfasste nur etwa zwei Drittel des Originalmanuskripts, fand in Deutschland Interesse und erschien, von Käthe Gusefeld übersetzt, erstmals 1925. Nach dem Zusammenbruch des ersten sozialistischen Experiments auf deutschem Boden machte sich die in der DDR geborene Else Tonke an eine erneute Übersetzung. Diese Übertragung ist die erste deutsche Übersetzung in eine Sprache, wie sie von deutschen Bauarbeitern gesprochen und daher von ihnen verstanden werden kann. „Menschenfreunde in zerlumpte Hosen“ entwirft ein episches Porträt der Arbeiterklasse im Zeitalter des Imperialismus. Eine verarmte, unorganisierte Gruppe von Arbeitern steht im Mittelpunkt – zum ersten Mal in der Geschich-



Eine Illustration aus dem „Industrial Worker“ von 1911

te des englischen Romans. Ihr Klassenbewusstsein ist auf einem primitiven Niveau; ihre Köpfe werden völlig von den imperialistischen Medien vernebelt, deren Demagogie und Chauvinismus. Der Boss Rushton und seine Mittelsmänner zwingen die Arbeiter zu Eile und Schlamperei und drohen mit Arbeitslosigkeit und Armenhaus. Ihre wirtschaftliche Macht wird durch die Hegemonie der politischen und religiösen Sphäre sowie durch die Dominanz ihres „Privatlebens“ in der Kneipe verankert.

Während die proletarischen Figuren individualisiert sind, denen der Leser in ihr häusliches Leben folgt, sind die Chefs einfache Typen – eine erfrischende Umkehrung des üblichen Musters von individualisierten Mittelklasse-Figuren und Arbeiter-Stereotypen. Die Lebensweise der Arbeiterklasse hat das Potential, alle Aspekte eines wirklich menschlichen Lebens zu umfassen. Die herrschende Klasse hingegen kommt für die Betrachtung einer menschlichen Lebensweise gar

nicht erst in Frage; ihr Zweck ist es, die Arbeiterklasse an deren freier Entwicklung zu hindern und sie sowohl physisch als auch politisch zu erniedrigen. Der Held des Buches, Frank Owen, ist ein engagierter Sozialist. Seine Pausenvorträge über Kapitalismus und Sozialismus kommentieren bereichernd das Roman-geschehen. Er teilt die Eigenschaften der anderen Arbeiter, doch ist er entwickelter und bewusster; das ist sein Sozialismus. In dieser realistischen, heterogenen Darstellung der Arbeiterklasse muss Tressell mit seinem Zeitgenossen Maxim Gorki verglichen werden. Noch nie zuvor im englischen realistischen Roman hatte der Arbeitsprozess selbst im Mittelpunkt der Darstellung des Klassenkampfes gestanden. Zum ersten Mal kehrt Tressell die Annahme um, dass das Leben dort beginnt, wo die Arbeit endet – Arbeit ist für ein voll gelebtes menschliches Leben unerlässlich. Die Einstellung einer Figur zur Arbeit ist Prüfstein ihrer Menschlichkeit. Owens dekorative Malerei des

Salons im maurischen Stil ist ein hervorragendes Beispiel dafür. Für die Bosse bedeutet Arbeit nichts.

Tressell betrat somit unbekannte Wege mit der Schaffung eines neuen Heldentyps: der Arbeitergruppe, mit der Arbeit im Mittelpunkt der Handlung, mit der Schaffung des revolutionären Romans. In einem zentralen Vortrag lässt er Owens seinen erstaunten Kollegen erklären, dass „Geld die wahre Ursache der Armut ist“. Anhand von Bruchstücken aus den Essenskörben veranschaulicht Owen die Schaffung von Mehrwert: „Ihr sagt, dass ihr alle Arbeit braucht, und da ich die gutherzige Kapitalistenklasse bin, werde ich mein Geld in verschiedene Industrien investieren, um euch viel Arbeit zu geben. (...) Für diese Arbeit werdet ihr alle euren Lohn erhalten ... Da die Arbeiterklasse das Lebensnotwendige brauchte, und da sie das nutzlose Geld nicht essen, trinken oder tragen konnte, waren sie gezwungen, den Bedingungen des freundlichen Kapitalisten zuzustimmen (...) Nachdem sie das von ihrem Lohn gekaufte Nötige verbraucht hatten, waren sie wieder in genau der Lage, in der sie sich befanden, als sie mit der Arbeit begannen – sie hatten nichts. (...) Der gutherzige Kapitalist konsumierte doppelt so viel wie jeder andere von ihnen und sein Reichtum wuchs ständig (... er ...) nahm ihnen die Maschinen weg und teilte ihnen mit, dass er sich aufgrund der Überproduktion, die seine Lagerhäuser mit dem Lebensnotwendigen überfüllt hatte, entschlossen hatte, das Werk zu schließen.“

Über hundert Jahre nach seiner ersten Veröffentlichung wird „Menschenfreunde in zerlumpte Hosen“ von den meisten Lesern immer noch als eine Offenbarung, als ein Buch, das die Welt beschreibt, wie sie ist. Nicht nur die Arbeiterklasse, alle Werktätigen, erkennen unschwer die Atmosphäre der „Verdeckt-und-vertuscht“-Arbeitsethik mit immer weniger Ressourcen, weniger Menschen für die Arbeit, geringeren Löhnen und Bedingungen, Teilzeitarbeit, Arbeitslosigkeit. Alle Werktätigen, die ihre Arbeit verkaufen, sitzen im Wesentlichen im selben Boot. Die „Menschenfreunde in zerlumpte Hosen“ enthüllen das Wesen des immer weiter bestehenden Systems.

Jenny Farrell

Die erwähnte deutsche Ausgabe erschien 2002 und ist noch antiquarisch erhältlich

## Kultursplitter

### Tag der Befreiung

Bei Bertolt Brecht und Victor Klemperer finden sich Eintragungen, die genau an diesem Tag geschrieben wurden. Brecht führte über viele Jahre ein „Arbeitsjournal“, er notiert am 8. Mai 1945, im Exil lebend: „und als dann kam der monat mai, war ein tausendjähriges reich vorbei.“ Und einige Zeilen weiter schreibt er: „die wicken blühten. die hähne schwielen betroffen. die türen waren geschlossen. die dächer standen offen.“

Victor Klemperer schrieb seine akribischen Tagebücher seit 1933. Als „Geltungsjuden“ ständig drangsaliert und schikaniert, erlebten er und seine Frau das Kriegsende in Oberbayern. Er notiert sich unter dem Datum 8. Mai 1945 unter anderem: „Aus weiter Ferne hört man immer noch von Zeit zu Zeit Geschützfeuer, Verbände und Aufklärer überfliegen uns beinahe stündlich, es heisst – es heisst; Gerücht über Gerücht –, im Gebirge kämpften noch Einzelgruppen ... Wir sprechen mit den Heimkehrern; sie wissen alle auch nichts anderes als Gerüchte. Der Krieg zwischen USA und Russland spielt darin immer noch seine Rolle. Gestern sprach ich zwei, die sagten ‚Der Amerikaner schon – aber wie wird es mit dem Russen sein?‘ ... Ich: Er tue dem gemeinen Mann nichts. Nur den Offizieren und der SS. Pause, dann mit (verlegenem?) Lachen: ‚Von der SS sind wir nicht:‘“

### Filme online sehen

Das hervorragende Programmkinos „Arsenal“ in Berlin musste wie alle anderen Kinos auch die Türen schließen. Sie haben sich etwas Tolles ausgedacht und bieten aus ihrer umfangreichen Sammlung eine ganze Menge Filme an, die sich mit der Lohnarbeit und den Arbeitskämpfen weltweit beschäftigt haben. Insgesamt 21 Filme kann man nun zu Hause streamen, drei Filme seien hier exemplarisch vorgestellt:

„Für Frauen“ von Cristina Perincioli, BRD 1971. Gleiches Geld für gleiche Arbeit! Die vier weiblichen Angestellten eines Westberliner Supermarktes treten in den Streik, um die gleiche Entlohnung durchzusetzen, die ihr männlicher Kollege erhält. „Ton Steine Scherben“ singen dazu: „Alles verändert sich, wenn du es veränderst, doch du kannst nicht gewinnen, solange du allein bist.“ Mit Laien besetzt, erfüllt der Film die Forderung nach der Solidarität, die er propagiert, denn dieser Film wurde von den Verkäuferinnen und Hausfrauen gemacht. Sie haben sich die Geschichte selbst ausgedacht und gespielt. Die Filmemacherin hat ihnen nur dabei geholfen.

„Tambaku Chaakila Oob Ali“ vom Filmkollektiv Yugantar, Indien 1982. Dieser Film dokumentiert eine der größten Arbeiterinnenbewegungen der damaligen Zeit – eine Initialzündung zur Bildung von Gewerkschaften in ganz Indien. Vier Monate verbrachte das Yugantar-Kollektiv mit Arbeiterinnen einer Tabakfabrik in Nipani, ließ sich von den ausbeuterischen Arbeitsbedingungen erzählen und diskutierte Strategien der gewerkschaftlichen Organisation. Die bis dahin undokumentierten Zustände im Inneren der Fabriken konnten gefilmt werden.

„Ein proletarisches Wintermärchen“ von Julian Radlmaier, BRD 2014. Drei junge Georgierinnen müssen im Auftrag eines Gebäudereinigungsunternehmens ein Berliner Schloss putzen, in dem am Abend die Sammlung zeitgenössischer Kunst eines deutschen Rüstungsunternehmens präsentiert werden soll. Bei diesem Anlass sind sie unerwünscht und werden in eine Dachkammer verbannt. Unten jedoch lockt ein köstliches Buffet – warum sich nicht einfach über dieses ungerechte Ausgangsverbot hinwegsetzen, die räumlichen Demarkationslinien der Klassengesellschaft übertreten? Die drei versuchen, eine Antwort auf die Fragen zu finden, ob sich Klassenverhältnisse überwinden lassen – wo doch alle überlieferten Geschichten dagegen sprechen.

Herbert Becker

## Der Prozess

Einige Majdanek-Täter standen erst spät vor Gericht

In den Jahren 1941 bis zur Befreiung 1944 sind im KZ Lublin/Majdanek in Polen mindestens 250.000 Menschen ermordet oder in den Tod getrieben worden. Zwei „Majdanek-Prozesse“ hatte es bereits dort gegeben: den ersten schon im Kriegswinter 1944 – er endete mit der Hinrichtung aller sechs Angeklagten –, den zweiten von 1946 bis 1948 gegen 95 SS-Angehörige, von denen sieben zum Tode, die übrigen zu Haftstrafen verurteilt worden waren. Erst ein Vierteljahrhundert später standen Majdanek-Täter auch vor bundesdeutschen Richtern, nämlich vor dem Düsseldorf Landgericht, wo von 1975 bis 1981 gegen zunächst siebzehn, später durch Verfahrensabtrennungen, Freisprüche oder Tod auf neun reduzierte Angeklagte wegen Mord oder Beihilfe zum Mord verhandelt wurde. Alle 17 Angeklagten, darunter sechs Frauen, hatten zur Wachmannschaft des KZ Lublin/Majdanek gehört.

In den Berichten jener Jahre sparten die Gerichtsreporter nicht mit Superlativen. Vom größten, wichtigsten, längsten, oft auch vom teuersten Jahrhundertprozess war die Rede in den Schlagzeilen, in manchen Texten klang Zweifel an, ob solch ein Verfahren noch

zeitgemäß und politisch opportun sei. Auch für die dreiteilige Dokumentation von Eberhard Fechner, die der NDR 1984 ausstrahlte und die nun als Doppel-DVD bei Absolut Medien zu haben ist, wären ein paar Superlative durchaus angemessen (8 Jahre Produktionszeit, 70 Interviews mit Prozessbeteiligten, 230 Stunden Filmmaterial, verdichtet auf 270 Minuten Laufzeit), doch Fechner entschied sich für den schlichten Titel „Der Prozess“ und verzichtete auch auf jeden Kommentar. Da er im Gerichtssaal nicht drehen durfte, rekonstruiert er den Prozess aus den Interviewaussagen der Richter, Staatsanwälte, Zeugen, Gutachter und Prozessbeobachter, aber auch einiger Angeklagten und ihrer Verteidiger.

Was hier wie endloses „Talking heads“ klingen mag, ist das genaue Gegenteil. Das hat zu tun mit Fechners Arbeitsstil und Methode. In streng juristischer Chronologie sortiert er sein Material in drei Teile: die Anklage, Beweisaufnahme, die Urteile. Die Interviewten treten nur in ihrer Rolle im Prozess, aber ohne Namen auf – diese erfährt man nur aus dem digitalen Booklet im Begleitmaterial. Dies gibt seinem immerhin dreistündigen Werk

eine distanzierte Sachlichkeit, die für ein Lehrmaterial zur Juristenausbildung angemessen wäre – dem Zuschauer in seinem Heimkino aber mag sie als Zumutung erscheinen angesichts der Ungeheuerlichkeiten, die da verhandelt werden. Dem Sog von Fechners Werk kann er sich dennoch nicht entziehen.

Indem Fechner auch seine Fragen völlig ausblendet, treten in der Montage die Opfer quasi in einen Dialog mit den Tätern. Da sagt die Zeugin Ostrowska aus, sie sei von der SS-Aufseherin Hildegard Lächert – die Häftlinge nannten sie die „blutige Brygida“ – gezwungen worden, die Behälter mit dem tödlichen Gas Zyklon B in die Gaskammern zu transportieren, und Lächerts Verteidiger Ludwig Bock beantragt daraufhin dreist, Ostrowska noch im Gerichtssaal festzunehmen und als Mittäterin wegen Beihilfe unter Anklage zu stellen!! Dass er diesen Antrag immerhin abgelehnt habe, erwähnt dann der Richter mit einer Miene, die weniger Entrüstung als stilles Schmunzeln verrät.

Überhaupt diese Interviewtechnik! Die psychischen Qualen, mit denen die Opfer in ihren Aussagen nach 30 Jahren noch einmal die geschilderten Misshandlungen durchleiden, lässt

Fechner immer spürbar werden, doch Feingefühl und Respekt bewahren ihn davor, dies emotional auszubeuten. Das Motiv für ihre Zeugenschaft ist nie das Verlangen nach Rache, das doch aus ihren Biografien mehr als verständlich wäre, und die Anstrengung, es zu unterdrücken, spiegelt sich oft auf ihren Gesichtern. Aber sie wissen – und Fechner weiß und zeigt es auch: Ihr Zeugnis wird gebraucht, immer noch. Ihr Prozess ist auch drei Jahrzehnte nach der Zerschlagung des Faschismus noch längst nicht der Anachronismus, der er eigentlich sein müsste. Fechner, der den „Prozess“ zeitlebens für seinen wichtigsten Film hielt, starb 1992 in Hamburg. Jahrhundertprozesse gibt's vielleicht nicht mehr. Aber wer dokumentiert den NSU-Prozess, die vielen kleinen Prozesse um die Neonazi-Szene, und wer beobachtet den schleichen Prozess der Aushöhlung demokratischer Rechte heute?

Hans-Günther Dicks

Eberhard Fechner  
Der Prozess  
absolutmedien  
2 DVDs, 24,90 Euro



## Es war Befreiung!

Die Sowjetunion wandte sich gegen die Zerstückelung Deutschlands • Von Anton Latzo

Am 8. Mai 1945 wurde das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa und in Deutschland besiegelt. Er endete für den deutschen Imperialismus und Militarismus mit einer Niederlage, die in ihrem Ausmaß seinen Zusammenbruch im Ersten Weltkrieg um ein Vielfaches übertraf.

Unter den befreiten Völkern befand sich auch das deutsche Volk. Die in der vorbereiteten Kapitulationsurkunde auf Initiative der USA ursprünglich aufgenommene Formulierung „Zerstückelung Deutschlands“ wurde auf entschiedenen Einspruch der Sowjetunion gestrichen. Am 9. Mai 1945 erklärte J.W. Stalin im Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Regierung der UdSSR öffentlich: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“

Die Sowjetunion erwies sich nicht nur in dieser Situation als entscheidende Kraft der Anti-Hitler-Koalition, die nach dem 22. Juni 1941 wesentlich ihren Charakter als antifaschistisch-demokratisches Bündnis und den Charakter des Krieges als antifaschistischen Befreiungskrieg bestimmte. Sowohl die Ereignisse des Krieges als auch die Nachkriegsregelungen waren von ihren Bemühungen in diesem Geist durchdrungen. Das prägte die Ziele, die Handlungen und auch die Ergebnisse der Anti-Hitler-Koalition insgesamt. Auf dieser Grundlage war es auch möglich, dass die Völker ihren gerechten Kampf gegen den deutschen Faschismus erfolgreich führen konnten. Die Übereinstimmung des Willens der Völker und der Anti-Hitler-Koalition war ein wichtiger Faktor des Sieges der Koalition über den Faschismus.

### Antifaschistisch-demokratische Stoßrichtung

Gestützt auf die Kraft der Völker konnte die von den Großmächten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gebildete Anti-Hitler-Koalition gegenüber allen antisowjetischen Manövern, die auf ihre Untergrabung und Sprengung zielten, ihre Lebensfähigkeit bewahren. Ihre Existenzberechtigung leitete sich aus der Wahrnehmung der nationalen Interessen der beteiligten Mächte in Übereinstimmung mit den Interessen der befreiten Völker und aus dem Ziel einer dauerhaften Friedensordnung ab. Der gerechte Befreiungskampf der Völker prägte den antifaschistisch-demokratischen Charakter des Krieges und bestimmte die verkündeten Kriegsziele.

Die Sowjetarmee widerstand aus eigener Kraft bei Moskau und Leningrad, in Stalingrad und im Kaukasus. Sie fing die großen Offensiven der Faschisten auf und ging zum Gegenangriff über, vertrieb die Aggressoren aus den besetzten Gebieten und befreite große Teile Europas. Der damalige Oberbürgermeister von New York, Fiorello LaGuardia, rief dazu auf, „dem Verbündeten die gebührende Achtung zu zollen und unsere Einheit für den vollständigen Sieg zu demonstrieren“. Der Diplomat und Historiker George F. Kennan schrieb, es habe schon 1941 die Überzeugung vorgeherrscht, „dass der Ausgang des Krieges vollkommen von der Bereitschaft und Fähigkeit Russlands abhänge, dem deutschen Angriff zu widerstehen“. So kam es, dass die Ergebnisse des Krieges zu weltweiten, einschneidenden demokratischen Veränderungen im Leben der Völker und so auch in den internationalen Beziehungen führten. Die Wirkung der Opfer und der Politik der Sowjetunion waren bedeutend gewachsen, koloniale Herrschaftssysteme brachen zusammen, die Kräfte der Demokratie und des sozialen Fortschritts errangen in einer wachsenden Zahl von Ländern maßgeblichen Einfluss auf die Führung der Nationen.

Aber auch die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Kreise

der Westmächte brauchten die Anti-Hitler-Koalition, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, weil die Ziele des faschistischen Deutschland, die Welt Herrschaft und die Versklavung aller Völker zu erringen, eine Todesgefahr für ihre eigenen Interessen und sogar für ihre Existenz darstellten. In einem Memorandum, das einflussreiche amerikanische Wirtschaftskreise 1943 an Roosevelt gerichtet hatten, hieß es dazu: „Seitdem Russland kommunistisch geworden ist, haben die Sowjets unsere nationalen Interessen und unsere Lebensweise nie bedroht. Die wahnsinnige Politik Hitlers dagegen führt seit zwei Jahren die Welt einem Sklavendasein entgegen; unsere eigene Existenz als freies Volk schwebt in Todesgefahr.“

### Friedensordnung und Völkerrecht

Die Anti-Hitler-Koalition ist also nicht deshalb auseinandergebrochen, weil sie aus Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bestand. Sie ist auseinandergebrochen, weil nach der Zerschlagung des Faschismus bei den westlichen Großmächten diejenigen Kräfte die bestimmenden Positionen wieder errungen haben, die schon vor dem zweiten Weltkrieg eine Politik verfolgt haben, die von Antikommunismus und Antisowjetismus bestimmt war.

Zum Bruch der Anti-Hitler-Koalition kam es also nicht deshalb, weil es keine Perspektive für die Fortsetzung und Vertiefung der Zusammenarbeit der Mächte gegeben hat. Es kam nicht deshalb dazu, weil die Substanz der Zusammenarbeit der Großmächte aufgebraucht gewesen wäre und schon gar nicht deshalb, weil die Sowjetunion die Prinzipien der bisherigen Zusammenarbeit verletzt hätte, wie man zur Täuschung der Menschen ständig unterstellt hat. Es kam dazu, weil die Westmächte und die reaktionären Kräfte überall fürchten mussten, dass die Fortsetzung dieser Zusammenarbeit zwar den Interessen der Völker, aber nicht denen der Monopole dient.

Die Völker erstrebten jedoch nicht nur eine dauerhafte internationale Friedensordnung, sondern auch eine tiefgreifende Erneuerung ihrer nationalen, sozialen und politischen Existenzformen. Dies traf auf die Völker Europas besonders zu, denn sie hatten nicht nur diesen Krieg zu überstehen, sondern schon den Ersten Weltkrieg – und das in der Zeit einer Generation!

Sie hatten nicht nur Hitlerfaschismus und deutschen Militarismus zu überwinden. Nicht nur in Deutschland hatten sich diese Kräfte entlarvt und kompromittiert. Auch in den eigenen Ländern hatten sich die herrschenden Einrichtungen, Mächte und politischen Kräfte der Vorkriegs- beziehungsweise Kriegszeit entlarvt und den Erneuerungswillen befördert. Je mehr das wirkliche Wesen ihrer Politik sichtbar wurde, umso mehr griff er auf die Umgestaltung der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft über und richtete sich darauf, den Missbrauch privater wirtschaftlicher Monopolgewalt zu beseitigen. Dieser aus dem antifaschistischen Widerstandskampf erwachsene Wille setzte sich in allen Ländern durch, die nicht von den Westmächten besetzt waren.

Der Befreiungskampf mündete in eine erfolgreiche demokratische Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen dieser Nationen ein. Auch in Italien, Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern erfolgten wichtige demokratische Veränderungen. Vor allem der Einfluss der Kommunistischen Parteien war bedeutend angewachsen. Kommunisten waren vielfach an der Ausübung der Regierungsgewalt beteiligt. In England hat der konservative Premierminister Churchill trotz seines „Victory“-Nimbus die Wahlen zugunsten der Labour Party verloren.

### Gegenläufige Tendenzen

Allerdings wurde in den USA auch die gegenläufige Tendenz sichtbar, was von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands werden sollte!

Die unmittelbar nach dem Sieg getroffenen Regelungen für die Besatzungszeit in Deutschland entsprachen in den wesentlichen Zügen den Zielen der Anti-Hitler-Koalition und besonders den Orientierungen, die während der Krimkonferenz zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill vereinbart wurden. Das trifft auch noch auf die Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz zu.

Ihre Durchsetzung in den westlichen Zonen erfolgte jedoch schon in der antikommunistischen Richtung der von Churchill (März 1946) und

US-Außenminister Byrnes (September 1946) öffentlich gesetzten Segeln.

Das war die Lage im Mai 1945. Das waren Hoffnungen und Ziele der Völker – und die, die gegen sie wirkten.

Foto: Fritz Schumann, aus dem vorgestellten Bildband

# Die Geschichte und warnt zug

Erst die Sowjetunion machte den Zweiten Weltkrieg

Auch 75 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus ist die Behandlung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges durch bürgerliche Historiker von hauptsächlich drei Grundtendenzen geprägt.

Erstens wird die Verwurzelung der imperialistischen Expansions- und Kriegspolitik in

den monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen, in der Vorherrschaft in Wirtschaft und Politik negiert.



## Geronnene Kräfteverhältnisse

Die Verteidigung des Völkerrechts bleibt Aufgabe im Klassenkampf • Von Björn Blach

Zwischen Mai und September 1945 erlitt das imperialistische System eine schwere Niederlage. Der Griff nach der Weltmacht des deutschen und japanischen Imperialismus und ihrer Trittbrettfahrer wurde beendet. Der Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, war gescheitert. Zu sehr ging das Weltmachtstreben Nazi-Deutschlands und Japans vor allem auch zu Lasten der Interessen Britanniens und der USA. Sie waren gezwungen, für ihren Machterhalt ein Bündnis mit der Sowjetunion und den Befreiungsbewegungen einzugehen. Sie mussten damit auch die Ziele zurückstellen, die dem imperialistischen System gemeinsam waren:

- ★ Die Vernichtung der Sowjetunion
- ★ Die Ausweitung des Kolonialsystems und die Ausplünderung der abhängigen Länder
- ★ Die Eindämmung der Klassenkämpfe und die Abwälzung der Kriegslasten auf die Arbeiterklasse
- ★ Die Unterdrückung der Frauen
- ★ Die Durchsetzung irrationaler Ideologien gegenüber der Vernunft

Der Verlauf des zweiten Weltkrieges hatte zu einem enormen Ansehen der Sowjetunion und der Kommunistischen Parteien geführt, die in vielen Ländern den Wi-

derstandskampf am entschiedensten organisiert hatte. Obwohl ökonomisch schwer durch die Kriegsfolgen geschädigt, hatte sich der militärische, politische und ideologische Einfluss des ersten sozialistischen Staates enorm ausgeweitet. Das zwang den Imperialismus, die Sowjetunion als Partner auf Augenhöhe anzuerkennen, was seinen Ausdruck in der Konferenz von Jalta fand.

Die faschistische Ideologie mit ihrer Todesanbetung war vor den Völkern entlarvt. Widerstand, Befreiung und der Aufbau forderten bis weit ins Bürgertum hinein eine vernünftige, am Leben orientierte Weltanschauung. Damit war die ideologische Hegemonie des Imperialismus nach dessen Versuch, sie der Menschheit in ihrer extremen Form aufzuzwingen, angeknackst, in einigen Ländern in die Defensive geraten. Dies bildete den Auftakt für die weltweiten Kämpfe der Arbeiterklasse für ihre Rechte, der Frauen gegen ihre Unterdrückung und der abhängigen Länder um ihre Befreiung. Die internationalen Kräfteverhältnisse waren auf die Seite des Fortschritts verschoben.

Ein Dreivierteljahrhundert und eine Konterrevolution später haben sich diese Kräfteverhältnisse verschoben und verschoben sich angesichts der allgemeinen Krise des Kapitalismus derzeit wieder

deutlicher. Erhalten geblieben sind die Kräfteverhältnisse des Sommers 1945, geronnen in Gesetzesform, im Völkerrecht und in der UN.

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen,

- künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,

- unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen,

- Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können,

- den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, (...)

haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.“

In der Präambel der Charta der Vereinten Nationen spiegeln sich sowohl die bürgerlichen Freiheiten als auch die über



# e lehrt gleich

## Weg zu einem antifaschistischen Befreiungskrieg

Zweitens wird die historische Hauptverantwortung des deutschen Imperialismus sowohl für die Entstehung als auch für den Verlauf des Krieges im Ergebnis des besonders starken Expansionsdranges und der besonders ausgeprägten Aggressivität des imperialistischen Herrschaftssystems geleugnet oder auf eine fehlerhafte Politik beschränkt.

Drittens wird die im Imperialismus wurzelnde Kontinuität des aggressiven Expansionsstrebens des deutschen Imperialismus im 20. Jahrhundert als unzutreffend hingestellt beziehungsweise negiert.

Ob bewusst oder unbewusst wird die imperialistische Expansions- und Kriegspolitik objektiv als Produkt einer Vielzahl gleichwertiger, vorwiegend politischer und ideologischer, also subjektiver Erscheinungen interpretiert. Damit wird auch in dieser Hinsicht das Verhalten wiederholt, das schon nach dem Ersten Weltkrieg an den Tag gelegt wurde.

Die entscheidenden ökonomischen Ursachen des Krieges werden verschwiegen, die imperialistischen Expansionsbestrebungen des deutschen Monopolkapitals werden als „deutsche Wirtschaftsinteressen“ gerechtfertigt. Wenn es aber noch eines Beweises bedurft hätte, hat die Praxis des Zweiten Weltkrieges gezeigt, dass die Neigung zum Krieg sich weder aus der Natur des Menschen noch aus dem unterschiedlichen Wachstum der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern und so weiter ergibt, wie es von Ideologen des Kapitals behauptet wird. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat bestätigt, dass die historischen Erscheinungen zu allen Zeiten an bestimmte gesellschaftspolitische Bedingungen geknüpft sind.

Sowohl die historischen Arbeiten der bürgerlichen Forscher als auch die Darstellungen der aktuellen Kriege zeigen, dass sie die militärischen Vorgänge und die Haltungen der einzelnen Länder dabei relativ nahe der Wirklichkeit herausarbeiten können. Nur unzureichend ist die Fähigkeit beziehungsweise der Wille, die Kennzeichnung des Charakters der Kriege herauszuarbeiten – besonders den Zusammenhang von Imperialismus und Krieg. Der Krieg wird von der Herrschaft des Monopolkapitals getrennt betrachtet. Damit soll nicht nur die Rolle des deutschen Kapitals minimiert werden. Es wird auch der Charakter des Krieges verfälscht.

Es wird objektiv geleugnet, dass der Zweite Weltkrieg als ein vom deutschen Faschismus und Militarismus ausgelöster imperialistischer Krieg begann. Entstanden ist er aus der Mächtigkeits- und Staatenkonkurrenz, aus der schon der Erste Weltkrieg erwachsen ist und war ein Produkt des Monopolkapitalismus, wachsender Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten.

Erst in der Folgezeit, mit dem Kriegseintritt der Sowjetunion, wandelte er sich zum antifaschistischen Befreiungskrieg. Diese Erkenntnis ist aber Voraussetzung, um die historische Wahrheit und die sich daraus ergebenden Lehren aufzudecken. Unterlässt man es, zu den sozial-ökonomischen Wurzeln historischer Prozesse vorzudringen, vermeidet man den konkreten gesellschaftlichen Bezug der Ereignisse, so bleibt man an der Oberfläche, landet bei den subjektiv interpretierbaren „Werten“, „Grundwerten“ und „Wertmaßstäben“.

Wird die kapitalistische Gesellschaft als entscheidendes Bewertungskriterium eliminiert, so wird der Weg frei gemacht, um die Fortsetzung der Traditionen reaktionärer Machtausübung und Politik unter aktuellen Bedingungen zu rechtfertigen. Das bietet unter anderem auch den Raum für eine solche Pflege der preußischen Tradition (zum Beispiel bei der AfD), die vor allem verstärkten Konservatismus, Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus von rechts und Autoritätsbedürfnis zum Inhalt haben.

Anton Latzo

sie hinauswachsenden Interessen der internationalen Arbeiterklasse und mit ihr der gewaltigen Mehrheit der Menschen.

Die bürgerlichen Freiheiten gewähren gleiche Rechte für alle Menschen. Marx hat auf die Beschränktheit der bürgerlichen Freiheiten unter anderem im Kapital verwiesen: „Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum (...). Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, zum Beispiel der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endergebnis, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent, Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine.“

Mit der Charta ist die Aufnahme sozialer Rechte gelungen, wird erstmals die Gleichheit der Menschen als Ziel bestimmt. Die Überwindung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsorganisation findet hier ihren Niederschlag.

Ein besonderer Stachel im Fleisch des Imperialismus ist das allgemeine Gewaltverbot. „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede ge-

gen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Diese Klausel hat zwar die imperialistischen Kriegsabenteuer seit 1945 nicht verhindert, insbesondere zu Zeiten, in denen international keine Kräfte vorhanden waren, die diese Norm mit entsprechender Durchsetzungskraft verteidigt haben. Sie zwingt dem Imperialismus aber auch 75 Jahre nach seiner Niederlage immer noch Hürden auf, schränkt sein Potential zur Bedrohung der Menschheit ein.

Deshalb tobt der Klassenkampf um die UNO, besonders sichtbar beim Ringen um Resolutionen des UN-Sicherheitsrates. Den Verteidigern der Ergebnisse des Befreiungskampfes und des internationalen Rechts steht der Imperialismus entgegen. Dieser versucht auf allen Ebenen, sich von seinen Fesseln zu befreien. Allen voran versuchen die USA, mit ihrer Kriegs- und Sanktionspolitik Fakten zu schaffen. Sie setzen einfach das durch, was auch bei deutschen Rechtsgelehrten zur Mode geworden ist: Rechtsnihilismus wird betrieben und mit allerlei Menschenrechtskleister verdeckt. Das wirkt bis weit hinein in die Linkspartei.

# Kein europäischer, sondern Weltkrieg

## Der 75. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs und seine Lehren für heute • Von Bruno Mahlow

Es ist auf den Zusammenhang zwischen klassenpolitischem und außenpolitischem Kampf im Ringen um Frieden hinzuweisen, der für die Sowjetunion als Staat in der Außenpolitik und für die KPdSU als führende Partei in der Komintern mit vielen neuen strategischen und taktischen Erfordernissen verbunden war. Es wurden Verträge mit imperialistischen Staaten abgeschlossen und gleichzeitig Positionen und Interessen der Arbeiter in diesen Staaten und deren Unterstützung für die Sowjetunion nicht in Frage gestellt.

Dazu – und weil diese Erkenntnisse für das Begreifen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages 1939 und anderer, auch gegenwärtiger Ereignisse lehrreich und aktuell bleiben – möchte ich eine Passage aus dem Bericht Palmiro Togliatti auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 zitieren. Zumal es hier auch um das Verständnis von Prioritäten und dialektischen Zusammenhängen, um Unterscheidungen zwischen den Hauptkriegsbrandstiftern und dem Hauptfeind der Arbeiterklasse im jeweiligen nationalen Rahmen geht. Zitat: „Unserer revolutionären Strategie und folglich auch unserem konkreten Kampf gegen den Krieg legen wir eine Konzentration der Kräfte gegen die japanischen Militaristen zugrunde, die die Sowjetunion an den Ostgrenzen mit einem Überfall bedrohen und die Errungenschaften der chinesischen Revolution zu vernichten trachten. Wir konzentrieren das Feuer auf den deutschen Faschismus, diesen Hauptkriegsbrandstifter in Europa. Wir sind bemüht, alle Verschiedenheiten, die in den Positionen der einzelnen imperialistischen Mächte bestehen, auszunutzen. Wir müssen sie im Interesse der Verteidigung des Friedens geschickt ausnutzen und dabei keine Minute vergessen, dass der Schlag gegen den Feind im eigenen Land, gegen den ‚eigenen‘ Imperialismus gerichtet werden muss.“

### Wann begann der Zweite Weltkrieg?

Gewöhnlich wird der Beginn des Zweiten Weltkriegs auf den September 1939 und den Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen datiert. Die Vorgeschichte, wie das Münchener Abkommen 1938 und die Geschehnisse im Fernen Osten, werden dabei außer Acht gelassen. Es handelt sich um einen Weltkrieg, der sechs Jahre dauerte und am

2. September mit der Kapitulation Japans endete. Er erfasste 61 Staaten und 1,7 Milliarden Menschen – 80 Prozent der damaligen Erdbevölkerung – 110 Millionen Menschen unter Waffen, 70 Millionen unmittelbare Kriegsoffer (Tote), davon 45 Millionen in Europa, chinesische Regierungsquellen nennen 35 bis 40 Millionen Opfer.

Im Fernen Osten begann ebenfalls frühzeitig die Vorbereitung auf einen neuen Weltkrieg. Palmiro Togliatti ging 1935 auf dem VII. Weltkongress der Komintern darauf ein. 1927 hatte der japanische Premier Tanaka im Rahmen der am 27. Juni in Tokio eröffneten „Ostkongferenz“ sein Memorandum verkündet, in dem er unter anderem Leitlinien zur Eroberung Asiens – beginnend mit der Mandschurei/China – und später weiterer Teile der Welt formulierte. Darin hieß es unter anderem: „... um die Welt zu erobern, müssen wir zuerst China erobern. Wenn es uns gelingt, China zu erobern, werden alle Länder Kleinasiens, Indiens sowie die Länder der südlichen Meere Furcht vor uns bekommen und vor uns kapitulieren. Die Welt wird dann begreifen, dass Ostasien unser ist ... und wird es nicht wagen, uns unsere Rechte streitig zu machen ... (...) ...dann beginnen wir mit der Eroberung Indiens, der Länder der südlichen Meere, und danach Kleinasien, Zentralasiens und schließlich Europas.“ Um Verbündete im Kampf um die Welteroberung zu gewinnen, nutzte die japanische Führung das Streben Deutschlands nach Revanche für seine Niederlage im Ersten Weltkrieg und nach Revision des Versailler Diktats und schloss eine japanisch-deutsche Vereinbarung zur Bekämpfung des Kommunismus – den sogenannten „Antikominternpakt“ vom 25. November 1936, dem später auch Länder wie Italien, Ungarn, Finnland und so weiter beitraten.

Am 7. Juli 1937 begann Japan seine Invasion Chinas unter dem Motto der Bildung einer „Großen Sphäre ostasiatischen sozialen Aufblühens“ unter Einschluss der anderen asiatischen Staaten und dem sowjetischen Fernen Osten. Ab Mai 1939 tobten blutige Kämpfe am Chalchin Gol, wobei Japan zunächst die Mongolei zu erobern trachtete, das aber mit der Sowjetunion verbunden war. Besonders hart waren die Kämpfe am 21./22. August 1939, gerade als die Verhandlungen zwischen Moskau und Berlin liefen. Am

15. September 1939 wurde zwischen der UdSSR und Japan ein Waffenstillstand vereinbart, am 13. April 1941 schloss die Sowjetunion einen Neutralitätspakt mit Japan, der mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR eine harte Prüfung zu bestehen hatte, denn Hitler war sehr daran gelegen, Japan in einen Feldzug gegen die Sowjetunion im Fernen Osten einzubinden.

### Stoßrichtung „Russland“

Hitler machte keinen Hehl draus, dass alles, was er tue, gegen Russland gerichtet sei, „... wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um das zu begreifen, bin ich gezwungen, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu zerschlagen, um danach, nach seiner Zerschlagung, mit konzentrierter Kraft gegen die Sowjetunion vorzugehen. Ich brauche die Ukraine, damit wir nicht wieder dem Hunger ausgesetzt werden, wie im letzten Krieg.“ Damit wollte sich Hitler entsprechende Freiräume gegenüber Polen und dem Westen schaffen. Aber dies kann nicht als Ursache für den Überfall und für den Beginn des Zweiten Weltkriegs angesehen werden. Eher wollte er sich den Rücken gegenüber der UdSSR freihalten.

Die Sowjetunion erfüllte ihre im Rahmen der Koalition eingegangenen Verpflichtungen und leistete zwei Monate nach dem Sieg in Europa einen entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung der 6. Japanischen Kwantung-Armee und der Befreiung der Mandschurei und damit auch zur Unterstützung der chinesischen Truppen.

Deutschland trat nicht zuletzt wegen der für ihn folgenschweren Auswirkungen des Versailler Vertrages erst 1939 direkt in den Weltkrieg ein. Als Grund für den Überfall auf Polen nutzte Hitler das „Problem Danzig“, das nach dem Versailler Vertrag an Polen ging, womit Deutschland in zwei Teile zerfiel.

Man kann den Zweiten Weltkrieg nicht nur eurozentristisch beurteilen, man muss ihn auch global einordnen. Dies hütet auch davor, Geschichtsfälschungen auf dem Leim zu gehen – seitens des Westens oder auch Polens – und vor allem historische Zusammenhänge in ihrem gesamten Ausmaß zu verkennen.

(Text verfasst unter Mitarbeit von Tatjana Mahlow)

Im Westen wie im Osten Deutschlands existieren Hunderte von sowjetischen Ehrenmalen und Soldatenfriedhöfen. Sie erinnern an die vielen Sowjetbürger, die als Soldaten der Roten Armee im Kampf gegen Krieg und Faschismus, als verschleppte Zwangsarbeiter oder in den Lagern ihr Leben verloren. Es gibt 3400 Plätze in Deutschland, an denen sowjetische Kriegstote bestattet wurden. Die Bundesregierung verpflichtete sich vertraglich mit Russland und mit der Ukraine, diese Gedenkort zu schützen und zu erhalten. Sie sind Mahnmale gegen das Vergessen, Erinnerungsorte an das furchtbare Leid, das der Zweite Weltkrieg über die Völker Europas brachte. Dieser zweisprachige Bild-Text-Band in Deutsch und Russisch dokumentiert aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung erstmals die wichtigsten sowjetischen Denk- und Ehrenmale auf deutschem Territorium.



**DENKMALE DER BEFREIUNG**  
SPUREN DER ROTEN ARMEE IN DEUTSCHLAND

Frank Schumann  
**Denkmale der Befreiung**  
**Spuren der Roten Armee in Deutschland**  
mit ca. 300 Abbildungen durchgängig farbig, zweisprachige Ausgabe in deutsch/russisch mit Vorworten von Matthias Platzeck und Sergej J. Netschajew. 256 Seiten, 21,3 x 28,5 cm, geb. 32,- Euro



# 8. MAI – TAG DER BEFREIUNG!



Art.-Nr. 13-14  
17,90 €

T-Shirt Damen oder Herren  
„Antifaschistische Aktion“  
Schwarz, Brustaufdruck links  
Bio-Baumwolle, Größen S – 4XL



Art.-Nr. 15  
17,90 €

T-Shirt Herren  
„Hammer & Sichel“  
Weiss, Brustaufdruck links  
Bio-Baumwolle, Größen S – 4XL



Art.-Nr. 09-11  
24,90 €

Hoodie/Kapuzenpullover  
„Nie wieder Faschismus –  
Nie wieder Krieg!“  
Unisex, oliv, schwarz oder hell-  
grau, Größen S – 4XL



Art.-Nr. 12  
17,90 €

T-Shirt Herren  
„Nie wieder Faschismus –  
Nie wieder Krieg!“  
Schwarz, Bio-Baumwolle  
Größen S – 4XL

[www.uzshop.de](http://www.uzshop.de) . Tel.: 0201 177889-23 . Fax: -28 . E-Mail: [shop@unsere-zeit.de](mailto:shop@unsere-zeit.de)

**Entschleunigung**  
Ruhe & Natur satt im  
Müritznationalpark  
3 FeWo für je 2-3 Personen,  
ganzjährig in Kratzburg-Granzin.  
Tel: 039822/299488  
[joergtrinogga@web.de](mailto:joergtrinogga@web.de)

**Urlaub im Lotsenhaus  
an der Ostsee**  
(14 km von Stralsund)  
3 komfortable Fe.-Wo.  
**Erich und Michaela Bartels**  
Näheres: Tel. 03831 – 459 366  
[www.ferien-im-lotsenhaus.de](http://www.ferien-im-lotsenhaus.de)

Wo Ferien noch Ferien sind  
- **auf dem Hollerhof** -  
• Rundum Natur pur – viel  
Ruhe • Kittners Bibliothek von  
etwa 10 000 Büchern • 3 kom-  
fortable Ferienwohnungen (63  
bis 93 qm) für 2-5 Personen  
Tel: +43 (0)3476 20525  
E-Mail: [hollerhof@hollerhof.at](mailto:hollerhof@hollerhof.at)  
[www.hollerhof.at](http://www.hollerhof.at)

**Toskana, nah am Meer**  
[www.toskana-biohof.de](http://www.toskana-biohof.de) | 0039. 0566. 81478  
Ökohof im Olivenhain,  
weiter Blick, Stille;  
große helle Zimmer,  
viele gute Bücher,  
Haus oder Häuschen;  
Kinderparadies.

HOTEL - RESTAURANT - CAFÉ  
**Gasthof Heimes**  
[www.gasthof-heimes.de](http://www.gasthof-heimes.de)

[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)  
**Die Beste  
unter den  
Links.**  
Jetzt das **junge Welt-Onlineabo**  
bestellen: [jungewelt.de/onlineabo](http://jungewelt.de/onlineabo)

**GEGEN  
DIE  
KRIMINALISIERUNG  
LINKER POLITIK!**  
[solidaritaet-verbundet.de](http://solidaritaet-verbundet.de)  
**SOLIDARITÄT  
VERBINDET**  
**ROTE HILFE E.V.**

## Neu im Neue Impulse Verlag: 75 Jahre Befreiung von Krieg und Faschismus



**Jack London**  
**Die Eiserne Ferse**  
Roman  
256 Seiten, 16,80 Euro  
ISBN 978-3-96170-021-1  
»Ich dachte, das Buch wäre zeitgemäß, aber sie haben alle Angst vor ihm. Selbst die Sozialisten, meine eigenen Leute, haben mich fallengelassen – sie verleumdete das Buch als eine düstere Prophezeiung, und im anderen Lager schmähen sie es natürlich, wie sie alles, was ich als Sozialist schreibe, schmähen, wo sie nur können ... Ich habe »Die Eiserne Ferse« als eine Warnung geschrieben, damit sie wissen, was geschehen könnte, wenn sie (die Arbeiter; R.R.) bei den Wahlen nicht das Ihre tun.«  
*Jack London, 1908*



**Emil Carlebach**  
**Hitler war kein Betriebsunfall**  
228 Seiten, 16,80 Euro  
ISBN 978-3-96170-020-2  
Der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag und in alle Landtage ist für alle erkennbar ein sichtbares Zeichen für die politische Rechtsentwicklung in unserem Land. Ohne falsche Analogien zu ziehen, gewinnt vor diesem Hintergrund die historische Erinnerung an die Jahre 1932/33 neue Aktualität. Wo Antworten auf Fragen zur Vorgeschichte und Etablierung der faschistischen Herrschaft in Deutschland gesucht werden, da bieten sich die Schriften von Emil Carlebach an. Sie sind wieder hochaktuell.« *Ulrich Sande*



**Allan Merson**  
**Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland**  
312 Seiten, 19,80 Euro  
ISBN 978-3-96170-011-0  
»Ihr dürft nicht vergessen, dass im Kampf gegen den Hitlerfaschismus die Kommunisten die ersten Opfer waren und die größten Teile jener, die am Widerstandskampf beteiligt waren, gestellt haben. Und wir dürfen nicht vergessen, dass dann in der ersten antikommunistischen Phase der Bundesrepublik sehr häufig die gleichen, die vorher ein Jahrzehnt oder noch mehr im KZ oder Zuchthaus gesessen haben, abermals in den Gefängnissen der Bundesrepublik verschwunden sind.«  
*Wolfgang Abendroth*



**Rüdiger Bernhardt**  
**Maßstab Humanismus**  
Die sowjetischen Kulturoffiziere  
280 Seiten, 19,80 Euro  
ISBN 978-3-96170-033-2  
Fasst man die Rolle der sowjetischen Kulturoffiziere in einer These zusammen, so darf festgestellt werden, dass 1945 diese Offiziere in der vorhandenen geistigen Desinteressiertheit bzw. Desorientierung, wie sie im Nachkriegsdeutschland vorhanden waren und die von den wenigen deutschen Antifaschisten nicht im Alleingang beseitigt werden konnten –, mit Takt und Konsequenz, unaufdringlich und doch die reale Macht ihrer Armee nutzend kulturpolitische und literarische, später auch ästhetische Positionen zur Diskussion stellten.

**MARXISTISCHE BLÄTTER**  
www.marxistische-blätter.de  
Einmal mehr als trübe Quelle – Hintergründe der Attacken auf die Genossenschaftlichkeit der VVN-BdA  
Harry E. Schmitt-Lermann  
**8. Mai 1945**  
**Keine Stunde Null**  
Das Thema: ...  
COVID-19: ...  
Weitere Themen: ...

**Marxistische Blätter 3\_2020**  
**8. Mai 1945 Keine Stunde Null**  
138 Seiten, 9,50 Euro  
978-3-96170-034-9

**NEUE IMPULSE VERLAG**  
**Neue Impulse Verlag,**  
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
Tel.: -49 | 201 | 236757  
[info@neue-impulse-verlag.de](mailto:info@neue-impulse-verlag.de)  
[www.neue-impulse.verlag.de](http://www.neue-impulse.verlag.de)



Leserbriefe@unsere-zeit.de

**Erfolgreicher Ritt**

**Zu „Dengs Wendepunkt“; UZ vom 1. Mai**

China hat sich gegen den globalen kapitalistischen Gegner eine starke Position verschafft, die mittlerweile das bisher gängige Schema „Sozialismus = Armut, Rückständigkeit, Unterdrückung“ auf den Kopf stellt.

Dass sich die Machtverhältnisse in der Welt zugunsten Chinas verschoben haben, zeigt nicht nur die „Corona-Krise“: Die Kommunistische Partei Chinas reitet bisher offensichtlich erfolgreich und kontrolliert auf dem „kapitalistischen Tiger“.

Für die Zukunft stellen sich dazu natürlich elementare Fragen: Wirft eines Tages das gezähmte Raubtier seinen Reiter ab? Setzt man weiterhin auf quantitatives Wachstum und individuellen Wohlstand, auf Profit und Konsum? Wie wird sich das Bewusstsein der jungen Generationen entwickeln, hin zu persönlichem Wohlergehen, oder zu den sozialistischen Werten der Partei?

Die Frage aller Fragen aber wird sein, ob sich China weiterhin in Frieden entfalten kann, oder ob sich der mächtige Gegner verlorenen Boden militärisch wieder zurückholen will.

*Dieter Reindl, per E-Mail*

**Syrien nicht vergessen**

**Zu „Petition unterstützen“; UZ vom 1. Mai**

Ich habe unterschrieben. Syrien jedoch darf nicht vergessen werden. Durch das letzte Interview von Weltnetz TV mit Karin Leukefeld wurde mir die Tatsache bewusst.

Trotz guter Artikel in der UZ und Veranstaltungen mit Karin Leukefeld, sollte Syrien auch bei Aufrufen genannt werden (...).

*Monika Gottwald, per E-Mail*

**Demokratie im „Stresstest“?**

**Zu „Testen, testen, testen“; UZ vom 24. April**

Die regierende Einheitsregierung lässt nur noch eine Meinung gelten, nämlich die ihrer berufenen „Einheits-Meinungs-Experten“: Die Meinungen von Seiten der Opposition und die der „unabhängigen Experten“, die verhalten dagegen (fast) ungehört; und die Bevölkerung, die hat nichts mehr zu meinen, die hat einfach nur zu kuschen.

Was sagte da erst kürzlich der Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble, über unsere Demokratie? Dass sich diese zur Zeit im „Stresstest“ befinde. Nur, was ist denn das noch für eine Demokratie, wo der Strafenkatalog in Bezug auf „Corona-Vergehen“, immer umfangreicher wird?

Gestern noch ein demokratisches Grundrecht, heute eine Straftat, da spielen sogar die „freien Gedanken“ total verrückt in dieser unserer „Hygiene-Diktatur“!

*Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

**Zu früh**

**Zu „Der Wiederanlauf der Wirtschaft“; UZ vom 24. April**

Meines Erachtens ist es mindestens ein halbes Jahr zu früh, die strikten Vorgaben zur Bekämpfung des Covid-19-Erregers in irgendeiner Form zu lockern. Vorsicht wäre besser die Mutter der Porzellanankiste! Wir sehen doch in anderen Ländern, wohin ein laxer Umgang mit zum Beispiel Hygienemaßnahmen führen kann. Tausende Tote!

China etwa mit geschlossener „Mundschutzbewaffnung“ könnte hier Vorbild sein. Es zeigt sich ja auch, dass sie ihre Corona-Problematik bald im Griff haben. Bei uns scheint es – wie so oft in der kapitalistischen Welt – hauptsächlich ums Geld zu gehen. Der Handel wird geöffnet ... Fußball soll im Mai für die Werbeeinnahmen weitergehen ...

Am vernünftigsten für prophylaktische Gesundheit wäre doch: 2020 bleiben bundesweit einheitlich die Schotten dicht! Und Feierabend ... In Merkels Sinn? In jedem Fall im Sinne der medizinischen Vernunft!

*Tork Poetschke, Dortmund*

**Corona-Krise ist Krise des Kapitalismus**

**Zu „Der Wiederanlauf der Wirtschaft“; UZ vom 24. April**

Sie begreifen es nicht. Corona-Krise = Klimakrise = Systemkrise = Kapitalismuskrisis, als Begriffsanagramm durchaus tauglich. Auch nachzuvollziehen die Meinung vieler, die Natur zeigt durch Covid-19 der Menschheit ihre Grenzen auf. Der Wachstumswahn, der Flächenraub, die Zerstörung der Lebensräume der tierischen Mitbewohner unseres Planeten.

Wären da nicht die Toten und Infizierten, könnte einem das Virus als willkommene Hilfe zum Klimaschutz erscheinen.

*Hans Reinhardt, Glashütten*

**Willkür**

**Zu „Glauben wir mal daran“; UZ vom 24. April**

Mit Logik haben diese Maßnahmen der Coronavirus-Bekämpfung scheinbar nichts gemein, mit Willkür eher schon!

Ich frage mich schon seit der Einführung dieser Maßnahmen, wieso die in einem gemeinsamen Haushalt lebende Personen keine Abstandsregelung einhalten müssen! Sind diese Personen etwa durch diesen Umstand irgendwie alle schon „Coronavirus-immun“? (...)

*Riggi Schwarz, Büchenbach*

**Es geht nicht um Verständnis**

**Zu „Die Stunde der Betriebsräte“; UZ vom 17. April**

Im Artikel wird betont, dass die Heimträger die wichtige Funktion der Betriebsräte nicht begreifen würden. Ich denke, unsere Aufgabe als KommunistInnen im Betrieb ist es gerade, klar

zu machen, dass das Problem auf Seiten der Heimträger eben nicht Unverständnis darüber ist, welches Wissen Betriebsräte für eine menschenwürdige Gestaltung der Altenpflege mitbringen. Die Heimträger haben überhaupt kein Interesse daran, dass Betriebsräte sich für eine menschenwürdige Altenpflege für zu Pflegende und Beschäftigte stark machen können.

Der Umsatz in der Altenpflege liegt aktuell bei 50 Milliarden Euro, nach Zahlen der Unternehmensberatung Roland Berger soll er bis 2030 auf 85 Milliarden Euro steigen. Die Renditen liegen ähnlich hoch wie bei Pharma- und Krankenhauskonzernen. Sie werden von den unterbesetzten und unterbezahlten Beschäftigten in der Altenpflege und durch die menschenunwürdige Versorgung der alten Menschen geschaffen.

Stärkeren Einfluss von Betriebsräten im Interesse der Belegschaft müssen wir erkämpfen. Geschenkt wird es uns nicht und um Verständnis geht es dabei auch nicht.

*Freya Pillardy, per E-Mail*

**Klima, Umwelt, Pandemie**

**Zu „Die Klimakrise macht keine Pause“; Online veröffentlicht auf UZ-Blog am 22. April**

Der Eintrag von klimawirksamen Gasen ist nur ein Aspekt der Verschmutzungen. Die Fixierung auf das Klima ist irreführend, da eine Reduzierung des CO<sub>2</sub> suggeriert: Damit sei alles erledigt. Die Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden mit anderen Stoffen kommt aus dem Blickfeld. Die sogenannte Klimakrise ist Ergebnis der Umweltverschmutzung.

Meines Erachtens ist auch die gegenwärtige Pandemie Ergebnis der Umweltbelastungen, wenn die Umweltbelastungen nicht sogar ursächlich sind.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass der Kapitalismus dieses Problem nicht lösen kann, da es im Kapitalismus nicht um die Welt oder die Umwelt geht, sondern um den Profit, den Maximalprofit.

*Werner Engelmann, Lahr*

**Zu „Heraus zum 1. Mai“, UZ vom 17. April**

**Zu „Weltbürger am Werk“; UZ vom 24. April**

„Nur einige ostasiatische Länder – Vietnam, Singapur, Südkorea, Taiwan beispielsweise – schlossen ihre Grenzen gegenüber Reisenden aus China“, heißt es in diesem Beitrag.

Hätte es nicht heißen sollen: „Nur einige ostasiatische Länder – Vietnam, Singapur, Südkorea und die chinesische Insel Taiwan – schlossen ihre Grenzen“? Warum wird hier ein Sprachgebrauch (...) verwendet, welcher suggeriert, dass Taiwan nicht zu China gehört, sondern ein „Land“ ist?

*Thomas Allwinn, per E-Mail*



DKP Südbayern

Am 3. Mai gedachten Genossinnen und Genossen der DKP Südbayern der über 4.000 Rotarmisten, die auf dem SS-Schießplatz Herbertshausen, nahe des Konzentrationslagers Dachau, ermordet wurden. „Wir konnten das Gedenken an unsere von den Faschisten ermordeten Genossinnen und Genossen nicht einfach ausfallen lassen. Für die Verbrechen des Faschismus gibt es auch 75 Jahre nach der Befreiung kein Vergeben und kein Vergessen!“, sagte Werner Feldmann, Vorsitzender der DKP Südbayern.

**Tag der Befreiung**

Am 8. Mai finden Veranstaltungen zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus statt. Wegen der Corona-Pandemie gelten besondere Auflagen, sind die Teilnehmerzahlen begrenzt und es können sich nach Redaktionsschluss noch Änderungen ergeben. Bitte kontaktieren Sie den Veranstalter, wenn Sie beabsichtigen, an einer der genannten Veranstaltung teilzunehmen.

FR ★ 8. MAI

**Berlin: Sowjetisches Ehrenmal, Straße des 17. Juni, 11 Uhr**

Kundgebung mit Verlesen des Berliner Briefes an die Bevölkerung Russlands, unter anderem mit einer Rede von Lühr Henken (Friedenskoordination Berlin) und Musik von Pablo Miró. Veranstalter: Friedenskoordination Berlin, Teilnehmerzahl auf 50 begrenzt, Abstand zueinander mindestens 1,5 Meter. Bitte Teilnahme anmelden unter: juttakausch@posteo.de, Tel.: 030-251 12 97

**Rostock: Puschkinplatz, 17 Uhr**

Die DKP Rostock ruft gemeinsam mit dem RotFuchs, Rostock Hart Backbord, der SDAJ und dem Stadtteilverband Rostock-Nordost der Partei „Die Linke“ zum Gedenken des 75. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus auf. Unter strenger Beachtung der geltenden Hygienevorschriften (Mund-Nasen-Schutz, Abstandsregeln) werden sich die Teilnehmer am Puschkinplatz versammeln, um auch in diesem Jahr den Befreier, den Soldaten der sowjetischen und der anderen alliierten Armeen, unseren Dank auszusprechen. Bitte Teilnahme anmelden unter: rostock@dkp-mv.de

SA ★ 9. MAI

**Bremen: KZ-Gedenkstätte Bahrsplate in Bremen-Blumenthal, 11 Uhr**

Die Initiative „Nordbremer Bürger gegen den Krieg“ führt eine Gedenkkundgebung aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung auf der KZ-Gedenkstätte Bahrsplate in Blumenthal mit Achim Bigus, (IG-Metall-Vertrauenskörperleiter bei VW Osnabrück) durch. Er wird über „Was bedeutet heute noch der Tag der Befreiung am 8./9. Mai 1945 für Gegenwart und Zukunft?“ sprechen und Karin Schumann wird zwei selbstverfasste Gedichte vortragen. Bitte Teilnahme anmelden unter: Gerd-Rolf.Rosenberger@t-online.de

**UZ – UNSERE ZEIT – JETZT ABONNIEREN UND SCHON BALD KAFFEE AUS ZWEI ROTEN BRECHT-TASSEN GENIEßEN!**



Prämie: 2 Kaffeebecher rot, Aufdruck schwarz und weiß, Inhalt ca. 300 ml

**Wochenzeitung-Abo (Nur Print-Ausgabe)**

Preis pro Monat:  6,50 € (ermäßigt)  13,00 € (Normalabo)  20,00 € (Förderabo)

**Online-Abo (Nur Online-Ausgabe)**

Preis pro Monat:  4,50 € (ermäßigt)  9,00 € (Normalabo)  14,00 € (Förderabo)

**Kombi-Abo (Wochenzeitung & Online-Ausgabe)**

Preis pro Monat:  7,50 € (ermäßigt)  15,00 € (Normalabo)  23,00 € (Förderabo)

Ausland auf Anfrage. Zeitung im Umschlag/Streifband plus 24,- Euro jährlich. Das Abo wird automatisch um ein Jahr verlängert, sofern es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird oder uns eine andere Preisstufe mitgeteilt wird.

Ich abonniere die UZ für mindestens ein Jahr und zahle  monatlich\*  vierteljährlich\*  halbjährlich  jährlich  
\* Nur bei SEPA-Einzug möglich:  Ich erteile eine Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_  
 Straße, Nr. \_\_\_\_\_ IBAN \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
 E-Mail \_\_\_\_\_ Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Einsenden an: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen • Tel.: 0201 17788923 • E-Mail: info@unsere-zeit.de

**Impressum**

**UZ – unsere zeit**  
 Sozialistische Wochenzeitung  
 Zeitung der DKP  
 Telefon: 0201/177889-90  
 Internet: www.unsere-zeit.de  
 E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de  
 facebook.com/UnsereZeit\_UZ  
 twitter.com/UnsereZeit\_UZ  
**Herausgeber:**  
 Parteivorstand der DKP  
 Erscheint wöchentlich  
 ISSN 0943-4216  
**Redaktion:**  
**Lars Mörking** (Chefredakteur, v.i.S.d.P.)  
 lars.moerking@unsere-zeit.de  
**Herbert Becker**  
 herbert.becker@unsere-zeit.de  
**Björn Blach**  
 bjoern.blach@unsere-zeit.de  
**Melina Deymann**  
 melina.deymann@unsere-zeit.de  
**Christoph Hentschel**  
 christoph.hentschel@unsere-zeit.de  
**Manfred Idler**  
 manfred.idler@unsere-zeit.de  
**Werner Sarbok**  
 werner.sarbok@unsere-zeit.de  
**Thomas Brenner** (Bildredaktion)  
 thomas.brenner@unsere-zeit.de  
**Verlag:** CommPress Verlag GmbH  
**Geschäftsführer:**  
 August Ballin (vertrieb@unsere-zeit.de)  
 Klaus Leger (verlag@unsere-zeit.de)  
**Druck:** Union Druckerei Berlin GmbH  
**Aboservice:**  
 Carol Schröder  
 Telefon: 0201/177889-15, Fax: -28  
 E-Mail: abo@unsere-zeit.de  
**Anzeigenservice:**  
 Ben Richter / Walter Herbster  
 Telefon: 0201/177889-23, Fax: -28  
 E-Mail: info@unsere-zeit.de  
**Anzeigenschluss:**  
 Jeweils Montag, 12.00 Uhr  
**Anschrift Redaktion und Verlag:**  
 Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
**Bankverbindung:**  
 Postbank Köln, BIC: PBNKDEFF  
 IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

**Spendenkonto DKP-Parteivorstand**

GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01



# Mein Wort drauf

Meine Corona-Woche (7)



Vorgebirgstrauben ohne Herz

Die letzten Tage kam etwas vom Himmel runter. So etwas Durchsichtiges, Nasses. Die Eltern beruhigen mich: Früher gab es das viel öfter und es hat keinem geschadet. Und jetzt erinnerte auch ich mich wieder an Fußballspielen im Frühling Ende der 90er Jahre – kalt, nass, schlammig... herrlich! Das muss tatsächlich Regen sein! Den Blumenbeeten im Garten hat er allerdings nicht geholfen. Regen auf einem betonähnlichen Untergrund hat so ziemlich keine ernsthafte Wirkung. Mein Wort drauf.

Mein erster Einkauf mit Mundschutz war äußerst unangenehm. Als Raucher hat man so leichte Erstickengepanik. Hyperventilieren bringt einen auch nicht wirklich weiter. Und dass die Brille beschlägt – ebenfalls un schön. Das Ergebnis präsentierte sich mir dann zu Hause: Unter anderem zwei Flaschen halbtrockener Weißwein. Ich hasse halbtrockenen Weißwein. Wein muss trocken sein und sonst nichts. Blödes Brillebeschlagen, da kann man die Etiketten so schlecht lesen! Und die Menschen um einen rum, an der Kasse oder der Käsetheke wirken so ganz ohne Mund und Nase auch nicht freundlicher. Oder, wie es eine Psychologin leicht unglücklich formulierte: „Fällt das halbe Gesicht weg, reagieren wir mit Unbehagen.“ Uff. Mein Wort drauf.

Die wöchentliche Telefonkonferenz mit der gesamten Redaktion ergibt zwei Erkenntnisse. 1. Kopfweh. Und 2.: Sage niemals „Ich schlage vor...“. „Der Bumerang kommt direkt und schmerzvoll zurück mit: „Prima Idee, dann mach das mal!“ Autsch.

Beim nächsten Mal schalte ich direkt den Lautsprecher aus. Bekomme ich zwar nix mit, aber auch nix ab. Ich gebe zu, eine Milchmädchenrechnung (Kommt wohl hier her, das schöne Wort: „La Laitière et le Pot au Lait“ von Jean de La Fontaine). Was mir dabei einfällt: Wisst ihr, woher der Begriff „Weg vom Fenster“ (also Ruhrpott für „gestorben“) kommt? Die Malocher (vor allem die, die unter Tage im Bergbau gearbeitet haben), haben abends immer am Fenster gehockt und da versucht, etwas frische Luft zu bekommen und ein Schwätzchen zu halten. Wenn sie dann eines Tages nach Feierabend nicht mehr am Fenster waren, waren sie...? Weg vom Fenster. Eben.

Mittwoch. Ich hatte die Rotkehlchen gegessen und die Tomaten gefüttert, oder umgekehrt, man kommt ja ganz durcheinander in diesen Zeiten. Sonntag zum Beispiel war Montag und Montag dann Dienstag, wegen des früheren Drucktermins der UZ. Und Donnerstag ist dann wahrscheinlich Sonntag. Oder Samstag. Oder Muttertag. Man weiß es nicht. Jedenfalls kam Gartenbro A. mit neuen Pflanzensamen vorbei und ich staunte: Die Möhentüten hatten die Unterzeile „Lange rote stumpfe ohne Herz 2“, was ich schon überhaupt nicht verstand. „Ohne Hartz-4“ hätte möglicherweise Sinn ergeben. Noch wilder: Unter den Einlegegurken stand „Vorgebirgstrauben“. Ja wie jetzt? Gurken sind eigentlich Trauben und wir müssen jetzt einen Berg im Garten anlegen? Versteht das jemand? Ein Elend, das. Mein Wort drauf.

Ansonsten verschiebe ich gerade Dinge, in die Zukunft oder gleich ins Nirwana. Schon lange habe ich den Plan für ein T-Shirt mit dem Slogan „Lebe so, dass Jens Spahn es hassen würde.“ Ergibt in diesen Zeiten nicht weniger Sinn. Trotzdem: Verschieben. Aber Dinge verschieben scheint mir ein interessantes Hobby zu sein: Fußball gucken, Billard spielen, Fenster putzen. Verschieben. Liegestütze sowieso. Auch mein Vermögen würde ich gerne verschieben, in die Schweiz zum Beispiel. Ich habe nur keines. Was ich echt nicht mehr lange verschieben kann: Eine Umarmung! Weiblich, männlich, genderneutral, mir egal. Wenn also da draußen ein kleiner Herr mittleren Alters mit selbst verschnittenen Haaren und ausgebreiteten Armen auf euch zukommt: Das bin ich. Mein Wort drauf.

Karl Rehnagel

# Großes Interesse

Der Geist des Geldes will, dass endlich gespielt wird

In den Niederlanden wurde die Fußballsaison vorzeitig beendet, ebenso in Frankreich und wohl auch in Belgien, wo die finale Entscheidung noch aussteht. In England will man nun vielleicht doch wieder spielen lassen, nachdem es lange so aussah, als würden Trainer Jürgen Klopp und der FC Liverpool vorzeitig zum Meister gekürt. In Spanien hält Liga-Chef Javier Tebas an einer Fortsetzung der Saison fest, auch wenn bisher nicht einmal trainiert werden kann. In Italien soll ab dem 18. Mai wieder Gruppentraining stattfinden dürfen und in Schottland bricht nach einer Abstimmung über den Saisonabbruch ein Chaos aus, das den Ligabetrieb an Unterhaltungswert übertrifft.

Und in Deutschland? Auch hier zu Lande ist das Interesse an einer Fortsetzung der Saison groß, zumindest das finanzielle. Laut einer Umfrage von „YouGov“ ist eine Mehrheit der Deutschen gegen Geisterspiele und damit gegen eine Fortsetzung der Bundesliga-Saison. Auch Faninitiativen äußerten sich ablehnend und forderten solidarische Lösungen.

Die Politik entschied am 6. Mai – und damit nach Redaktionsschluss – ob das Konzept der DFL für die Wiederaufnahme des Spielbetriebs der Bundesliga weiter verfolgt werden darf. In Vorbereitung wurden Spieler getestet – mit dem Ergebnis, dass beim 1. FC Köln zumindest zwei von ihnen, Ismail Jakobs und Niklas Hauptmann, positiv auf das Coronavirus getestet worden waren. Außerdem hatte sich FC-Physiotherapeut Daniel Schütz infiziert.

Trotzdem halten die Verantwortlichen am Vorhaben zum Bundesliga-Start fest und verpassen Bedenkensträger wie Birger Verstraete (ebenfalls 1. FC Köln) einen Maulkorb. Verstraete hatte Angst um die Gesundheit seiner Familie geäußert und sagte: „Fußball ist nicht das Wichtigste.“

Fußball-Bundesliga oder die Champions League.

Entsprechend deutlich sind die Umsatzrückgänge insgesamt; wird Mathias Dahms, Präsident des Deutschen Sportwettenverbandes, im „Tagesspiegel“ zitiert. „Das Geschäft ist quasi auf Null runter. Nicht nur in den Wettbüros, die



Nur wenn der Ball rollt, fließt auch das Geld.

Doch mit dem Fußball kommt das Geld. In dieser Saison gab es allein 1,2 Milliarden Euro an Fernsehgeldern aus den nationalen Übertragungsrechten, dazu kommen ein paar hundert Millionen aus dem internationalen Geschäft.

Auch das Geschäft mit den Sportwetten ist riesig, die Wettbranche boomt: Im Jahr 2019 wurden Wetteinsätze in Höhe von 9,3 Milliarden Euro platziert, 2014 waren es „nur“ 4,51 Milliarden. „Volleyball auf den Philippinen oder Tischtennis in Russland sind kein Ersatz für die

geschlossen bleiben müssen, sondern auch online, weil kaum noch irgendwas etwas stattfindet“, so Dahms.

Vor allem aus dieser Richtung kommt der Druck, den Spielbetrieb wieder aufzunehmen. Mit einem „Stückchen Normalität“ für den Fan hat das nichts zu tun. Und die Debatte um Geisterspiele macht deutlich, was die Fans im Stadion für diejenigen sind, die die Fußballgeschäfte führen: Kulisse, Beiwerk, oftmals auch lästiges.

Friedhelm Vermeulen

## „Geisterspiele sind keine Lösung!“

Aus einer Stellungnahme der Fanszene Deutschland (April 2020)

Die Wiederaufnahme des Fußballs, auch in Form von Geisterspielen, ist in der aktuellen Situation nicht vertretbar – schon gar nicht unter dem Deckmantel der gesellschaftlichen Verantwortung. Eine baldige Fortsetzung der Saison wäre blanker Hohn gegenüber dem Rest der Gesellschaft und insbesondere all denjenigen, die sich in der Corona-Krise wirklich gesellschaftsdienlich engagieren. Der Profifußball ist längst krank genug und gehört weiterhin in Quarantäne.

Ganz offensichtlich hat der Profi-Fußball viel tiefer liegende Probleme. Ein System, in das in den letzten Jahren Geldsummen jenseits der Vorstellungskraft vieler Menschen geflossen sind, steht innerhalb eines Monats vor dem Kollaps. Der Erhalt der Strukturen ist vollkommen vom Fluss der Fernsehgelder abhängig, die Vereine existieren nur noch in totaler Abhängigkeit von den Rechteinhabern.

Die Frage, weshalb es trotz aller Millionen keinerlei Nachhaltigkeit im Profi-Fußball zu geben scheint, wie die Struk-

turen und Vereine in Zukunft robuster und krisensicherer gemacht werden können, wurde zumindest öffentlich noch von keinem Funktionär gestellt. Das einzig kommunizierte Ziel ist ein möglichst schnelles „Weiter-so!“, das jedoch lediglich einer überschaubaren Zahl an Beteiligten weiterhin überragende Einkünfte garantiert. Das Gerede von zigtausenden Jobs halten wir schlicht in den meisten Fällen für einen Vorwand, weiterhin exorbitante Millionen-einkünfte für wenige extreme Profiteure zu sichern. (...) Eine kommende Lösung muss maximal solidarisch sein. Es darf unter den Vereinen keine Krisengewinner und -verlierer geben. Die Schere zwischen „Groß“ und „Klein“ darf nicht noch weiter auseinandergehen. Ausdrücklich schließen wir damit auch die Vereine der dritten Liga und der Regionalligen mit ein, für die Geisterspiele ohnehin keine Option sind.

Die Diskussion über grundlegende Reformen, um den Profifußball nachhaltiger und wirtschaftlich krisensicherer zu gestalten, muss jetzt beginnen. (...) Die Phase einer von der restlichen Gesellschaft komplett entkoppelten Fußballwelt muss ein Ende haben!

## Unterstützt den Förderkreis „Erhaltet die KLS!“

Helft bei den Sanierungsarbeiten in der Karl-Liebknecht-Schule der DKP

Die Sanierung der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen kommt – trotz der Corona-Krise – gut voran. Die Arbeiten sollen in weniger als einem Jahr abgeschlossen sein. Damit das klappt, wird tatkräftige Unterstützung benötigt. Es steht eine breite Palette von Arbeiten an, in dieser Phase können alle helfen! Fachkräfte aus allen Gewerken werden dringend gesucht, aber auch Helferinnen und Helfer, die schleifen, malen, anstreichen, aufräumen, schleppen, gärtnern, putzen oder kochen können.

Bitte meldet euch, wenn ihr Zeit habt. Ganz gleich, ob für wenige Tage oder für einen längeren Zeitraum, ob einmalig oder häufiger. In den nächsten Monaten ist die Baustelle nonstop in Betrieb. Damit Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen wirksam umgesetzt werden können, müssen wir die Subbotniks gut planen und eventuelle persönliche Einschränkungen kennen. Für Unterbringung und Verpflegung ist gesorgt.

Ohne finanzielle Zuwendungen ist weder die Sanierung noch der laufende Betrieb unserer Parteischule denkbar. Daher spendet bitte auf das Konto des Parteivorstands der DKP. Verwendungszweck: Erhaltet die KLS.

IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01.

BIC: GENODEM1GLS

Oder – noch besser – werdet Mitglied im Förderkreis „Erhaltet die KLS!“



Der Zollstock „Karl Liebkecht Schule erhalten“ ist in einer limitierten Auflage verfügbar und kann per Mail oder über [uzshop.de](http://uzshop.de) bestellt werden. Soli-Preis 5,00 Euro zzgl. Porto

Anmeldung und weitere Informationen:  
DKP-Parteivorstand, [klaus.leger@dkp.de](mailto:klaus.leger@dkp.de), [kls.dkp.de](http://kls.dkp.de),  
Telefon 0201 1778890